



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Der Wirtschaft entkommen.

Wachstumskritik und ihre Umsetzung im Rahmen des
bolivianischen Vivir Bien.“

verfasst von / submitted by

Lisa Brauneder, Bakk.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears
on the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears
on the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ. Doz. Dr. Gernot Stimmer

PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Lisa Brauneder

Wien, Dezember 2016

Unterschrift

*Por el suelo hay una compadrita
Que ya nadie se para a mirar
Por el suelo hay una mamacita
Que se muere de no respetar
Pachamama te veo tan triste
Pachamama me pongo a llorar
Mamacita te vamos a matar*

Manu Chao - Por el Suelo

*Im Boden lebt eine Gefährtin
die niemand sich eine Mühe macht zu sehen
im Boden lebt das Mütterchen
das stirbt weil man es nicht respektiert
Pachamama, ich sehe du bist traurig
Pachamama, ich muss weinen
Mütterchen, wir werden dich umbringen*

DANKSAGUNG

Ich danke...

an erster Stelle meinen Eltern Andrea und Karl, die mich immer in meinem Weg ermutigt haben und mich stets finanziell, aber vor allem seelisch unterstützt haben

meinem Freund Hannes für die stets willkommene Ablenkung und Unterstützung während des Schreibprozesses

Univ. Doz. Dr. Gernot Stimmer für seine hilfreichen Anregungen und die gute Betreuung

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Problemaufriss.....	1
1.2	Forschungsinteresse und Fragestellung	3
1.2.1	Erkenntnisinteresse & Vorgehen.....	3
1.2.2	Forschungsfragen & Hypothesen	4
2	Das Wachstumsparadigma	5
2.1	Die Entstehung des Wachstumsparadigmas	7
2.2	Zentrale Merkmale des Wachstumsparadigmas.....	9
2.2.1	Das Bruttoinlandsprodukt als Grundpfeiler des Wachstumsparadigmas	9
2.2.2	Wachstum als Allheilmittel und universeller Maßstab	12
2.2.3	Wachstum ohne Grenzen	14
2.3	Wachstumszentrierte Denk- und Lebensmodelle.....	15
2.3.1	Die imperiale Lebensweise	15
2.3.2	Wachstum als „mentale Infrastruktur“	16
2.4	Wachstum mit grünem Anstrich	18
2.4.1	Nachhaltige Entwicklung.....	18
2.4.2	Grünes Wachstum	20
2.4.3	Kritikpunkte	21
3	Wachstumskritik in Theorie und Praxis.....	24
3.1	Anfänge der Wachstumskritik.....	24
3.1.1	Georgescu-Roegen und der Club of Rome	24
3.1.2	John Stuart Mill und der Steady State	26
3.2	Wachstumskritik als Kapitalismuskritik	28
3.2.1	Wachstum als zentrales Merkmal des Kapitalismus	28
3.2.2	Wachstum als Ideologie.....	31
3.2.3	Wirtschaft als Konstrukt.....	32
3.2.4	Gesellschaftliche Naturverhältnisse	33
3.3	Die Degrowth-Bewegung	36
3.3.1	Entstehungsgeschichte.....	36
3.3.2	Ziele und Wege	38
3.4	Postwachstum durch Suffizienz und Subsistenz	41
3.4.1	Warum Nachhaltigkeit nicht reicht	41
3.4.2	Suffizienz: Reduktion als Befreiung	43
3.4.3	Subsistenz: Unabhängigkeit von Fremdversorgung.....	44

3.5	Ökologische Bürgerschaft.....	45
3.5.1	Aterritorialität & ökologischer Fußabdruck	45
3.5.2	Gerechtigkeit als oberste Tugend & privates Handeln.....	47
3.6	Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt	48
3.6.1	Warum ein hohes BIP nicht automatisch glücklich macht.....	48
3.6.2	Alternative Indizes	50
4	Postkoloniales Wissen und Post-Development	53
4.1	Die Epistemologie des Südens	53
4.2	Post-Development	57
4.3	Die Ausbeutung der Natur als Entwicklungsmodell	59
4.3.1	(Neo-)Extraktivismus.....	59
4.3.2	Post-Extraktivismus	60
4.3.3	Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Degrowth-Bewegung	62
4.4	Hypothesen.....	64
5	Aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika und Bolivien.....	66
5.1	Post-liberale Politik und linke Regierungen in Lateinamerika	66
5.1.1	Neue Regierungen Lateinamerikas	66
5.1.2	Postliberale Politik nach außen	68
5.2	Bolivien in der Gegenwart.....	69
5.2.1	<i>La Sociedad Abigarrada</i> – die überlagerte Gesellschaft.....	70
5.2.2	Politischer Wandel und Plurinationalität	72
5.2.3	Die bolivianische Verfassung von 2009.....	75
6	Das gute Leben und seine Umsetzung in Bolivien	78
6.1	Das Konzept des Vivir Bien.....	78
6.1.1	Kritik an Wachstum und Entwicklung	80
6.2	Die aktuelle (Wirtschafts-)Politik Boliviens zwischen westlichem Einfluss und dem guten Leben.....	82
6.2.1	Die politische Umsetzung des Vivir Bien	82
6.2.2	Das (post-)neoliberale Paradox und der „capitalismo andino“	85
6.3	Indigene Rechte versus Extraktivismus: der TIPNIS-Konflikt.....	92
6.3.1	Das Recht auf Konsultation	92
6.3.2	Das TIPNIS-Projekt	95
6.3.3	Der TIPNIS-Konflikt als Sinnbild für die aktuelle bolivianische Politik.....	98
7	Conclusio	104
8	Literaturverzeichnis	112
9	Anhang	127

1 EINLEITUNG

1.1 Problemaufriss

Wir leben in rauen Zeiten, zumindest wenn man Denkern wie Alex Demirovic und Ulrich Brand glaubt. Laut ihnen befinde sich die Welt in einer tiefgreifenden und multiplen Krise, die sich täglich in Negativmeldungen verschiedenster Art bemerkbar macht. Diese gegenwärtige Krise verfügt über drei Dimensionen, die zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen: Erstens die Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Folge unregulierten und von Gier geleiteten Handelns auf den Finanzmärkten ist. Zweitens eine Krise der Politik und der Demokratie, die sich in mangelnder Partizipation der Bürger, Politikverdrossenheit und als Folge der Wirtschaftskrise auch in Form von technokratischer Austeritätspolitik, äußert.

Und nicht zuletzt erleben wir – drittens – eine ökologische Krise, deren Folgen mittlerweile unumkehrbar scheinen. Seit der Weltumweltkonferenz 1992 sind die Kohlendioxidemissionen um 40 Prozent gestiegen. Das Ziel, den Anstieg der Temperaturen auf höchstens 2 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Wert zu begrenzen, scheint mehr als unrealistisch – viel wahrscheinlicher ist eine Zunahme der Erwärmung um mehrere Grad. Um die Klimawende zu schaffen und die damit verbundene Umweltzerstörung einzudämmen, müsste der Energie- und Ressourcenverbrauch bis 2050 auf 10 Prozent des gegenwärtigen Verbrauchs gesenkt werden. Selbst wenn das gelingt und man von Nullwachstum ausgeht, müsste die Ressourcenproduktivität verzehnfacht werden – bei einem Prozent Wachstum schon versechzehnfacht. Was als logische Folge scheint, nämlich ein Ende des Wachstums, liegt für viele in der Gegenwart außerhalb des Denkbaren. Das Wachstumsparadigma hat sich, wie noch zu zeigen sein wird, in unseren Köpfen eingenistet und prägt unser Leben. Vor allem, aber nicht nur im globalen Norden ist der Alltag beeinflusst vom Streben nach mehr Produktivität, mehr Ertrag, mehr Konsum.¹

¹ vgl. Klein 2011; Demirovic 2013, 194; Brand 2009

Im nördlichen Teil der Hemisphäre kristallisierten sich in den letzten Jahrzehnten verstärkt wachstumskritische Ansätze und Bewegungen heraus, die dem Wachstumsparadigma ein Ende bereiten wollen und meinen, dass Wohlbefinden nicht durch noch mehr Arbeit, noch mehr Ertrag, noch mehr Konsum erzielt wird. Ihnen ist gemein, dass sie für ein gutes Leben ohne materiellem Reichtum eintreten und zu einem achtsameren Umgang mit Ressourcen und der Natur aufrufen. Diese Ansätze weisen Parallelen zu indigenen Lebens- und Gesellschaftsmodellen auf, die das Glück der Gemeinschaft nicht im exzessiven Wirtschaften sehen, sondern im Zusammenleben in Einklang mit Mitmenschen und Natur. Kurz gesagt: Sie wollen der Wirtschaft entkommen, wie es Serge Latouche, einer der Mitbegründer der Degrowth-Bewegung, formulierte.²

Ein solcher Ansatz ist das bolivianische *Vivir Bien*, das gute Leben – auf Aymara *Suma Qamaña*. Dieses ist seit 2009 gemeinsam mit anderen indigenen Prinzipien in der bolivianischen Verfassung verankert. Es ist als Synonym zum Konzept des *Buen Vivir* bzw. *Sumak Kawsay* der Quechua zu verstehen, welches in Ecuador seit 2008 Teil der Verfassung ist. *Vivir Bien* betont, dass gutes Leben nicht auf materiellem Besitz basiert, sondern auf einer Balance zwischen materiellen und spirituellen Komponenten, die sich im Kontext der Gemeinschaft und des Zusammenlebens mit der Natur entfalten. Ziel Boliviens ist es, mit der Verankerung des *Suma Qamaña* in der Verfassung hegemonialen Entwicklungsstrategien zu kontern, die Mensch und Natur Schaden zufügen und indigenen Wissen und Traditionen widersprechen. Obwohl *Buen Vivir* als ein „umbrella for a set of different positions“³ gesehen werden kann, die je nach Region (Bolivien, Ecuador) oder indigenem Volk (Quechua, Aymara etc.) einen anderen Schwerpunkt haben, weisen sie einige Gemeinsamkeiten auf. Sie lehnen es alle ab, Dinge und Aktivitäten über ihren ökonomischen Wert zu definieren und weisen auf ästhetische, kulturelle, geschichtliche und spirituelle Werte hin. Mit ihrer Ablehnung kapitalistischer Lebensweisen und der starken Verbindung zur Natur stellen sie nicht nur eine dekoloniale Alternative zu Entwicklung im konventionellen eurozentrischen Sinn dar, sondern weisen Parallelen zu im globalen Norden entstandenen wachstumskritischen Ansätzen auf.

² vgl. Latouche 2003; Bauriedl 2016

³ Gudynas 2011c, 444

1.2 Forschungsinteresse und Fragestellung

1.2.1 Erkenntnisinteresse & Vorgehen

In der vorliegenden Arbeit soll der Frage nachgegangen werden, welchen Annahmen und Zielen westliche Wachstumskritik und indigenes *Vivir Bien* nachgehen und wie diese sich gemeinsam kontextualisieren und vergleichen lassen. Ein weiteres Augenmerk soll der konkreten Umsetzung des in der Verfassung verankerten guten Lebens in Bolivien gelten. Hier soll untersucht werden, welche Maßnahmen die Verfassung bzw. die bolivianische Politik zur Umsetzung des *Vivir Bien* plant und wie diese tatsächlich – oder auch nicht – umgesetzt werden.

Um das zu erreichen, wird nach der Formulierung des Erkenntnisinteresses und der Forschungsfragen nachgezeichnet, wie das Wachstumsparadigma entstanden ist und welche Charakteristika es kennzeichnen. Danach soll es um Ansätze des grünen und nachhaltigen Wachstums gehen, bevor ein Kapitel der Wachstumskritik und ihren verschiedenen Spielarten gewidmet wird. Um den allgemeinen Teil der Arbeit abzurunden, werden Theorieströme vorgestellt, die für die Analyse wertvoll sein werden, nämlich postkoloniales Wissen, Post-Development und (Neo-) Extraktivismus. Im Anschluss daran geht es um aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika und Boliviens Politik und Gesellschaft in der Gegenwart. Schließlich wird das Konzept des *Vivir Bien* vorgestellt und geschildert, wie es rechtlich und politisch in Bolivien verankert und umgesetzt wird. Als praktisches Fallbeispiel wird hier der Konflikt rund um den geplanten Bau einer Straße durch das indigene Gebiet des TIPNIS-Nationalparks herangezogen. Abschließend folgt eine Conclusio, um die Forschungsfragen zu beantworten und die verschiedenen theoretischen Ansätze und Ausführungen zusammenzuführen.

Zur Bearbeitung des Forschungsinteresses soll in erster Linie die Analyse von Primär- und Sekundärliteratur sowie von Dokumenten und Medienberichten herangezogen werden.

Der für diese Arbeit gewählte Blickwinkel ist jener der Politischen Ökologie. Dabei handelt es sich um eine Theorieströmung innerhalb der Sozialwissenschaften, die sich dem wechselseitigen Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft widmet. Sie

entwickelte sich als Folge der seit den 1960er Jahren steigenden Aufmerksamkeit für Umweltverschmutzung und die Auswirkungen der westlichen Wirtschaftspolitik auf die Umwelt. Die Politische Ökologie wendet sich gegen naturalistische Vorstellungen, dass Natur und Soziales strikt voneinander zu trennen sind. Sie wendet den Blick hin auf politisch-institutionelle und sozioökonomische Strukturen und versucht jene Prozesse aufzuzeigen, durch die Natur gesellschaftlich konstruiert und benützt wird und wie dadurch Umwelt- und Ressourcenprobleme entstehen. Für die Erklärung von Umweltveränderungen werden daher in der Politischen Ökologie anthropozentrische, also durch Menschen verursachte, Faktoren herangezogen und müssen daher immer in ihrem politischen, ökonomischen und historischen Kontext betrachtet werden.⁴

1.2.2 Forschungsfragen & Hypothesen

Aufbauend auf dem Erkenntnisinteresse lassen sich zwei Forschungsfragen formulieren:

- I. Welche Strömungen der Wachstumskritik gibt es und wie lässt sich das bolivianische *Vivir Bien* bei diesen verorten?
- II. Wie wird das in der bolivianische Verfassung von 2009 festgehaltene *Vivir Bien* in die Realität umgesetzt und wie erfolgreich ist diese Umsetzung?

⁴ vgl. Greenberg/Park 1994; Watts/Peet 2004

2 DAS WACHSTUMSPARADIGMA

Matthias Schmelzer definiert das Wachstumsparadigma als

„a specific ensemble of societal, political, and academic discourses, theories, and statistical standards that jointly assert and justify the view that economic growth as conventionally defined is desirable, imperative, and essentially limitless“⁵.

Als Paradigma wird in diesem Zusammenhang in Anlehnung an Thomas S. Kuhn „die ganze Konstellation von Meinungen, Werten, Methoden usw., die von den Mitgliedern einer gegebenen Gemeinschaft geteilt werden“⁶ verstanden. Dieses von Kuhn im Kontext der Wissenschaftstheorie entworfene Verständnis von Paradigma muss für diese Arbeit etwas weiter gefasst werden, nämlich als gesellschaftliches Paradigma. Das Wachstumsparadigma umfasst nicht nur die wissenschaftliche Community (die allerdings zu dessen Entstehung wesentlich beigetragen hat), sondern auch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Etliche Denker haben den hegemonialen Charakter von Wachstum herausgestrichen und argumentiert, dass Wachstum weitreichenden Einfluss auf unser – nicht nur politisches, sondern auch alltägliches – Denken und Handeln hat.

Der französische Ökonomie und Denker der Degrowth-Bewegung Serge Latouche spricht genauso wie der griechische Philosoph Castoriadis von Wachstum als „social imaginary“⁷. Unsere Vorstellungskraft sei vom Streben nach Wachstum dominiert. Dieses basiert auf dem Gedanken, dass der Weg zu Wohlstand und Entwicklung nur über den Pfad des Wachstums und damit verbundener Produktions- und Konsumsteigerung laufen könne.⁸ Nicholas Georgescu-Roegen meint, dass Wirtschaftswachstum für Mainstream-Ökonomen eine unantastbare Notwendigkeit sei.⁹ Bezugnehmend auf Castoriadis argumentiert Latouche, dass das Denken im gegenwärtigen kapitalistischen Zeitalter durch „economism, developmentalism and progressivism“¹⁰ bestimmt sei. Das ständige Streben nach Wirtschaftswachstum,

⁵ Schmelzer 2015, 264

⁶ Kuhn 1997, 186

⁷ Latouche 2007

⁸ vgl. Castoriadis 2005, 246

⁹ vgl. Georgescu-Roegen 1977

¹⁰ Latouche 2007

(Weiter-)Entwicklung und Fortschritt blockiere das Streben nach anderen, alternativen Formen des Zusammenlebens.

Der belgische Wirtschaftshistoriker Hermann van der Wee und – in Anlehnung an ihn – der US-amerikanische Ökonom Barry Eichengreen charakterisieren Wachstum als Obsession. Laut van der Wee erforderten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem Zweiten Weltkrieg eine auf Wirtschaftswachstum ausgerichtete Politik, welche sich aber bis in die Gegenwart fortsetzt. Diese Philosophie, die nach 1945 Sinn ergab, sei laut van der Wee und Eichengreen aber mittlerweile zwanghaft geworden: „Economic growth became a goal in itself and formed a central plank in post-war government programmes. Growth became a frontier, even an obsession“¹¹. Dazu gehöre auch, dass westliche Länder nicht nur schnell, sondern schneller als die anderen westlichen Länder wachsen wollten.¹²

Der Umwelthistoriker McNeill meint, dass Wirtschaftswachstum die bei weitem wichtigste politische Idee des 20. Jahrhunderts war. Diese zeichne sich dadurch aus, dass sie Natur und Umwelt vollständig ignoriert:

“Anglo-American economists (after about 1880) took nature out of economics. The growth fetish, while on balance quite useful in a world of empty land, shoals of undisturbed fish, vast forests, and a robust ozone shield, helped create a more crowded and stressed one. (...) Economic thought did not adjust to the changed conditions it helped to create; thereby, it continued to legitimate, and indeed indirectly to cause, massive and rapid ecological change. The overarching priority of economic growth was easily the most important idea of the twentieth century”¹³.

Daher bezeichnet er Wachstum als Fetisch: Es gehe um Wachstum um des Wachsens willen – ohne Rücksicht auf Verluste. Auch der australische Ökonom Clive Hamilton weist auf den Fetisch-Charakter von Wachstum hin.¹⁴ Er versteht darunter, dass Regierungen, Ökonomen, Journalisten und nicht zuletzt die Bevölkerung Wirtschaft und Wirtschaftspolitik an Wachstumsraten messen. Wachstum werde als untrüglicher Barometer für Wohlstand herangezogen und wird bzw. wurde im

¹¹ van der Wee 1986, 35

¹² vgl. Eichengreen 2008, 60 f.

¹³ McNeill 2000, 336

¹⁴ vgl. Hamilton 2003

Laufe der Geschichte als Mittel zu mehr Freiheit, Gleichheit, Bildung und Nationalstolz eingesetzt.

Kurz: Es gibt kein Problem, das Wachstum nicht lösen kann. „Growth appears to be a fetish – that is, an inanimate object worshipped for its apparant magical powers“¹⁵. Hamilton merkt an, dass Wachstum als etwas Selbstverständliches, aber gleichzeitig Magisches behandelt wird und greift dabei auf Karl Marx und seine Analyse des Warenfetischs zurück:

„Eine Ware scheint auf den ersten Blick ein selbstverständliches, triviales Ding. Ihre Analyse ergibt, daß sie ein sehr vertracktes Ding ist, voll metaphysischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken. (...) sobald er (ein Tisch, oder jedes andere beliebige Objekt, Anm. d. Verf.) als Ware auftritt, verwandelt er sich in ein sinnlich übersinnliches Ding“¹⁶.

2.1 Die Entstehung des Wachstumsparadigmas

Während es zu Wirtschaftswachstum mehr Literatur und Studien als Sand am Meer gibt, und diese einen essentiellen Bestandteil von Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftsgeschichte darstellen, findet man erstaunlich wenig zur Frage, wie Wirtschaftswachstum erst zum unhinterfragten Hauptziel jeglicher ökonomischer Tätigkeit wurde.

Wirtschaftswachstum kann definiert werden als „annual increase in the monetary value of all the goods and services produced within a country, including the costs of producing all the services provided by the government“¹⁷. Wirtschaftliches Wachstum spielte erst ab der Industriellen Revolution der 1820er Jahre eine Rolle. Davor schwankten die Wirtschaften der Länder jährlich nach oben oder nach unten, mit Steigerungen um durchschnittlich höchstens 0,05% jährlich. Der Terminus Wirtschaftswachstum wird überhaupt erst seit den 1950er Jahren verwendet.

¹⁵ Hamilton 2003, 3

¹⁶ Marx 1977, 85

¹⁷ Schmelzer 2015, 263

In einem Bericht zu gesellschaftlichem Fortschritt stellte die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) fest, dass Wachstum im 20. Jahrhundert eine zentrale Rolle spielte:

„For a good portion of the 20th century there was an implicit assumption that economic growth was synonymous with progress: an assumption that a growing GDP meant life must be getting better. But we now recognise that it isn't quite as simple as that“¹⁸.

Aufbauend auf der Post-Development-Strömung, die noch Platz in dieser Arbeit finden wird, konstatiert Matthias Schmelzer, dass das Wachstumsparadigma über eine hegemoniale Stellung verfügt und das Kernziel von Wirtschaftspolitik ist. Um zu verstehen, wie Wachstum zu so einem zentralen Faktor geworden ist, müsse man die komplexen Strukturen und historische Evolution dieses Paradigmas und die ihm zugrundeliegenden Machtverhältnisse verstehen.

Tatsächlich ist die Präsenz des Wachstumsparadigmas kaum zu übersehen, erscheinen doch in Nachrichten genauso wie in ökonomischen Analysen und politischen Debatten immer wieder Statistiken zu Wirtschaftswachstum. Man scheint kaum über Wirtschaft sprechen zu können, ohne auf Termini wie Wachstum und Bruttoinlandsprodukt (BIP)¹⁹ zu stoßen. Besonders in der Krise der letzten Jahre wurden schon kleine Veränderungen des BIPs nach unten besorgt aufgenommen. Wie noch zu zeigen sein wird, steht Wirtschaftswachstum im Kern der (kapitalistischen) Ideologien des politischen und sozio-ökonomischen Systems des 20. Jahrhunderts. Die sich aus dem Wachstumsparadigma ergebenden sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben die Gesellschaften und den Planet selbst fundamental und unwiderruflich geformt. Millionen von Menschen wurde durch Wirtschaftswachstum die Produktion und Konsumation von Gütern und Dienstleistungen möglich gemacht – allerdings über Zeit und Raum sehr ungleich verteilt und mit massiven Folgen.

¹⁸ OECD 2008, 595

¹⁹ Das BIP ist der Wert aller Waren und Dienstleistungen, die in einem Jahr innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft produziert werden.

Die Schattenseite der Massenproduktion und -konsumation (siehe Ausführungen zur imperialistischen Lebensweise) ist unübersehbar: Schäden an der Umwelt in ungeahntem Ausmaß und Klimawandel bedrohen die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen in der Gegenwart und noch mehr die zukünftigen Generationen. Geologen schlagen daher die Verwendung der nächsten geochronologischen Epoche vor: das *Anthropozän*. Dieses bezeichnet jenes Zeitalter, in dem der Mensch selbst entscheidend die natürliche Umwelt verändert.²⁰ Der Begriff weist hin auf „the fundamental transformations related to the fact that through the global spread of capitalist modes of production and living humanity itself has become the dominant geological force on planet earth“²¹.

Laut Schmelzer wurde das Wachstumsparadigma durch vier miteinander verwobene Diskurse legitimiert, universalisiert und naturalisiert, denen im Folgenden nachgegangen werden soll:

- Das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab für Wirtschaftsaktivität
- Wachstum als Allheilmittel für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme
- Wachstum als Ausdruck für Wohlstand, Fortschritt und Macht
- Wachstum kennt keine Grenzen

2.2 Zentrale Merkmale des Wachstumsparadigmas

2.2.1 Das Bruttoinlandsprodukt als Grundpfeiler des Wachstumsparadigmas

2.2.1.1 Geschichte des BIP

Eine der zentralen Grundannahmen des Wachstumsparadigmas ist der Gedanke, dass mittels des Bruttoinlandsprodukts wirtschaftliche Aktivität adäquat gemessen werden kann. Während das BIP gegenwärtig als objektiver, universeller Maßstab verwendet wird, zeigt ein Blick in die Geschichte, dass sich dieser Index erst im Laufe der Zeit als internationaler Standard etabliert hat und nicht immer die vermeintlich logische und natürliche Messlatte für wirtschaftliche Aktivität darstellte. Das BIP als Maßstab für wirtschaftliche Aktivität und Fortschritt basiert

²⁰ vgl. Görg 2016a

²¹ Schmelzer 2015, 263

auf gewissen Annahmen und schließt gleichzeitig bestimmte ökonomische Bereiche aus. Es naturalisiert außerdem einen bestimmten Blickwinkel auf die Welt und wirtschaftliche Aktivitäten. Das macht das BIP als Maßstab problematisch, wie noch zu zeigen sein wird.

Offizielle Statistiken zur wirtschaftlichen Lage von Ländern begannen erst, sich ab der Zeit der Großen Depression, also ab den 1930er Jahren, zu entwickeln. Ihren Ursprung haben sie in weniger systematisierten Aufzeichnungen von Herrschern und Ländern über ihre Reichtümer.

Die moderne systematische Aufzeichnung der nationalen wirtschaftlichen Aktivitäten begann mit der Übernahme der Technik der doppelten Buchführung, die auf John Maynard Keynes, James Meade und Richard Stone zurückgeht. Instrumente der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer der wichtigsten Werkzeugen der wirtschaftspolitischen Analyse und Gestaltung. Die Berechnung des BIP und anderer volkswirtschaftlicher Parameter „had a constitutive power in providing the epistemology of how economists, politicians, but also general public came to see and think about economic problems and solutions“²². Dadurch werde eine Realität konstruiert, in der Volkswirtschaft anhand betriebswirtschaftlicher Parameter gemessen wird – was nicht ohne Folgen bleibt.

Der Fokus auf das BIP und die damit verbundene volkswirtschaftliche Gesamtrechnung entstanden nämlich für die entwickelten kapitalistischen Länder in Westeuropa und Nordamerika während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie waren zugeschnitten auf die spezifische historische Situation, in der man den Krieg und seine Kosten plante und danach in fordistischer Manier versuchte, sich von den Kriegsfolgen zu erholen. Nach dem Krieg wurde diese Methode standardisiert und durch internationale Organisationen, besonders die OECD und die Vereinten Nationen (UNO) globalisiert. Bis Mitte der 1950er Jahre veröffentlichten schon 60 Länder ihre nationale Bilanzrechnung. Seit den 1990er Jahren ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung globaler Standard.²³

²² Schmelzer 2015, 265

²³ vgl. Schmelzer 2015; Bartolini/Sarracino 2014

2.2.1.2 Kritikpunkte am BIP als Maßstab

Die Angemessenheit des BIP für die Messung von Fortschritt und Wohlstand war jedoch schon immer umstritten. Laut Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz et.al. und deren gleichnamiger Publikation sei das BIP ein Instrument zur „mismeasuring our lives“²⁴. Schon in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren, als das BIP anfangen sich zu etablieren, waren Ökonomen und Statistiker skeptisch gegenüber dieser Kennzahl. Sie bezweifelten deren universelle Anwendbarkeit und die Sinnhaftigkeit, Wohlstand zu messen und über Zeit und Raum zu vergleichen. Außerdem herrscht Uneinigkeit über die Definition von wirtschaftlichem Output, im Speziellen über die Frage ob man nicht-monetäre Hausarbeit auch dazuzählen solle. Das BIP ignoriert unbezahlte Arbeit nämlich, was von feministischen Ökonominen seit den 1970er Jahren stark kritisiert wird.

Außerdem kritisieren Ökonomen, dass Wohlstand nicht anhand numerischer Parameter festgestellt werden könne. Obwohl Politiker und Statistiker in den 1940er Jahren festhielten, dass sie das BIP zur Messung von Wirtschaftsleistung und nicht von Wohlstand heranziehen wollen, wurde dieser Einwand von Ökonomen und Beamten ignoriert. Mitte der 1950er Jahre war unumstritten, dass die Höhe des BIP synonym zum Ausmaß des Wohlstands sei. Ein weiterer Einwand war die mangelnde Vergleichbarkeit von numerischen Parametern zwischen industrialisierten und „unterentwickelten“ Ländern und deren Einsatz in der Entwicklungspolitik. Durch den Ausschluss von unbezahlter Arbeit und Hausarbeit und bestimmte Vorstellungen des Menschen homo oeconomicus – beides im globalen Norden entstanden – war die Übertragung des Konzepts der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf koloniale oder dekolonialisierende Subsistenzwirtschaften höchst problematisch. Das BIP als essentieller Maßstab für Wirtschaftswachstum und Wohlergehen basiert nicht auf wissenschaftlichen Konsens und statistischem Wissen, sondern vielmehr auf dessen Nützlichkeit für politische Entscheidungen, die nach marktorientierten Zahlen verlangen.²⁵

²⁴ Fitoussi u. a. 2010

²⁵ vgl. Bleys/Whitby 2015; Schmelzer 2015; Bartolini/Sarracino 2014; Dale 2012; Haque 2004, 2 ff.

2.2.2 Wachstum als Allheilmittel und universeller Maßstab

Der politische Fokus auf Wirtschaftswachstum entwickelte sich unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, in den USA in den späten 1940er Jahren und in Europa in den frühen 1950er Jahren. Politische Entscheidungsträger sahen Wachstum als geeignete Lösung für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der durch den Krieg gebeutelten westlichen Gesellschaften und den aufkommenden Kalten Krieg. „Growth promised to turn difficult political conflicts over distribution into technical, non-political management questions of how to collectively increase GDP“²⁶, fasst es Schmelzer zusammen. Klassen- und andere Widersprüche wurden als durch Wachstum veränderbar gezeichnet und dieses als gut für alle vermittelt. Diese nur scheinbare Lösung von realen Problemen durch vermehrte Wirtschaftsaktivität bildet den Kern des liberalen Gesellschaftsmodells in der Nachkriegszeit. Konservative und linke Kräfte waren sich in ihren Wachstumszielen einig. Die OECD wurde schließlich *die* internationale Organisation, die sich vorrangig mit Wachstum beschäftigte und schon 1951 die ersten Wachstumsziele für ihre Mitgliedsstaaten festlegte. Auch den (post)kolonialen Ländern des globalen Südens wurde Wachstum als Fortschritt und als Weg aus der Armut schmackhaft gemacht.

Wirtschaftswachstum wurde als Allgemeingut dargestellt und sollte von Einkommensunterschieden ablenken. Konsum war dabei ein zentraler Faktor: „The awful images of war were supplanted by visions of a new nirvana, one of consumer bliss, captured by the pervasive image of the American housewife“²⁷. Henry Wallich, US-amerikanischer Ökonom, Berater von Präsident Eisenhower und Governor der US-Notenbank bezeichnete Wachstum 1972 als Ersatz für Einkommensgleichheit, denn solange die Wirtschaft wachse, gebe es Hoffnung – und das mache große Einkommensunterschiede für die Bevölkerung tolerierbar.

Obwohl das Wachstumsparadigma in der fordistisch geprägten Nachkriegszeit aus dem Keynesianismus heraus entstand, war es flexibel genug um neoklassische und liberale Strömungen zu überstehen und sich an Veränderungen in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung anzupassen. Der Neoliberalismus bestärkte das Streben nach Wirtschaftswachstum, jedoch mit dem großen Unterschied, dass nun

²⁶ Schmelzer 2015, 266

²⁷ Hamilton 2003, 100

nicht mehr der Staat Rahmenbedingungen für Wachstum schaffen müsse, sondern die ungezügelten freien Märkte. Der neoliberale Staat schafft für die Wirtschaft Hindernisse aus dem Weg, seine Legitimität ist direkt an Wirtschaftsleistung und Wachstum gekoppelt.²⁸

Wachstum wurde identifiziert mit der Schaffung von Arbeitsplätze, Gleichheit, Wohlstand und höheren Lebensstandards. Auch auf symbolischer Ebene war eine steigende Wirtschaftsleistung bedeutend: Sie wurde mit Fortschritt, Macht und Prestige und auf diffuserer Ebene generell mit allem, was politisch und gesellschaftlich erstrebenswert ist, gleichgesetzt. Wachsende Wirtschaft bedeutete automatisch steigenden Wohlstand. Aus dem BIP, einer volkswirtschaftlichen Kennzahl mit gewissen Implikationen, wurde „a powerful benchmark employed to assess success or failure of government policies, but also to symbolically determine the relative status of countries and power blocs within the international arena“²⁹.

Im Kontext des Kalten Krieges wurde Wachstum das wichtigste Symbol und die Basis für nationale Stärke und Macht. Wirtschaftswachstum wurde mit Vitalität, Kraft und Eifer assoziiert – Länder, die nicht wirtschaftlich wachsen, seien hingegen lethargisch. Statt territorialer Expansion setzte man nun auf die Ausweitung wirtschaftlicher Tätigkeiten. Wachstum wurde zu einer Verantwortung stilisiert, denen Staaten nachzugehen hätten – es wurde zu einem der wichtigsten Gründe, dass Länder überhaupt existieren und identitätsstiftend für sie.³⁰

James Tobin formulierte es so: „Growth has become a good word. And the better a word becomes, the more it is invoked to bless a variety of causes and the more it loses specific meaning“³¹. Es wurde „a new synonym for good things in general“³² und „a fashionable way to describe other economic objectives“³³.

²⁸ vgl. Eichengreen 2008; Dale 2012; Lessenich 2014; Schmelzer 2015, 266 f.

²⁹ Schmelzer 2015, 267

³⁰ vgl. Tobin 1964; Schmelzer 2015; Dale 2012

³¹ Tobin 1964, 1

³² Tobin 1964, 1

³³ Tobin 1964, 1

2.2.3 Wachstum ohne Grenzen

Nicht zuletzt ist ein wesentliches Merkmal des Wachstumsparadigmas, dass es keine Grenzen für Wachstum vorsieht und es als grenzenlos möglich betrachtet – auch wenn das schon aus physischen und ökologischen Gründen unmöglich ist, wie noch gezeigt werden wird.

Das Wachstumsparadigma entstand in der Nachkriegszeit unter der Annahme, dass das Wirtschaftswachstum für einige Jahrzehnte und vielleicht sogar für immer anhalten könne. Dieser Gedanke basiert auf einem Verständnis von Wirtschaft als in sich abgeschlossene Menge an Geldflüssen, die die Beziehung zwischen Produktion, Vertrieb und Konsum innerhalb eines Staates bilden. Physikalische Aspekte wie Ressourcenverbrauch und Energie wurden außen vor gelassen, denn diese würden Wachstum eine Grenze setzen. Bis in die späten 1960er Jahre wurde das Credo des endlosen Wachstums fortgeführt. Technologischer Fortschritt und der Marktmechanismus sollten dafür sorgen, dass das überbordende Wachstum keine negativen Folgen und auf Mensch und Umwelt haben solle.

Erste Zweifel gegenüber grenzenlosem Wachstum wurden Anfang der 1970er Jahre laut. 1972 publizierte der Club of Rome seine Studie „Limits to Growth“ und auch die OECD milderte ihre Forderungen nach Wachstum etwas ab. Die Ölkrise Mitte der 1970er lies diese kritischen Gedanken jedoch schnell verstummen. Politiker nahmen dann zwar leise Wachstumskritik zur Kenntnis, aber taten Kritik an sozialen und ökologischen Folgen mit dem Argument ab, dass man nun auf qualitatives Wachstum setze, um die Folgen der Krise zu bekämpfen. Ähnliche Konzepte wie nachhaltiges Wachstum und grünes Wachstum folgten in den Jahrzehnten darauf.

In der Gegenwart verfolgt die OECD einen vorsichtigen, jedoch widersprüchlichen Kurs in Bezug auf Wachstum: Einerseits weist sie auf Probleme von Wirtschaftswachstum hin und fördert grünes Wachstum, andererseits sieht sie Wachstum trotzdem als höchste Priorität. Bis 2050 sieht sie eine Vervierfachung des aktuellen globalen Bruttoinlandsprodukts vor.³⁴

³⁴ vgl. Schmelzer 2015

2.3 Wachstumszentrierte Denk- und Lebensmodelle

2.3.1 Die imperiale Lebensweise

Ulrich Brand und Markus Wissen fragten nach dem das Wachstumsparadigma stützenden Lebensmodell und nennen dieses die *imperiale Lebensweise*. Die kapitalistische Produktionsweise ist gekennzeichnet durch das Streben nach Mehrwert, steigender Produktion und Konsum. Um sowohl die Produktivität der Arbeitskräfte als auch den Kaufwillen der KonsumentInnen anzutreiben, müssen diese einen entsprechenden Lebensstil haben, der auf diesen Prämissen aufbaue.

Diese Lebensweise nennen Wissen und Brand imperial, denn sie beruht sowohl auf einem ausbeuterischen Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft, als auch auf der Abwälzung sozialer und ökologischer Kosten auf den globalen Süden, welcher über Senken (z.B. tropische Regenwälder) verfügt, die CO₂ absorbieren können. Nur durch den gewaltvoll erkämpften Zugang zu Ressourcen sogenannter „Dritte-Welt-Länder“ war und ist Wachstum im globalen Norden möglich.

“Ecological crisis phenomena, like the erosion of biodiversity and climate change, have been caused by the spread of production and consumption patterns that fundamentally rely on unlimited access to resources, space, labour power and sinks, which implies a globally unequal appropriation of nature. Exclusive access to resources, guaranteed by contract or through open violence, and the externalisation of the socio-ecological costs that using these resources entails, are the *conditio sine qua non* of the global North’s mode of living, which we therefore call ‘imperial’”³⁵.

In den letzten Jahrzehnten wuchsen vor allem in Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien die Mittel- und Oberschicht, die die imperiale Lebensweise des globalen Nordens übernahmen. Zusammen bilden sie eine transnationale Verbraucherklasse, die insgesamt rund 1,7 Milliarden Menschen umfasst – also mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung. Diese Entwicklung ist extrem problematisch, da der westliche Lebensstil nicht fortgeführt und schon gar nicht auf globaler Ebene betrieben werden kann ohne große sozio-ökologische, politische und ökonomische Probleme hervorzurufen. Die imperiale Lebensweise beruht nicht zuletzt auf einer ungleich verteilten Aneignung bzw. Nutzung von Natur, bei der Länder des

³⁵ Brand/Wissen 2013, 699

globalen Nordens über einen ungleich größeren Anteil an Ressourcen verfügen als Länder des globalen Südens.

Die imperiale Lebensweise ist gekennzeichnet durch leistbare, in Massen hergestellte Produkte wie Lebensmittel im Supermarkt oder Autos. Dazu kommt hoher Fleischkonsum, die Erzeugung von Strom und Wärme mithilfe von Kohle, Erdöl oder Gas und die industrielle Landwirtschaft. Gesellschaftliche „Institutionen“ wie billige Lebensmittel und Autos bilden die Grundlage des westlichen Lebensstils, welcher im Laufe des 20. Jahrhunderts auch in sich entwickelnden Ländern Anklang gefunden hat bzw. vom globalen Norden dort hin exportiert wurde. Dass die auf fossilen Ressourcen aufbauende Lebensweise durch ihre Expansion in immer mehr Regionen der Welt immer größere und irreversible Umweltschäden anrichtet, liegt auf der Hand.³⁶

2.3.2 Wachstum als „mentale Infrastruktur“

Wachstum ist, wie bereits angedeutet, nicht nur auf die politische und ökonomische Sphäre begrenzt. Der Soziologe Harald Welzer argumentiert, dass Wirtschaftswachstum auch in unseren Köpfen einen zentralen Platz einnehme – er nennt es eine „mentale Infrastruktur“³⁷. Die Vorstellung von unendlichem Wachstum sei laut ihm schon seit der Industriellen Revolution in unseren Köpfen eingeschrieben. Dies äußert sich auch in Aufstiegsplänen im Job und der Suche nach Selbstfindung und -verwirklichung. Der Mensch suche stets etwas Neues, Aufregenderes – nach Konsum. Wachstum ist somit Teil unserer Lebenswelt, die nicht nur durch materielle und institutionelle Infrastrukturen bestimmt ist, sondern auch durch mentale Vorstellungen über Glück, Freiheit und Lebenssinn:

„Die institutionellen Infrastrukturen regulieren das Wachstum, die materiellen manifestieren es, die mentalen übersetzen es in die lebensweltliche Praxis. Sie statten die Bewohner der Wachstumsgesellschaft mit den dazugehörigen Selbstkonzepten und Biographien aus“³⁸.

³⁶ vgl. Brand/Wissen 2013; Wissen 2014; Splash 2014; Brand/Wissen 2011

³⁷ Welzer 2011

³⁸ Welzer 2011, 14

Das ständige Streben nach Wachstum jedes Einzelnen habe laut Welzer in Zeiten der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nach der Industriellen Revolution begonnen. Durch das Ende des Feudalismus sei das Selbstbild der Menschen entstanden, dass sie durch Disziplin, Wille und Selbstverantwortung immer mehr erreichen könnten. Das Credo „schneller, besser, weiter“ gilt dann nicht nur für den industrialisierten Staat, sondern auch für jeden Einzelnen, der sich selbst steigern und weiterentwickeln kann. Die kapitalistische Produktionsweise mit dem Ziel der Mehrwerterzeugung überträgt sich auch auf das Individuum: Sie

„generiert eine permanente Selbsttranszendenz in Wirtschaft und Persönlichkeit. Beide sind prinzipiell auf Selbstüberschreitung, Unabschließbarkeit, also Unendlichkeit gestellt und damit systematisch auf pausenloses Wachstum“³⁹.

Zentrales Merkmal der mentalen Infrastruktur Wachstum ist, so Welzer, der Konsum. Denn mentale Infrastrukturen seien nicht nur von soziokulturellen Vorgaben wie einer beruflichen Karriere geprägt, sondern auch stark durch Alltagsroutinen und Gewohnheiten, die sich aus den materiellen und institutionellen Infrastrukturen ergeben. Wachstum äußert sich als mentale Infrastruktur stark im Konsumismus. In Zeiten des Wachstums bedeutet Konsum Statussicherung und ist Symbol für ein gutes Leben. In Bezug auf Simmel verwendet Welzer den Begriff Selbstextension durch Konsum: Damit ist gemeint, dass sich das Individuum durch das Erwerben von Besitz über seine ursprüngliche Grenze hinausdehnt – durch Besitz wächst es.

So lässt sich erklären, wieso „Shopping“ in westlichen Wachstumsgesellschaften zu einer der beliebtesten Freizeitaktivitäten zählt:

„Today, the compulsion to participate in the consumer society is not prompted by material need or by political coercion: it is prompted by the belief of the great mass of ordinary people that to find happiness they must be richer, regardless of how wealthy they already are“⁴⁰.

³⁹ Welzer 2011, 24

⁴⁰ Hamilton 2003, xvi

2.4 Wachstum mit grünem Anstrich

2.4.1 Nachhaltige Entwicklung

Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung (*sustainable development*) geht auf die von den Vereinten Nationen eingesetzte Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission, benannt nach der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, die den Vorsitz innehatte) zurück. Diese gab 1987 unter dem Titel „Our Common Future“ den sogenannten Brundtland-Report heraus, der erstmalig nachhaltige Entwicklung forderte. Dieser definiert nachhaltige Entwicklung so:

„Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs. It contains within it two key concepts:

- the concept of 'needs', in particular the essential needs of the world's poor, to which overriding priority should be given; and
- the idea of limitations imposed by the state of technology and social organization on the environment's ability to meet present and future needs“⁴¹.

Der Bericht legte die Basis für die Umweltagenda der UNO, die ihren ersten großen Meilenstein 1992 mit der United Nations Conference on Environment and Development (UNCED) in Rio – dem sogenannten Erdgipfel – erreichte. In Rio versprach man, die Problemfelder Umwelt und Entwicklung miteinander zu verknüpfen. Ergebnis der Konferenz war die Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung. Detaillierter ausgeführt wurden diese Handlungsanweisungen in der Agenda 21.⁴² In der Rio-Erklärung hielten die Teilnehmerstaaten fest, dass jeder Mensch Recht auf ein Leben in Einklang mit der Natur habe. Jeder Staat habe außerdem ein Recht auf Entwicklung, dass jedoch in Einklang mit Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen in der Gegenwart und in der Zukunft ausgeübt werden müsse. Die Unversehrtheit des Ökosystems der Erde solle wiederhergestellt und

⁴¹ World Commission on Environment and Development 1987, 41

⁴² vgl. Brand/Görg 2002

erhalten werden, weshalb Staaten nicht-nachhaltige Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten beseitigen sollten.⁴³

Zehn Jahr nach der Rio-Konferenz folgte 2002 in Johannesburg der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development, WSSD). Unter dem Motto „A Sustainable World is Possible“ verabschiedeten die Teilnehmer einen Johannesburg-Aktionsplan, in dem sie neue Prioritäten und Zielmarken zur Umsetzung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung festlegten.⁴⁴ 2012 fand schließlich – wieder in Rio de Janeiro – die United Nations Conference on Sustainable Development (UNCSD) statt. Thematischer Schwerpunkt war das Konzept der *Green Economy* (grüne Wirtschaft), das ökologische Nachhaltigkeit mit kapitalistischer Wirtschaftsweise verbinden sollte. Die Green Economy Initiative (GEI) wurde bereits 2008 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (*United Nations Environment Programme*, UNEP) ins Leben gerufen.⁴⁵ Grüne Wirtschaft ist für die UNO:

„A Green Economy is characterized by substantially increased investments in economic sectors that build on and enhance the earth’s natural capital or reduce ecological scarcities and environmental risks. These sectors include renewable energy, low-carbon transport, energyefficient buildings, clean technologies, improved waste management, improved freshwater provision, sustainable agriculture and forest management, and sustainable fisheries. These investments are driven by or supported by national policy reforms and the development of international policy and market infrastructure “⁴⁶.

Im Green Economy Report formuliert das UNEP in Anlehnung an Franklin D. Roosevelts New Deal in der Zwischenkriegszeit einen *Green New Deal*, der den Spagat zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, Wachstum und Umweltschutz schaffen soll. Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in „grünen“ Wirtschaftsbereichen solle die Wirtschaft angekurbelt und gleichzeitig der Klimawandel gebremst werden.⁴⁷

⁴³ vgl. UNCED 1992

⁴⁴ vgl. WSSD 2002

⁴⁵ vgl. UNEP 2010

⁴⁶ UNEP 2010, 3

⁴⁷ vgl. Netzer 2011, 2 ff.

2.4.2 Grünes Wachstum

Das Konzept des Grünen Wachstums (Green Growth) geht auf die OECD und die Weltbank zurück und steht dem der nachhaltigen Entwicklung und der Green Economy sehr nahe. OECD und Weltbank sprangen erst später als die UNO auf den Zug auf und veröffentlichten 2011 bzw. 2012 ihre ersten Publikationen zum Thema Grünes Wachstum⁴⁸. Die Weltbank definiert Grünes Wachstum als:

„growth that is efficient in its use of natural resources, clean in that it minimizes pollution and environmental impacts, and resilient in that it accounts for natural hazards and the role of environmental management and natural capital in preventing physical disasters“⁴⁹.

In ihren Berichten erkennen die beiden Organisationen an, dass das Wachstumsparadigma des 20. Jahrhunderts aufgrund seiner Auswirkungen auf die Natur und Umwelt im neuen Jahrhundert keinen Platz mehr hat. Laut ihnen brauche es eine Veränderung von Konsumgewohnheiten. Genauso wie das Weltumweltprogramm der UNO sehen sie die Verbindung von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz als Lösung für ökologische Probleme:

„Green growth means that environmental and economic objectives can be combined by decoupling environmental pressures from aggregate output at a sufficiently rapid pace“⁵⁰.

Die Weltbank betont, dass Grünes Wachstum „necessary, efficient, and affordable“⁵¹ sei und dass dies der einzige Weg sei, um schnelles Wachstum zu garantieren, dass Dritte-Welt-Ländern aus der Armut helfe. Dieses Wachstum müsse nachhaltig sein und im Einklang mit Umwelt und Gesellschaft stattfinden.

Als sinnvolle Maßnahmen für Grünes Wachstum sehen OECD und Weltbank adäquate Kohlepreise, die Unterstützung von nicht auf Kohle basierenden Unternehmen und Anreize, nachhaltige Technologien zu verwenden. Das sollen neue Energieeffizienzstandards sowie informationsbasierte Maßnahmen unterstützen. Außerdem sollen grüne Investments gefördert werden, indem das

⁴⁸ vgl. OECD 2011; Weltbank 2012

⁴⁹ Weltbank 2012, 2

⁵⁰ Antal/Van den Bergh 2016, 165 f.

⁵¹ Weltbank 2012, xi

Vertrauen der Investoren in grüne Wirtschaft gestärkt wird. Um die Abkehr von CO₂-basierten Wirtschaftspraktiken zu fördern, müsse die Wirtschaft flexibel sein, wozu es eine entsprechende Arbeitsmarktpolitik und Schulungen für Arbeiter brauche.⁵²

Obwohl der Inclusive Green Growth Bericht der Weltbank jedoch auch anerkennt, dass Wachstum in hoch entwickelten Ländern nicht unbedingt das oberste Ziel sei⁵³, wird dieser Gedanke im weiteren Laufe des Berichts nicht wieder aufgenommen.

2.4.3 Kritikpunkte

Ulrich Brand und Christoph Görg nennen diesen Zugang eine „selektive Bearbeitung der sozial-ökologischen Krise“⁵⁴. Damit meinen sie, dass sich der laut ihnen verhängnisvolle Trend der Neoliberalisierung und Inwertsetzung von Natur weiterhin fortsetzt und vielleicht sogar verstärkt. In sowohl der öffentlichen als auch der wissenschaftlichen Diskussion rund um nachhaltige Entwicklung bemängeln sie, dass keiner der Akteure sich genau mit den Ursachen des Klimawandels und der ökologischen Krise auseinandersetze. Der Privatsektor und originär (neo-)liberale Institutionen als Hauptverbündete der nachhaltigen Entwicklung sorgen dafür, dass dieses Versäumnis verstärkt werde. Die liberale, kapitalistische Agenda des *sustainable developments* führe die Ursachen der Umweltkrise fort, wo sie sie doch vielmehr am Schopf packen und abstellen sollte. Dies äußert sich darin, dass das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung vor allem in Form einer Ökonomisierung und Inwertsetzung der Natur umgesetzt wurde. Die von den Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) initiierten Strukturanpassungsprogramme und deren Einbindung von Entwicklungsländern in den Weltmarkt hatten fatale Folgen für Länder des globalen Südens. Das von IWF und Weltbank vorangetriebene selektive Wachstum sowie die durch empirische Daten bewiesenen negativen Folgen wurde von den Vereinten Nationen zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht herausgefordert.⁵⁵

⁵² vgl. Antal/Van den Bergh 2016, 165 f.

⁵³ vgl. Weltbank 2012, 6

⁵⁴ Brand 2004, 16

⁵⁵ vgl. Brand/Görg 2002, 13 ff.

Clive Splash wies in einer Diskussion an der Wirtschaftsuniversität Wien ironisch darauf hin, dass Grünes Wachstum scheinbar Magisches zu vollbringen möglich ist:

„This is an economy that can accumulate capital while decreasing the amount of materials and energy used; an economy that can achieve social equity and the eradication of poverty without any redistribution policy; an economy where people are made happy by conspicuous consumption, competing to buy the latest gadgets and owning more ('green') stuff. Not to forget achieving harmony with nature through technology“⁵⁶.

Nicholas Georgescu-Roegen nennt nachhaltiges Wachstum ein Oxymoron: „the term sustainable development, he argued, can only make sense if development is associated with no growth in the scale of the economy“⁵⁷. Dies ist einer der Hauptkritikpunkte am Konzept von grünem Wachstum: Organisationen wie UNO, IWF und Weltbank scheinen nicht erkennen (zu wollen), dass Umweltschutz und Wirtschaftswachstum sich nicht vereinbaren lassen. Escobar formuliert es so in Bezug auf den Brundtland-Report:

„By adopting the concept of sustainable development, two old enemies, growth and the environment, are reconciled (...). The report, after all, focuses less on the negative consequences of economic growth on the environment than on the effects of environmental degradation on growth and potential for growth. It is growth [read: capitalist market expansion], and not the environment, that has to be sustained“⁵⁸.

Damit einhergehend wird ignoriert, dass der exzessive Konsum des Westens eine der zentralen Stützen des Wirtschaftswachstums und der Ursachen der ökologischen Krise ist. Das Konsummantra wird nicht angetastet und bleibt weiterhin Grundpfeiler für Wachstum. Fernando sieht das als unvereinbar mit ökologischen Zielen: „maximization of capitalist profit and environmentally sustainable and equitable consumption cannot be achieved simultaneously“⁵⁹.

Ein weiterer Kritikpunkt an Plänen des grünen Wachstums ist, dass sie von einer veralteten, westlichen Vorstellung von Entwicklung ausgehen. Demnach brauche es einen linearen, kontinuierlichen Prozess der über Modernisierung und

⁵⁶ Splash 2014, 3 f.

⁵⁷ Martínez-Alier u. a. 2010, 1743

⁵⁸ Escobar 1995, 195

⁵⁹ Fernando 2003, 21

Industrialisierung führe. Dieser basiert auf eurozentrischen⁶⁰ und technokratischen Annahmen, denn er sieht weniger entwickelte Länder und „traditionellere“ Gesellschaften implizit als Relikt der Vergangenheit und Hindernis für Fortschritt. „The Western scientist continues to speak for the Earth. God forbid that the Peruvian peasant, an African nomad, or a rubber tapper of the Amazon would have something to say in this regard“⁶¹, stellt Escobar lakonisch fest.

Nicht zuletzt wird an den grünen Spielarten des Kapitalismus kritisiert, dass sie vage bleiben und keine konkreten Pläne zur Umsetzung vorschlagen. So stehen diese Konzepte vielen verschiedenen Akteuren offen, die sie für sich so interpretieren, wie es ihnen in die Regierungsperiode bzw. den Geschäftsplan passt. Die Umsetzung von Maßnahmen geschieht vor allem auf nationaler Ebene, obwohl das Konzept der nachhaltigen Entwicklung eine Zusammenarbeit auf zwischenstaatlicher bzw. globaler Ebene explizit vorsieht. Die Versäumnis, konkrete Handlungspläne anzubieten, kann auch als Versuch gesehen werden, die Dringlichkeit des Themas herunterzuspielen und es vor allem an Wirtschaftspolitik orientierten Regierungen leichter zu machen, nach Belieben Maßnahmen umzusetzen.⁶²

⁶⁰ „Von Eurozentrismus spricht man, wenn die europäische Kultur den Bewertungsmaßstab darstellt.“ (Haller 2005, 17)

⁶¹ Escobar 1995, 194

⁶² vgl. Fernando 2003; Hove 2004; Brand/Görg 2002; Splash 2014

3 WACHSTUMSKRITIK IN THEORIE UND PRAXIS

3.1 Anfänge der Wachstumskritik

3.1.1 Georgescu-Roegen und der Club of Rome

Einer der ersten Ökonomen, die Kritik am Wachstumsparadigma äußerten, war der Rumäne Nicholas Georgescu-Roegen. Im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie forschend, war er einer der Gründungsväter des Feldes der Ökologischen Ökonomie. 1971 veröffentlichte er „The Entropy Law and the Economic Process“, sein bekanntestes Werk. Er kritisierte Grundannahmen der orthodoxen Ökonomie und deren mechanische Logik. Laut Georgescu-Roegen haben wirtschaftliche Aktivitäten irreversible Folgen, die nicht wieder zurücknehmbar sind. Dies argumentiert er mit dem zweiten Gesetz der Thermodynamik, dem Gesetz der Entropie:

„it states that with time passing, energy is conserved, but undergoes an irrevocable qualitative degradation (energy is „dissipated“, entropy increases), hence drawing an unequivocal, forward-looking time’s arrow“⁶³.

Energie bleibt daher zwar über die Zeit hinweg bestehen, aber verliert an Qualität, die nicht wiedererlangt werden kann.⁶⁴ Auf die Ökonomie umgelegt, habe diese Erkenntnis weitreichende Folgen: Laut Georgescu-Roegen kann die Irreversibilität des Energieverbrauchs nicht ignoriert werden. Aufgrund des entropischen Charakters von wirtschaftlichen Prozessen solle Wirtschaftswachstum gezügelt oder sogar umgekehrt werden. Ziel müsse das Ende der Energieverschwendung sein, um diese zugunsten zukünftiger Generationen zu bewahren. Der Mainstream-Ökonomie sei das aber nicht bewusst:

„Waste and pollution, produced by economic activity do not enter into the standard production functions. This shows the impossibility of infinite growth in a finite world and the need to create a bio-economics, i.e. to think of the economy within the biosphere“⁶⁵.

⁶³ Levallois 2010, 2273

⁶⁴ vgl. Georgescu-Roegen 1971

⁶⁵ Latouche 2010, 520

Nicholas Georgescu-Roegen war 1979 der erste, der den Begriff „décroissance“, also Nicht-Wachstum verwendete – im gleichen Jahr erschien seine Aufsatzsammlung „*Demain la décroissance*“. Wie noch aufzuzeigen sein wird, legte Georgescu-Roegens einen Grundstein für die Jahrzehnte später zu entstehende Degrowth-Bewegung, die sich auf seine Arbeiten zum Prinzip der Entropie und den daraus abgeleiteten Zukunftsvisionen bezieht.⁶⁶

Georgescu-Roegens Publikation wurde trotz seiner explosiven Forderungen im ersten Jahr nach seinem Erscheinen von der wissenschaftlichen Community nur wenig beachtet. 1972 veröffentlichte der Club of Rome, ein 1968 gegründeter Verein von internationalen Entscheidungsträgern zur Entwicklung von Ideen zur globalen wirtschaftlichen Entwicklung, gemeinsam mit dem Massachusetts Institute of Technology den Bericht „*Limits to Growth*“. Grundaussage des Berichts war, dass es zu einem Stopp des Wirtschaftswachstums kommen werde bzw. müsse, wenn sich am gegenwärtigen System nichts ändere. Obwohl der Club of Rome in „*Grenzen des Wachstums*“ herausarbeitet, dass das ewige Wachstum ein Ende haben muss, bleibt er vage in seinen konkreten Handlungsvorschlägen:

„Wir sind überzeugt, daß (sic!) eine klare Vorstellung über die quantitativen Grenzen unseres Lebensraums und die tragischen Konsequenzen eines Überschießens seiner Belastbarkeit dafür wesentlich ist, neue Denkgewohnheiten zu entwickeln, die zu einer grundsätzlichen Änderung menschlichen Verhaltens und damit auch der Gesamtstruktur der gegenwärtigen Gesellschaft führen“⁶⁷.

Der Bericht nennt als Ziel einen Gleichgewichtszustand, welcher nur erreicht werden kann, wenn sich die Verhältnisse in den weniger entwickelten Ländern grundsätzlich verbessern, sowohl absolut als auch relativ im Vergleich zu den Industrienationen. Dazu brauche es möglichst rasch eine weltweite Strategie und globale Maßnahmen. Wie diese genau aussehen, führt der Bericht aber nicht aus.⁶⁸

Die zehn zwischen 1972 und 1980 erschienenen Berichte drifteten immer weiter vom Ziel der Eindämmung von Wachstum ab. Georgescu-Roegen warf dem Club vor, Ansichten der Mainstream-Ökonomie zu vertreten. Tatsächlich verfolgten die

⁶⁶ vgl. Latouche 2010, 520

⁶⁷ Meadows u. a. 1972, 170

⁶⁸ vgl. Meadows u. a. 1972, 171 ff.

Berichte eine stark managementfokussierte Perspektive, was bezeichnend ist für die Dekade der 1970er Jahre, in der Begriffe wie *green growth* und *sustainable development* aufkamen, die das kapitalistische Paradigma Wirtschaftswachstum nur begrenzt in Frage stellen, wie bereits gezeigt wurde.⁶⁹

3.1.2 John Stuart Mill und der Steady State

Modelle eines Steady State⁷⁰, also eines Staates ohne nennenswertes Wirtschaftswachstum, kamen schon im 19. Jahrhundert zum ersten Mal auf. John Stuart Mill schrieb, inspiriert von Aussagen von Ökonomen wie Adam Smith, David Ricardo und Thomas Malthus, dass natürliche Ressourcen endlich seien und Gesellschaften nicht der Irrannahme unterliegen sollten, dass Fortschritt nur mit materiellem Wachstum möglich sei. Smith, Ricardo und Malthus stellten genauso wie Mill fest, dass die Ökonomie den Faktor Ressourcenknappheit dringend beachten sollte.

Mill hält Wachstumsgrenzen für sinnvoll und anstrebenswert. Auch wenn zum Zeitpunkt, an dem er seine Werke verfasste, noch keine Ressourcenknappheit herrsche und die Natur noch nicht an ihre Grenzen gestoßen sei, werde dies irgendwann der Fall sein. Daher sei grenzenloses Wachstum nicht sinnvoll und nicht zukunftsfähig:

„It must always have been seen, more or less distinctly, by political economists, that the increase of wealth is not boundless: that at the end of what they term the progressive state lies the stationary state.“⁷¹ „It is scarcely necessary to remark that a stationary condition of capital and population implies no stationary state of human improvement. There would be as much scope as ever for all kinds of mental culture, and moral and social progress; as much room for improving the Art of Living, and much more likelihood of its being improved, when minds ceased to be engrossed by the art of getting on“⁷².

⁶⁹ vgl. Levallois 2010

⁷⁰ dieser Begriff wird synonym zu Steady State benützt

⁷¹ Mill 1848, IV.6.2

⁷² Mill 1848, IV.6.9

Mill postulierte also schon 1848, noch lange bevor das Wachstumsparadigma des 20. Jahrhunderts aufkommen sollte, dass Wohlstand und ein gutes Leben nicht von Wirtschaftswachstum und Produktionssteigerungen abhängig ist.⁷³

Inspiziert von Mill griff der US-amerikanische Ökonom und Begründer der Fachrichtung Ökologische Ökonomie Herman Daly den Gedanken des stationären/stetigen Staates auf. Er fordert in seinem 1977 erschienenen Werk „Steady-State Economics“ das Ende des scheinbar grenzenlosen Wirtschaftswachstums und damit verbundener Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten. In seiner Argumentation für eine nicht-wachsende Wirtschaft bezieht er sich auf Georgescu-Roegen mit seinem Gesetz der Entropie und weist auf schwindende natürliche Ressourcen hin. Durch den physischen Charakter von Wirtschaft – ihre Materialität – kann diese nicht für immer wachsen, ohne dass die Natur an ihre Grenzen gelangt.

Daher schlägt Daly die Steady State Economy (SSE) vor. Diese definiert er als „an economy with constant stocks of people and artifacts, maintained at some desired, sufficient levels by low rates of maintenance ‚throughput‘“⁷⁴. Im ganzen Kreislauf zwischen Produktion und Konsum sollen so wenig Energie und Ressourcen wie möglich verwendet werden. Die SSE zielt in der Erhaltung der benötigten Bestände auf minimalen Durchsatz (throughput) ab, was eine Verringerung des BIP bedeuten kann. Das stellt für den Steady State kein Problem dar. Sein Ziel liegt in der Erhaltung eines ausreichend großen Bestandes und nicht in dessen Wachstum.

Um einen Staat mit stabiler, nicht wachsender Wirtschaft durchsetzen und diesen erhalten zu können, brauche es laut Daly drei politische Institutionen. Diese sollen einen Steady State möglich machen, ohne persönliche Freiheiten mehr als notwendig einzuschränken. Erstens braucht es eine verteilende Institution, die Ungleichheiten in der Verteilung konstanter Bestände innerhalb der bestehenden Bevölkerung senkt. Diese kann die minimale und maximale Höhe von Einkommen festlegen und eine Obergrenze für persönlichen Reichtum. Das begründet Daly damit, dass ein zu hohes Einkommen und zu hoher Reichtum zu ausbeuterischen Wirtschaftsaktivitäten durch Reiche führen würde, was in einem Steady State nicht

⁷³ vgl. Luks 2013, 123 ff.; Dale 2013, 431 ff.

⁷⁴ Daly 1991, 17

wünschenswert ist. Wirtschaftsaktivität, Einkommen und Reichtum sollen nicht in den Händen weniger liegen, sondern (mehr oder weniger) demokratisch verteilt sein. Die zweite Institution dient zur Stabilisierung der Population und zur Vorbeugung von Bevölkerungswachstum. Das soll laut Daly mithilfe von transferierbaren Geburtenlizenzen erfolgen: Jeder Frau stehen demnach eine bestimmte Anzahl von Geburten zu, für die sie eine Lizenz bekommt. Will eine Frau bzw. Familie mehr Kinder haben, kann sie von anderen eine Lizenz für z.B. ein Kind geschenkt bekommen oder sie erwirbt sie käuflich. Die dritte Institution soll mithilfe von Quoten den Abbau natürlicher Ressourcen, besonders nicht erneuerbarer Ressourcen, regeln. Durch die Limitierung von Ressourcenabbau wird gleichzeitig indirekt die Umweltverschmutzung eingegrenzt. Gleichzeitig wird der *throughput* verringert und so kommt es zu der wünschenswerten Begrenzung von Kapital bzw. Beständen. Die quantitativen Restriktionen der Ressourcenflüsse verhindern weiteres Wirtschaftswachstum und garantieren eine Schonung der Umwelt.⁷⁵

3.2 Wachstumskritik als Kapitalismuskritik

3.2.1 Wachstum als zentrales Merkmal des Kapitalismus

Der britische Politologe Gareth Dale ergreift einen marxistischen Zugang zum Wachstumsparadigma auf Basis der Marx'schen Unterscheidung zwischen Gebrauchswert und Tauschwert. Der Tauschwert ergibt sich aus dem Gebrauchswert, und Gebrauchswerte benötigen Ressourcen, Arbeitskraft und Produktionsstätten, um hergestellt zu werden. Kernziel der kapitalistischen Produktion ist die Akkumulation, die auf Wettbewerb und Ausbeutung basierende Schaffung von Mehrwert. Der kapitalistische Wettbewerb verlangt nach immer höherer Produktivität – also nach Wachstum – um den Markt gerecht zu werden und das Kapital zu vergrößern:

„We thus see how the means of production are constantly enlarged, revolutionised, how division of labour necessarily draws after it greater division of labour, the employment of

⁷⁵ vgl. Daly 1991, 46 ff.

*machinery greater employment of machinery, work upon a large scale work upon a still greater scale*⁷⁶(Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf.).

Wachstum ist eines der inhärenten Merkmale der kapitalistischen Produktionsweise. Die Wachstumsdynamik im Kapitalismus führe laut Dale auch zu einer Konzentration natürlicher Ressourcen in Hand weniger privater kapitalistischer Unternehmen, die diese Ressourcen dem Ziel der Kapitalakkumulation unterwerfen. Dadurch entstehende Umweltschäden sind werden in diesem Zusammenhang von kapitalistische Produktion schlichtweg ignoriert.

Dale konstatiert aber, dass nicht nur die Wirtschaft vom Wachstumszwang beseelt sei, sondern auch der Staat. Er biete nicht nur die nötigen Rahmenbedingungen, damit Wirtschaftswachstum möglich sei. Vielmehr profitiert er durch Besteuerung auch direkt von wachsenden Profiten der Wirtschaft und hat somit großes Interesse an steigenden Wachstumsraten. Ein Staat, der nicht wächst und keine stetig nach oben wachsende BIP-Kurve aufweisen kann, wird genauso von Weltbank und IWF abgestraft wie schrumpfende Unternehmen von Märkten und Investoren.

Aus praktischer Sicht sieht Dale das Problem darin, dass Kapitalismus unfähig sei, Ressourcen dort bereitzustellen, wo sie tatsächlich gebraucht werden und sie stattdessen in den Händen einiger weniger zu konzentrieren. Das beweist das Problem Hunger: Während es auf der Welt genug Lebensmittel gibt, um die ganze Weltbevölkerung ohne Probleme zu ernähren, ist Essen nur in bestimmten Regionen (sprich: dem globalen Norden) und in bestimmten Gesellschaftsschichten ausreichen vorhanden.⁷⁷ Es müsse zum Ende des Wachstumsfetisches kommen, was aber in den Worten von Dale nicht so leicht zu erreichen sei: „The ideological moss it has gathered along the way cannot be brushed off. It would better be tossed aside“⁷⁸.

Der marxistische Denker David Harvey sieht Krisen als charakteristisch für den Kapitalismus an, sie seien „essential to the reproduction of capitalism“⁷⁹. Im Laufe von Krisen werden Schwächen des Kapitalismus sichtbar und anschließend umgeformt und gekittet, sodass eine leicht abgewandelte neue Version des

⁷⁶ Marx 1933, 143

⁷⁷ vgl. Dale 2012; Dale 2013, 440 ff.

⁷⁸ Dale 2012

⁷⁹ Harvey 2014, ix

Kapitalismus entsteht. Als Grund für die immer wiederkehrenden Krisen identifizierte er 2014 17 Widersprüche des Kapitalismus, welche er in drei Gruppen einteilt: grundlegende, sich verändernde und gefährliche Widersprüche.

Zu den drei gefährlichen Widersprüchen des Kapitalismus zählt laut Harvey das Streben nach endlosem Wachstum. Dabei bezieht er sich im Speziellen auf die jährliche Wachstumsrate und damit verbundenes exponentielles Wachstum. Die Wachstumsrate musste in den letzten Jahrzehnten in kapitalistischen Ökonomien durchschnittlich mindestens drei Prozent betragen, damit die Wirtschaftslage als gut galt. Im Rahmen der aktuellen kapitalistischen Produktionsweise sei ein Kurswechsel auf eine nicht wachsende Wirtschaft laut Harvey nicht möglich. Genauso wie Dale betont er, dass Profit und Profitmaximierung die Grundmaxime des Kapitals seien: „A zero-growth capitalist economy is a logical and exclusionary contradiction. It simply cannot exist“⁸⁰.

Die Wachstumslogik sei dem Kapitalismus so inhärent, dass er nicht ohne sie kann.⁸¹ Er geht so weit, öffentliche Güter und Unternehmen zu privatisieren, neue Märkte zu erschaffen, und sich natürliche Ressourcen wie Wasser und Land anzueignen, um neues Terrain für sich zu schaffen und so noch mehr wachsen zu können. Neue Anlagemöglichkeiten etwa in Form von Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen reichen aber laut Harvey nicht aus, um exponentielles Wachstum ewig weiterführen zu können:

„When everything – but everything – is commodified and monetised, then there is a limit beyond which this process of expansion cannot go. How close we are to that limit right now is hard to judge but nearly four decades of neoliberal privatisation strategies have already accomplished a great deal and in many parts of the world there is not much left to enclose and privatise“⁸².

⁸⁰ Harvey 2014, 232

⁸¹ vgl. Harvey 2006, 157 ff.

⁸² Harvey 2014, 235

Der scheinbar unstoppbaren kapitalistischen Akkumulation scheinen also natürliche Grenzen gesetzt zu sein, die auch nicht durch neue Konzepte wie wissensbasiertem Kapitalismus⁸³ zu durchbrechen sein scheinen.⁸⁴

Auf dem Weltsozialforum 2010 in Porto Alegre plädiert Harvey daher für den Umschwung zu einer nicht-wachsenden Wirtschaft. Wie erwähnt, hält er dies im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft für nicht durchführbar und sieht daher nur Sozialismus oder Kommunismus als Alternativen.⁸⁵ Die Wachstumspolitik von Weltbank und Co sieht er als Fatal, denn diese meine

„that a rising tide of economic development is bound to lift all boats. Maybe a truer metaphor would be that exponentially rising sea levels and intensifying storms are destined to sink all boats“⁸⁶.

3.2.2 Wachstum als Ideologie

Dale sieht Wachstum als Ideologie, die Partikularinteressen als Allgemeininteressen umdeutet, mystifiziert ist und die produzierenden Klassen im kapitalistischen hegemonialen Projekt miteinbindet. Aus seiner Sicht sei der ideologische Aspekt von Wachstum noch nicht hinreichend analysiert, weshalb er sich an eine marxistische Kritik der Ideologie Wirtschaftswachstum macht.

In dieser diene Wachstum als „*idealist refiguration* of capitalist social relations“⁸⁷ (Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf.), es soll die aktuelle Gesellschaftsform naturalisieren und legitimieren. Innerhalb des Wachstumsparadigmas der kapitalistischen Gesellschaften werden die Interessen des Kapitals als gut für alle dargestellt, da die Erzielung möglichst hoher Profite als Voraussetzung für die Erfüllung anderer Bedürfnisse dargestellt wird. Ohne ertragreiche Unternehmen gäbe es, so der kapitalistische Wachstumsdiskurs laut Dale, keine Investitionen und folglich auch keine Beschäftigung, Besteuerung und keine Löhne für Arbeiter.

⁸³ Die OECD sieht wissensbasierten Kapitalismus etwa als „neue Quelle des Wachstums“, siehe: <http://www.oecd.org/sti/inno/newsourcesofgrowthknowledge-basedcapital.htm>

⁸⁴ vgl. Harvey 2014, 222 ff.

⁸⁵ vgl. Harvey 2010

⁸⁶ Harvey 2014, 245

⁸⁷ Dale 2012

Wachstum sei für alle von Vorteil: Für Konsumenten, da sie mehr kaufen können, für Arbeiter, da sie einen Job haben, für NGOs, da sie durch steigende Einkommen mehr Spenden bekommen, für öffentliche Behörden, da sie mehr Steuern bekommen. Das Wachstumsparadigma biete eine willkommene ideologische Basis und Tarnung für das eigentliche Ziel kapitalistischer Produktion: die Selbst-Expansion des Kapitals. „As a system of competition, capitalism depends on the growth of capital; as a class system it depends on obscuring the sources of that growth“⁸⁸: Die Wachstumsideologie muss also klarmachen, dass Wachstum für alle gut sei – unabhängig davon, dass Profite höchst ungleich unter den Klassen verteilt sind.⁸⁹ Durch Täuschung müsse sie die ausbeuterischen Akkumulationsprozesse als gut für das Gemeinwohl präsentieren. Wachstum nimmt hier im Marx’schen Sinn die Funktion eines Warenfetisches an:

„Economic growth, although the result of social relations between people, assumes the appearance of an objective necessity and imperative injunction. It is assumed to be essential, the lifeblood of our society. It comes to stand for what our society is and does. Its end, the end of capitalism, would appear as the end of humanity“⁹⁰.

3.2.3 Wirtschaft als Konstrukt

Ein „essentialist and abstracted thinking about economy“⁹¹ sei laut Gibson-Graham⁹² Merkmal kapitalistischer Gesellschaften. Laut den beiden Autorinnen werde Ökonomie gegenwärtig als von der Politik strikt abzugrenzende Sphäre behandelt. Dieses Verständnis von Ökonomie als ein Feld unveränderlicher Mechanismen und mit klarer Logik kritisieren sie. Es sei ebenso gekennzeichnet durch die Theoretisierung von Ökonomie als

„a stable and self-reproducing structure impervious to the proliferative and desultory wanderings of everyday politics [and, Anm. d. Verf.] the tendency to constitute ,the‘

⁸⁸ Kidron, Michael/Gluckstein, Elena (1974): „Waste: US 1970“, in: Kidron, Michael: Capitalism and Theory, London: Pluto. Zitiert nach: Dale 2012

⁸⁹ vgl. Dale 2012

⁹⁰ Dale 2012

⁹¹ Gibson-Graham 2006, xxii

⁹² Hinter dem Namen Gibson-Graham stecken Katherine Gibson und Julie Graham, die an der Australian National University in Canberra bzw. an der University of Massachusetts im Bereich feministische ökonomische Geographie lehren und forschen.

economy as a singular capitalist system or space rather than as a zone of cohabitation and contestation among multiple economic forms“⁹³.

Alternative Ökonomen weisen auf diese eingeschränkten Annahmen der Mainstream-Ökonomie hin und versuchen die gängige Ansicht von Wirtschaft als Sphäre mit eigener, in Stein gemeißelter Logik und Gesetzen zu dekonstruieren. Dazu gehören auch Vertreter der Degrowth-Bewegung wie etwa Serge Latouche, der der Wirtschaft entkommen will. Das vorherrschende Denken über Ökonomie abstrahiere und essentialisiere wirtschaftliches Handeln, welches als unnahbar und von der Politik unbeeinflussbar charakterisiert wird. Wirtschaft werde damit als natürlich, ahistorisch und autonom sowie als durch harte Fakten zusammengesetzt gesehen.

In *The End of Capitalism* stellen Gibson-Graham die These auf, dass Wirtschaft erst das sei, was wir Menschen – sowohl diskursiv, als auch praktisch – daraus machen. Somit ist Wirtschaft imaginiert und konstruiert. Die beiden Denkerinnen rufen dazu auf, die gängigen Denkmuster über Wirtschaft zu hinterfragen und wirtschaftliches Handeln neu zu imaginieren. In konstruktivistischer Manier heben sie hervor, dass Ökonomie nicht in Stein gemeißelt ist, sondern Entscheidungen und verschiedenen Möglichkeitsszenarien unterworfen ist. Dies trage zu „freeing the imagination and conceptualisation of material practices from the grip of capitalism“⁹⁴ bei. Durch das breitere Denken von Wirtschaft fallen dann auch nicht-kapitalistische aber trotzdem wirtschaftliche Praktiken wie Hausarbeit und lokaler Tauschhandel in den Blick und nicht nur Aktivitäten, die auf Kapitalakkumulation und Überschuss abzielen.⁹⁵

3.2.4 Gesellschaftliche Naturverhältnisse

Die kritische Konzeption gesellschaftlicher Naturverhältnisse begann in den 1980er und 1990er Jahren am Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt/Main. Bezugnehmend auf die materialistische Theorie und die Kritische Theorie der Frankfurter Schule unternahm man dort den Versuch, die ökologische Krise kritisch zu theoretisieren. Mit der Diagnose der „Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ wird betont, dass es nicht um einzeln zu betrachtende ökologische Probleme und

⁹³ Gibson-Graham 2006, xxi

⁹⁴ Fournier 2008, 534

⁹⁵ vgl. Gibson-Graham 2006; Gibson-Graham 1996, 168 ff.; Fournier 2008

problematische Prozesse geht, sondern dass das Problem weiter greift. Nicht die Natur leidet unter einer Krise, sondern die gesellschaftlichen Naturverhältnisse insgesamt, also die Art und Weise, wie Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technik mit der Natur umgehen – insbesondere in hochindustrialisierten Gesellschaften.

Das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse will den Gegensatz zwischen Soziozentrismus („Es gibt keinen Einfluss von Natur auf Gesellschaft“) und Naturalismus („Soziales ist durch Natur determiniert“) überwinden. Vielmehr soll herausgearbeitet werden, wie Gesellschaft und Natur sich gegenseitig konstitutiv vermitteln. Dieses Wechselverhältnis ergibt sich einerseits dadurch, dass Menschen nicht existieren können, ohne sich Natur anzueignen und ihre Bedürfnisse durch sie zu befriedigen. Andererseits wird Natur nicht nur materiell, sondern auch symbolisch produziert indem natürliche Ressourcen etwa erst in Bezug auf bestimmte gesellschaftliche Konstellationen und Bedürfnisse als solche angesehen und genützt werden. Natur kann jedoch nicht beliebig sozial produziert werden. Sie verfügt noch immer über eine Eigenständigkeit und eine eigene Materialität.⁹⁶

Dass dieses Faktum ignoriert wird, kann als Ursache der ökologischen Krise und Charakteristikum kapitalistischer Naturverhältnisse gedeutet werden. Die Ignoranz gegenüber der Eigenständigkeit von Natur ergibt sich aus der Tatsache, dass kapitalistische Produktion nicht auf die Herstellung von Gebrauchswerten, sondern auf die Schaffung von Mehrwert abzielt: Die kapitalistische Produktionsweise

„transformiert Natur in einem Ausmaß und mit einem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte wie keine andere Produktionsweise vor ihr, ist mithin unter stofflichen Gesichtspunkten hochgradig abhängig von Natur und macht sich deren besondere Qualitäten zunutze, um immer neue Bedürfnisse zu kreieren sowie Produkte und Technologien ihrer Befriedigung zu entwickeln“⁹⁷.

Durch den Fokus auf die Schaffung von Mehrwert und neuen Bedürfnissen abstrahiert die kapitalistische Produktionsweise von raum-zeitlichen Spezifika von Natur. Sie ist damit einerseits auf Natur als Ressource angewiesen, aber ist ihr gegenüber auch destruktiv indem sie auf ihre Verwertung und Inwertsetzung

⁹⁶ vgl. Köhler/Wissen 2010

⁹⁷ Köhler/Wissen 2010, 222

abzielt. Kapitalistische Produktion übt daher das aus, was das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in Anlehnung an die Kritische Theorie der Frankfurter Schule Naturbeherrschung nennt. Die Zerstörung von Natur und die Abstrahierung von ihren besonderen Qualitäten sei laut dieser ein zentrales Dilemma der europäischen Aufklärung.⁹⁸

Altwater bezeichnet die fordistische Produktionsweise als fossilistisch, da sie wesentlich auf Holz und Kohle basierte. In Anschluss an Marx kritisiert er, dass der kapitalistische Produktionsprozess durch die technologische Verarbeitung von natürlichen Ressourcen dimensioniert sei, während völlig ignoriert werde dass es ökologische Grenzen der Produktivitätssteigerung gebe. Der Kapitalismus vernachlässige außerdem die Frage, wie natürliche Ressourcen überhaupt entstehen und wie Natur sich wieder regenerieren könne.⁹⁹

Laut Görg zeichne sich der (postfordistische) Kapitalismus dadurch aus, dass dominante Akteure trotz der Kenntnis über ökologische Probleme weiterhin die Ausbeutung der Natur zu kurzfristigen und profitablen Zwecken verfolgen. Die *„Möglichkeiten einer Gestaltung der Naturverhältnisse werden den Strukturzwängen kapitalistischer Restrukturierung untergeordnet“*¹⁰⁰ (Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf.). Als wesentliches Charakteristikum kapitalistischer Naturverhältnisse sieht Görg erstens die Tendenz zu Privatisierung, Kommerzialisierung und Inwertsetzung von Natur. Durch neue Technologien und Unternehmensstrategien werden neue Rohstoffe erst erschaffen (z.B. Bio- und Gentechnologie) und kommerzialisiert. Zweitens thematisiert er den Umgang mit ökologischen Problemen: Dieser passiert zunehmend aus einer Management-Perspektive, die das Wachstumsparadigma und steigenden materiellen Wohlstand nicht infrage stellt und Umwelt diesen Zielen nachordnet.

Görg konstatiert eine Management-basierte Strategie als Antwort auf die ökologische Krise, „eine neue Strategie des Umgang (sic) mit der Natur, ein neues Leitbild der Gestaltung der Naturverhältnisse, die diese als Ressource und als Quelle vielfältiger

⁹⁸ vgl. Köhler/Wissen 2010; Görg 2003, 14f.

⁹⁹ vgl. Altwater 1992, 82 ff.

¹⁰⁰ Görg 2004, 220

nützlicher Leistungen für die Gesellschaft (...) zu erhalten versucht“¹⁰¹. Natur wird damit dem Wachstums- und Wohlstandszweck untergeordnet. Drittens sei das Ziel kapitalistischer Gesellschaften die „vollständige Subsumption der Natur unter gesellschaftliche Zwecksetzungen und die Leugnung einer Nichtidentität der Natur“.¹⁰² Mit Nichtidentität bezieht sich Görg auf die der Natur eigenen Logiken und Vorgänge, die nicht innerhalb von ökonomischen und politischen Prozessen beeinflusst werden können. Als Folge der Umweltkrise verzichten dominante Akteure nicht auf die Ausbeutung der Natur, sondern versuchen nur, diese besser zu managen.¹⁰³

3.3 Die Degrowth-Bewegung

Degrowth ist kein politikwissenschaftliches Konzept, sondern vielmehr ein politischer Slogan und eine Bewegung mit theoretischen Grundannahmen. Laut Serge Latouche, einem der Gründungsväter der Bewegung, geht es um die Abkehr vom Wachstum als Religion, welche zu desaströsen Folgen für Mensch und Umwelt führt:

„Rigorously, it would be best to speak about ‚a-growth‘, as one speaks about atheism. It actually means quite precisely, the abandonment of a religion: the religion of the economy, growth progress and development“¹⁰⁴.

3.3.1 Entstehungsgeschichte

30 Jahre nach der ersten Erwähnung des Begriffs „decroissance“ durch Georgescu-Roegen wurde das Thema 2002 in Lyon wieder aufgegriffen: Das alternative Magazin *Silence* veröffentlichte ein Sonderheft zum Thema decroissance. Außerdem wurde – ebenfalls in Lyon – das „Institute for Economic and Social Studies on Sustainable Degrowth“ gegründet, das 2003 ein Symposium zum Thema Nicht-Wachstum ausrichtete. 2007 gründete Francois Schneider schließlich die akademische

¹⁰¹ Görg 2004, 221

¹⁰² Görg 2004, 222

¹⁰³ vgl. Görg 2004; Dietz/Wissen 2009; Görg 2016b

¹⁰⁴ Latouche 2010, 519

Organisation Research and Degrowth, welche für die internationalen Degrowth-Konferenzen federführend zeichnet. Die erste Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit fand 2008 in Paris statt, wo der englische Begriff Degrowth festgelegt wurde und in die internationale wissenschaftliche Debatte eingebracht wurde. Weitere Konferenzen fanden 2010 in Barcelona, 2012 in Venedig und 2014 in Leipzig statt. 2016 wird sie in Budapest abgehalten.

2004 publizierte Latouche in *Le Monde Diplomatique* den weit verbreiteten und für die Degrowth-Bewegung als mitbegründend angesehenen Artikel „Degrowth Economics“¹⁰⁵. Laut ihm ergebe sich das in Frankreich entstandene Degrowth aus der Zusammenführung zweier Bewegungen: einerseits der politischen Ökologie, die die negativen Folgen von Produktivismus und Wachstum aufzeige, und andererseits der Kritik am Konzept von Entwicklung. Damit hat die Degrowth-Bewegung eine ökonomisch-ökologische Achse, die wesentlich von Georgescu-Roegens Werk beeinflusst ist, und eine kulturalistische Achse in Form der Kritik an gängigen Vorstellungen von Entwicklung.

Das Grundproblem liegt laut der Degrowth-Bewegung im Wachstums-Fetisch mit dem Bruttoinlandsprodukt als „fetish index of modern wellbeing“¹⁰⁶. Laut der Degrowth-Bewegung sei der Wachstumsfetisch in das dominante Entwicklungsparadigma von Weltbank und Co eingeschrieben, indem dieses ökonomistisch Beziehungen zwischen Menschen und zwischen Mensch und Natur zur Ware macht und ihnen einen Wert zuschreibt. Die Degrowth-Debatte teilt daher einige ihrer Grundannahmen mit dem Konzept des Post-Development, auf das später noch eingegangen wird.¹⁰⁷

Ökonomie ist, wie es Gibson-Graham und auch Valérie Fournier formulieren, keine objektive Realität bestehend aus unhinterfragbaren Fakten, sondern vielmehr eine abstrakte Idee und ein „self-referential system of representations“¹⁰⁸. Diese scheinbare Natürlichkeit der Ökonomie als Ansammlung von Fakten ist ein

¹⁰⁵ Latouche 2004

¹⁰⁶ Latouche 2010, 520 f.

¹⁰⁷ vgl. Martínez-Alier u. a. 2010; Degrowth-Webportal 2016; Kallis 2011

¹⁰⁸ Latouche, Serge (2005): *L'invention de L'Economie*. Paris: Albin Michel. Zitiert nach Fournier 2008, 533

Konstrukt, das es laut Verfechtern von Degrowth zu dekonstruieren und bekämpfen gilt.

3.3.2 Ziele und Wege

Als allerersten Schritt zu Degrowth sieht die Bewegung daher die Re-Politisierung der Ökonomie, anstelle eines ökonomischen Determinismus oder Ökonomismus. Ökonomie wird von der Degrowth-Bewegung daher als historischer Prozess verstanden, der durch diskursive Praktiken hergestellt wird und nicht als ein autonomes, ahistorisches Phänomen.

„Thus, degrowth is not just a quantitative question of producing and consuming less, but a tool proposed for initiating a more radical break with dominant economic thinking. This radical break is signalled firstly by foregrounding democratic choices and debates in the shaping of the economy, and secondly by re-imagining economic relations and identities in different terms; both moves can be captured under a core concern of the degrowth movement: escaping from the economy“¹⁰⁹.

Schneider et. al. definieren Degrowth als „a voluntary, smooth and equitable transition to a regime of lower production and consumption“¹¹⁰ in Form eines

„equitable downscaling of production and consumption that increases human wellbeing and enhances ecological conditions at the local and global level, in the short and long term“¹¹¹.

Während es innerhalb der Degrowth-Bewegung unterschiedliche Strömungen gibt, verbindet diese laut Kallis der Wunsch nach einer Richtungsänderung sowohl auf dem Makrolevel, also bei politischen und ökonomischen Institutionen, als auch auf dem Mikrolevel in Gestalt von individuellen Werten und persönlichen Zielen. Einkommen und materielles Wohlergehen im globalen Norden müssen zurückgestellt werden, mit dem Ziel, dies nicht als Wohlstandsverlust wahrzunehmen. Dieser Übergang erfordere „radical change in the basic institutions of property, work, credit and allocation, that the system that will result will no longer be identifiable as capitalism“¹¹². Dabei betont Kallis, dass Degrowth nicht bloß eine

¹⁰⁹ Fournier 2008, 532

¹¹⁰ Schneider u. a. 2010, 512

¹¹¹ Schneider u. a. 2010, 512

¹¹² Kallis 2011, 875

politische Maßnahme innerhalb des bestehenden System sei, sondern vielmehr eine mit radikalem Wandel verbundene politische Alternative. Um Degrowth in die Praxis umzusetzen, brauche es eine Reihe an umweltpolitischen und verteilungspolitischen Maßnahmen wie ein Grundeinkommen für alle, weniger Arbeitsstunden, Umwelt- und Konsumsteuern und Werbeeinschränkungen.¹¹³

Auf der Degrowth-Konferenz 2008 in Paris verabschiedeten die TeilnehmerInnen eine Deklaration. In dieser forderten sie ein „'right-sizing' the global and national economies“¹¹⁴. Auf globaler Ebene bedeute dies, den weltweiten ökologischen Fußabdruck auf ein nachhaltiges Level zu reduzieren. In Ländern, wo der Pro-Kopf-Fußabdruck größer sei als das global verträgliche Level, müsse dieser innerhalb eines realistischen Zeitrahmens reduziert werden. In Ländern mit signifikanter Armut bedeute right-sizing, dass der Konsum auf nachhaltige Weise steigen müsse, um entsprechend lokal ausgearbeiteter Wege Armut zu reduzieren. Von außen auferlegte Entwicklungsprogramme sind abzulehnen. Damit verbunden sei eine Umverteilung von Einkommen und Reichtum sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern.

In reichen Ländern werde das right-sizing durch Degrowth erreicht. Darunter verstehen die KonferenzteilnehmerInnen „a voluntary transition towards a just, participatory, and ecologically sustainable society“¹¹⁵. Ziele von Degrowth seien die Sicherstellung der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und hoher Lebensqualität bei gleichzeitiger Reduktion des globalen ökologischen Fußabdrucks. Eine Veränderung des globalen Wirtschaftssystems und der nationalen Wirtschaftspolitiken sei notwendig, um die globale Ökonomie und unnachhaltige nationale Wirtschaften zu schrumpfen. Nach der Phase des Degrowth soll es zu einer stabilen Ökonomie mit einem nur wenig schwankenden Level an Konsum kommen. Latouche spricht vom

„objective to reverse the wedge between production of wellbeing and GDP. It is a question of uncoupling or disconnecting the improvement of the situation of private

¹¹³ vgl. Kallis 2011

¹¹⁴ Research & Degrowth 2010, 523

¹¹⁵ Research & Degrowth 2010, 524

individuals from a statistical rise in material production, in other words to decrease ‚well-having‘ to improve the ‚well-being‘“¹¹⁶.

Latouche fordert außerdem eine Dekolonisierung unserer Vorstellungskraft, in der wir uns vom Gedanken verabschieden müssen, dass stetiges Wachstum der einzige Weg zu Wohlbefinden und Wohlstand sei. Pointiert weist er auf die Folgen von zurückgenommenem Wachstum und die damit verbundenen Implikationen hin:

„It is known that the simple deceleration of growth plunges our societies into distress because of unemployment and the abandonment of the social, cultural and environmental programs which ensure a minimum quality of life. One can imagine what a catastrophe a negative growth rate would be! Just as there is nothing worse than a workers' society without work, there would be nothing worse than a society of growth without growth. (...) Degrowth is thus possible only in a ‚society of degrowth‘“¹¹⁷.

Dieser Wandel erfordere daher ein ganz neues Lebensmodell, dessen Alltag sich nicht an bezahlter Erwerbstätigkeit und wirtschaftlichen Parametern ausrichtet, sondern an persönlichen Interessen, Gemeinschaftssinn und Aktivitäten wie Bildung, Kunst, Forschung, Sport, Religion und persönlichen Beziehungen. Ideelle Grundlage sollen „encouragement of self-reflection, balance, creativity, flexibility, diversity, good citizenship, generosity, and non-materialism“¹¹⁸ sein. Begleitet werde dies durch die Beachtung der Menschenrechte, Respekt für kulturelle Differenzen, partizipatorische Demokratie und dem Prinzip der Gleichheit. Der Schrumpfungsprozess soll gekennzeichnet sein durch den Fokus auf Lebensqualität statt Konsummenge, die Erfüllung grundlegender menschlicher Bedürfnisse für alle, Gesellschaftswandel, verringerte Abhängigkeit von ökonomischer Tätigkeit und Zunahme an freier Zeit, unbezahlten Aktivitäten, Konvivialität und Gemeinschaftssinn.¹¹⁹

Klar formuliert heißt das: „We think that nothing but a rupture with the capitalist system, its consumerism and its productivism, can avoid catastrophe“¹²⁰. Die

¹¹⁶ Latouche 2010, 521

¹¹⁷ Latouche 2010, 521

¹¹⁸ Research & Degrowth 2010, 524

¹¹⁹ vgl. Research & Degrowth 2010

¹²⁰ Latouche 2010, 520

Degrowth-Bewegung sieht sich daher als ganzheitliche Bewegung, die nicht innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems Veränderung erreichen will, sondern dieses durch ein neues ersetzen will.¹²¹

3.4 Postwachstum durch Suffizienz und Subsistenz

Als Kennzeichen gegenwärtiger Gesellschaften sieht der deutsche Ökonom Niko Paech eine strukturelle Wachstumsabhängigkeit. Diese ergibt sich aus industrieller Arbeitsteilung einerseits und vollständiger Fremdversorgung andererseits. Einzelpersonen bzw. Haushalte geben ihre Fähigkeit zu Autonomie und Selbstversorgung auf, indem sie einen spezialisierten Arbeitsplatz annehmen, der ein monetäres Einkommen verspricht, und begeben sich somit in mehrerlei Abhängigkeiten.

„Wenn Bedürfnisse, die vormalig durch handwerkliche Tätigkeiten, Eigenarbeit, lokale Versorgung und soziale Netzwerke befriedigt wurden oder denen schlicht mit Entsagung begegnet wurde, Zug um Zug durch Produkte, Dienstleistungen und Komfort generierende Automatisierung/Mechanisierung abgedeckt werden, ist die Existenzsicherung einer geldspeienden Wachstumsmaschine ausgeliefert“¹²².

Der „Homo consumens“¹²³, wie Paech ihn nennt, ist nicht (mehr) fähig, mit Hilfe von eigenen Leistungen oder lokalen Ressourcen zu überleben, denn er ist fremdversorgt. In diesen Strukturen der Fremdversorgung ist die Distanz zwischen der zerlegten Produktion und dem geographisch weit entfernten Verbrauch groß. Die Wertschöpfungsketten werden in diesem System immer größer. Die ortsungebundene Produktion, oft sehr weit entfernt vom Verkaufspunkt, ermöglicht nämlich für Wirtschaftswachstum essentielle Kosten- und/oder Qualitätsvorteile.¹²⁴

3.4.1 Warum Nachhaltigkeit nicht reicht

Niko Paech konstatiert in seinen Schriften zur Postwachstumsökonomie, dass nachhaltiges Wachstum und Wirtschaften nicht reicht, um unseren Planeten zu schützen: Denn dann müsste man an das Wunder glauben, dass sich

¹²¹ vgl. Latouche 2010; Martínez-Alier u. a. 2010; Kallis 2011; Brand 2015

¹²² Paech 2012a, 64

¹²³ Paech 2012a, 64

¹²⁴ vgl. Paech 2012a, 64 f.

Wirtschaftswachstum und Umweltschäden bzw. Ressourcenverbrauch technisch entkoppeln ließen. Eine Steigerung des BIP verlangt nämlich nach zusätzlichen Leistungsübertragungen: einem Geldfluss zwischen mindestens einem Anbieter und einem Empfänger. Der Wertschöpfungszuwachs verfügt daher über eine Entstehungs- und eine Verwendungsseite. Beide Seiten müssten ökologisch neutralisiert werden, um nicht weitere Schäden an der Umwelt anzurichten.

Dies sieht Paech als unmöglich, da sogenannte „Rebound-Effekte“ entstehen: Darunter versteht man in der Energieökonomie Effekte, die dazu führen, dass der Nutzen von Effizienzsteigerungen (z.B. durch grüne Technologien) dadurch zunichte gemacht wird, dass Nutzer ihren Verbrauch steigern.¹²⁵ Auf der Produktionsseite entstehen laut Paech materielle Rebound-Effekte: Die Ökologisierung von Technologien, Produkten und Energie führt nicht zu einer ökologischen Entlastung, wenn zu ihrer Schaffung weitere Materialien notwendig sind. Durch den Umstieg auf ökologisches Wirtschaften würde also ein massiver Rebound-Effekt eintreten, der Unmengen an Materialien und Ressourcen benötigt.

Auf der Verwendungsseite entstehen hingegen finanzielle Rebound-Effekte. Durch grüne Technologien und Produkte erwirtschaftete Produktionszuwächse und korrespondierende Einkommenszuwächse bleibt Konsumenten mehr Geld übrig. Diese Zuwächse müssten ökologisch neutralisiert werden, was jedoch unrealistisch ist, da diese eher für Konsumaktivitäten wie Reisen oder Häuser bauen verwendet werden. Ein weiterer finanzieller Rebound-Effekt ergibt sich, wenn durch den durch grüne Investitionen erhöhten Gesamtoutput der Wirtschaft Preise sinken. Dies erhöht die Nachfrage, was ökologisch nicht wünschenswert ist. Und drittens sorgen Effizienzerhöhungen bei Häusern, Autos etc. dafür, dass sich die Betriebskosten senken. Folge: Die finanziellen Einsparungen werden für zusätzlichen Konsum oder Mobilität (Reisen, Fahrzeuge) ausgegeben.¹²⁶

¹²⁵ Ein Beispiel dafür sind Nutzer von Elektroautos, die mit diesem Auto mehr fahren als mit konventionellen Autos weil sie durch die grüne Technologie weniger Energie verbrauchen. Der reduzierte Emissionenausstoß durch den Elektroantrieb wird jedoch zunichte gemacht, wenn Menschen diesen als Rechtfertigung für höhere Nutzung ansehen.

¹²⁶ vgl. Paech 2012a, 61 f.; Paech 2012b, 17 f.; Paech 2013

3.4.2 Suffizienz: Reduktion als Befreiung

Aufgrund der Rebound-Effekte und der sich daraus ergebenden Ungeeignetheit von grünem Wachstum sieht Paech nur eine mögliche Lösung:

„Das Ausmaß industriell-arbeitsteiliger Versorgungssysteme, deren Output zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes beiträgt, muss reduziert werden. Nicht technologische Anpassung, sondern Rückbau, insbesondere die Reduktion nicht verantwortbarer Mobilitäts-, Konsum- und sonstiger Komfortansprüche ist das einzige noch verbleibende Mittel“¹²⁷.

Damit bezieht er sich auf das Prinzip der Suffizienz. Suffizienz bedeutet kurz gesagt die Befreiung vom Überfluss. Wolfgang Sachs formuliert es so:

„Einer naturverträglichen Gesellschaft kann man in der Tat nur auf zwei Beinen näherkommen: durch eine intelligente Rationalisierung der Mittel wie durch eine kluge Beschränkung der Ziele. Mit anderen Worten: die ‚Effizienzrevolution‘ bleibt richtungsblind, wenn sie nicht von einer ‚Suffizienzrevolution‘ begleitet wird“¹²⁸.

Suffizienz ist eine Gegenpraxis zu nachhaltigem Konsum, denn sie bedeutet Nicht-Konsum. Bisher verwendete Güter sollen nicht bloß durch ökologische Varianten ersetzt, sondern ganz gestrichen werden. In einer reizüberfluteten Welt sollen Reduktion und Überschaubarkeit der Handlungsmöglichkeiten sowie Entschleunigung zum Selbstschutz der Individuen dienen. Denn aus zeitökonomischen Gründen haben wir gar keine Zeit mehr, inmitten der schier unendlichen Anzahl an Konsum- und Freizeitaktivitäten eine Aktivität zu wählen, die wir wirklich erfüllend ausüben. „Mittlerweile zeichnet sich jedoch ein Stadium der Überladung ab. Alle Dimensionen menschlicher Existenz sind okkupiert und vollgepfropft“¹²⁹. Handlungsmöglichkeiten und Ereignisse werden abgearbeitet und so kaum wirklich aufgenommen:

„Anstelle lustvoller Ausschöpfung erfolgt die buchstäblich oberflächlichste Form des Aneignens, nämlich das Scannen und Surfen auf einem Ozean der Möglichkeiten, in den nirgends mehr eingetaucht werden kann“¹³⁰.

¹²⁷ Paech 2013, 146

¹²⁸ Sachs 1993, 69

¹²⁹ Paech 2013, 149

¹³⁰ Paech 2013, 149

Reduktion als Befreiung bedeutet daher, nicht nur auf Gegenstände zu verzichten, sondern auch die, die man benötigt, selbst herstellen oder reparieren zu können: „Souverän ist, wer wenig braucht und möglichst viel davon eigenhändig oder mit anderen gestalten kann“¹³¹. Der Verzicht auf Konsumobjekte, Fremdversorgung und überflüssige Mobilität hilft laut Paech nicht nur dem reizüberfluteten Individuum, sondern ist eine Antithese zum Wachstumsparadigma mit der Forderung nach ständiger Steigerung und spart Ressourcen und Emissionen ein.¹³²

3.4.3 Subsistenz: Unabhängigkeit von Fremdversorgung

Eine zweite, ebenfalls von Paech propagierte Strategie ist die der Subsistenz. Dabei geht es um die Unabhängigkeit von (monetär basierter) Fremdversorgung, also die Möglichkeit, sich selbst oder mit geringer Distanz zur Produktion zu versorgen. Durch eine Kombination von Selbst- und Fremdversorgung wird die Geld- und Wachstumsabhängigkeit reduziert. Von außen bezogene Leistungen sollen graduell oder punktuell durch eigene Fertigkeiten/Produktion ersetzt werden. Moderne Subsistenz funktioniert eingebettet in ein soziales Umfeld, also auf kommunaler oder regionaler Ebene.

Die für ein Leben in Subsistenz notwendige Zeit könne über die Reduktion von Erwerbsarbeit geholt werden, wodurch außerdem die Neuproduktion von Gütern zurückgehen würde. Der Fokus würde sich auf den Erhalt und die Aufwertung von bereits bestehenden Produkten richten. Neue Produkte müssten langlebig und reparaturfreundlich hergestellt werden. Die durch die Arbeitszeitreduktion freigesetzten Zeitressourcen könnten für Subsistenzaktivitäten genützt werden. Dazu bräuchte es auch Veränderungen im Bildungssystem, um handwerkliche und kreative Kompetenzen zu vermitteln.

Das durch die Arbeitszeitreduktion geringere Einkommen könne dann durch drei Arten von Subsistenzleistungen ergänzt werden. Erstens durch eine Nutzungsintensivierung durch gemeinschaftliche Nutzung: Wer Gebrauchsgegenstände mit anderen Menschen teilt, halbiert dadurch den Bedarf an industrieller Herstellung. Zweitens wird durch eine Verlängerung der

¹³¹ Paech 2013, 154

¹³² vgl. Paech 2012a; Paech 2013

Nutzungsdauer der unnötige Kauf von neuen Produkten verhindert. Durch achtsame Benützung und Instandhaltung und Reparaturen lassen sich Geräte und Objekte länger verwenden. Drittens soll die eigene Produktion von Nahrungsmitteln in eigenen Gärten oder Gemeinschaftsgärten die Lebensmittelversorgung deindustrialisieren. Auch handwerkliche oder künstlerische Objekte können ohne Fremdversorgung geschaffen werden. Wenn Konsumobjekte gemeinschaftlich und länger genutzt werden, reduziert sich die industrielle Produktion, ohne dass der materielle Wohlstand sinkt. Durch marktfreie Ressourcen wie handwerkliche, substanzielle Kompetenzen, verfügbare Zeit und soziales Kapital lässt sich ein entmonetarisiertes Versorgungssystem aufbauen.¹³³

Ein weiterer Baustein einer Postwachstumsgesellschaft ist Regionalökonomie. Darunter fallen etwa Regionalwährungen, die Kaufkraft an die Region binden und so von globalen Abhängigkeiten befreien können. Auch „Community Supported Agriculture“ (CSA) ist ein Element, bei dem sich Menschen von Landwirtschaftsbetrieben in der unmittelbaren Umgebung versorgen lassen. Im Gegenzug dazu unterstützen sie diesen finanziell, wodurch sie Anrecht auf den entsprechenden Ernteanteil haben.¹³⁴

3.5 Ökologische Bürgerschaft

3.5.1 Aterritorialität & ökologischer Fußabdruck

Ähnlich der Degrowth-Bewegung gibt es auch ein anderes Modell mit anderem Fokus, das nicht rein auf politische Maßnahmen setzen will, sondern auf eine Veränderung in der Einstellung der Bürger setzt, nämlich das Konzept der „Ecological Citizenship“, als ökologische Bürgerschaft übersetzbar. Einen wesentlichen Beitrag zu diesem Modell des ökologisch verträglichen Zusammenlebens leistete der britische Politologe Andrew Dobson.

Aufbauend auf generellen Überlegungen zu *Citizenship*, basiert er sein Konzept auf der „post-cosmopolitan citizenship“, welche sich durch eine Hinwendung zu moralischen Fragen und der Übernahme von Verantwortung durch Bürger

¹³³ vgl. Paech 2012a, 66; Paech 2012b, 18

¹³⁴ vgl. Paech 2012b, 16; Paech 2012a, 66

auszeichnet. Post-kosmopolitische Bürger haben bürgerliche Pflichten, die „*unreciprocated and unilateral*“¹³⁵ sind. Das sind sie deshalb, weil unser Handeln durch Prozesse wie die Globalisierung mittlerweile nicht nur mehr Auswirkungen auf regionaler und nationaler Ebene hat. In der globalisierten Gegenwart hinterlassen Menschen Spuren auf dem ganzen Planeten – das gilt besonders im Bereich der Umweltpolitik, weshalb Dobson den post-kosmopolitischen Blickwinkel für sein Konzept der ökologischen Bürgerschaft gewählt hat.¹³⁶

Wie schon angedeutet, liegt der Fokus der ökologischen Bürgerschaft im Vergleich zu liberalen Modellen weniger bei den Rechten der Bürger, sondern eher bei ihren bürgerlichen Verantwortungen und Pflichten und dem Gemeinwohl. Diese gelten sowohl für die öffentliche als auch die private Sphäre. Die ökologische Bürgerschaft ist außerdem non-territorial, da Auswirkungen unseres Handelns, besonders in ökologischen Fragen, keine geographischen Grenzen kennen: Erderwärmung, das Ozonloch, saurer Regen sind nur ein paar von wenigen Problem, die zwar nicht von allen Staaten und Regionen der Erde gleich stark mitverursacht wurden, aber Auswirkungen auf alle haben.

Der Raum, indem sich ökologische Bürgerschaft daher abspielt, ist laut Dobson der ökologische Fußabdruck, der misst, wieviel Fläche notwendig ist, um die Lebensweise eines Menschen dauerhaft zu ermöglichen. Die wichtigste Pflicht des ökologischen Bürgers fasst er daher so zusammen: „The ecological citizen's responsibility is 'to ensure that her or his ecological footprint does not compromise or foreclose the ability of others in present and future generations to pursue options important to them'“¹³⁷. Der ökologische Fußabdruck jedes Einzelnen soll in einem nachhaltigen Bereich liegen. Jeder Bürger soll höchstens so viel Fläche für sich beanspruchen, dass andere (zukünftige) Mitbürger in ihren Möglichkeiten nicht eingeschränkt sind. Die Relation zwischen der tatsächlich eingenommenen Fläche einer bestimmten Gruppe (z.B. eine Stadt oder ein Staat) kann natürlich asymmetrisch sein zu der Fläche die es bräuchte, um den Verbrauch dieser Gruppe zu tilgen. In der Gegenwart ist das der Fall – der globale Norden „borgt“ sich Flächen vom weniger entwickelten globalen Süden.

¹³⁵ Dobson 2003, 47

¹³⁶ vgl. Dobson 2003, 34 ff.

¹³⁷ Dobson 2003, 132

3.5.2 Gerechtigkeit als oberste Tugend & privates Handeln

Die wichtigste Tugend von ökologischen Bürgern ist die Gerechtigkeit. Dadurch soll der „ecological space“ – gemessen anhand des ökologischen Fußabdrucks – gleichmäßig verteilt sein. Bürger sollten nicht die Rolle des guten Samariters annehmen, der aus Wohlwollen gegenüber anderen (z.B. der „Dritten Welt“) die Umwelt schont, sondern die des guten Bürgers, zu dessen moralischen Pflichten es zählt, nicht auf Kosten anderer die Umwelt zu verschmutzen. Diese Pflicht schuldet in der globalisierten Welt jeder Bürger jedem anderen Bürger. Das Handeln sollte nicht aus Sympathie für andere erfolgen, sondern aus Gerechtigkeitssinn:

„Citizenship, as viewed by green democratic theory, emphasizes the duty of citizens to take responsibility for their actions and choices – the obligation to 'do one's bit' in the collective enterprise of achieving sustainability. There is thus a notion of 'civic virtue' at the heart of this green conception of citizenship“¹³⁸.

Dobson fügt hinzu, dass ökologische Bürger in ihrem Handeln stets nachhaltig und naturschonend agieren sollen. Durch ihren nicht-reziproken Charakter fallen die Pflichten vor allem denjenigen zu, die einen größeren ökologischen Fußabdruck haben als ihnen „zusteht“ – also die, die auf Kosten anderer die Umwelt verschmutzen und unnachhaltig leben und handeln. Dobson spricht somit Menschen (vor allem im globalen Süden), die weniger ökologische Fläche benötigen als ihnen „zusteht“ und somit unverschuldet unter den ökologischen Folgen zu leiden haben, von der Pflicht frei. Mithilfe der Kennzahl des ökologischen Fußabdrucks dirigiert Dobson also die Verantwortung zu denjenigen, die auf Kosten anderer die Umwelt überstrapazieren.

Das Konzept der ökologischen Bürgerschaft weist einige Parallelen zum Begriff der Klimagerechtigkeit auf, dessen Grundprinzip ist, dass Industrieländer eine höhere Last bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu übernehmen haben als die sogenannten Entwicklungsländer, die den Klimawandel viel weniger mitverursacht haben. Dies ist unter anderem in der UN-Klimarahmenkonvention von 1992 festgehalten. Somit verweist Klimagerechtigkeit wie die ökologische Bürgerschaft in

¹³⁸ Barry 1999, 231

ihrer Argumentation auf das Gerechtigkeitsprinzip, aus dem sich unterschiedliche Pflichten in Bezug auf Umweltschutz ergeben.¹³⁹

In einer auf Nachhaltigkeit basierenden Konzeption von Gemeinschaft gelten bürgerliche Pflichten laut Dobson natürlich nicht nur in der öffentlichen, sondern auch in der privaten, alltäglichen Sphäre. Dazu gehören Maßnahmen wie Müllrecycling, ökologisch vertretbarer Konsum und sparsamer Energieverbrauch. Das alltägliche Handeln eines jeden ist essentiell für ein ökologisches Verständnis von Zusammenleben. Dobson wendet sich hier gegen die Trennung von öffentlich und privat mit der Argumentation, dass privates Handeln besonders aus ökologischer Sicht öffentlichen, globalen Einfluss hat: Das Werben eines Politikers für ein Recyclingcenter ist genauso eine Tätigkeit der ökologischen Bürgerschaft wie das Kompostieren von Müll im eigenen Garten.¹⁴⁰

3.6 Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt

3.6.1 Warum ein hohes BIP nicht automatisch glücklich macht

Wie bereits bei den Ausführungen zur Etablierung des Bruttoinlandsprodukts als universeller Maßstab beschrieben, gibt es etliche Kritikpunkte am BIP als Kennzahl für Wohlbefinden der Bürger und Wohlstand der Nation.

Schon 1974, unmittelbar nach der ersten Ölpreiskrise, zweifelte der US-amerikanische Ökonom Richard A. Easterlin die Korrelation zwischen Bruttoinlandsprodukt und Wohlbefinden an. In seinem Aufsatz *Does Economic Growth Improve the Human Lot?* stellt er die Frage, ob Wirtschaftswachstum und höheres BIP wirklich zu mehr Glück führen. Aufbauend auf Befragungen zum persönlichen Glückszustand von Individuen aus 19 Ländern zwischen 1946 und 1970 und Vergleichen mit wirtschaftlichen Daten kommt er zum Ergebnis, dass die These „Mehr Geld = glücklicher“ nur begrenzt erhalten werden kann. Zwar zeigen nationale Vergleiche, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Land jene Menschen glücklicher sind, die mehr Geld zur Verfügung haben. Jedoch

¹³⁹ vgl. Brunnengräber/Dietz 2016

¹⁴⁰ vgl. Dobson 2003, 83 ff.; Dobson 2007

nimmt das durchschnittliche Wohlbefinden längerfristig bei Wirtschaftswachstum nicht zu.

Easterlin erklärt das damit, dass das relative Einkommen entscheidender ist für das Glück als das absolute. Das zeigen auch die internationalen Vergleiche, wo sich ein geringer Zusammenhang zwischen Zufriedenheit und BIP zeigt. Während US-amerikanische Bürger sich 1959 bei einem BIP von 2790 US-Dollar pro Einwohner auf einer Zufriedenheitsskala von 0-10 durchschnittlich bei 6,6 sahen, waren Kubaner bei einem BIP von 516 US-Dollar mit 6,4 Punkten fast genauso glücklich. Easterlin erklärt das Ergebnis dadurch, dass Menschen, solange grundlegende Bedürfnisse wie z.B. Gesundheit, Ernährung und Familie gestillt sind, durch Reichtum nicht glücklicher werden. Nicht zuletzt hängt Wohlbefinden zusammen mit dem relativen Status von Menschen im jeweiligen Land, in dem sie leben – dieser hat wenig mit dem absoluten BIP zu tun.¹⁴¹

Dazu kommt, dass ein hohes BIP noch nichts darüber aussagt, ob Bürger tatsächlich davon profitieren. Amartya Sen wies darauf hin, dass durch ungleiche Verteilung das BIP pro Einwohner steigen und gleichzeitig die Zufriedenheit einzelner Bevölkerungsgruppen sinken kann. Das treffe vor allem arme Schichten, deren reale Einkommen trotz steigendem BIP schrumpfen können.¹⁴² Vandana Shiva argumentiert, dass durch den Fokus auf Wirtschaftswachstum eine Kommodifizierung stattfindet, d.h. dass alle möglichen Ressourcen zu Waren mit einem bestimmten Preis gemacht werden. Während im globalen Norden etwa Reparaturarbeiten oder Lebensmittel als durch einen Preis gekennzeichnete Ware gesehen werden, die am Markt erworben werden muss und somit in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung hineinfällt, sieht das in subsistenzbasierten Gesellschaften anders aus: Abseits des Marktes, also selbst oder durch die unmittelbare Gemeinschaft produzierte und konsumierte Güter werden vom BIP nicht erfasst. Das BIP sagt daher nichts darüber aus, wieviel Menschen tatsächlich produzieren und wieviele Ressourcen ihnen zur Verfügung stehen.¹⁴³

¹⁴¹ vgl. Easterlin 1974

¹⁴² vgl. Sen 1998, 13

¹⁴³ vgl. Shiva 1989, 6 f.

3.6.2 Alternative Indizes

Aus der Kritik am BIP heraus entstanden einige alternative Indizes zur Messung von Wohlbefinden. Gemein ist ihnen, dass sie „weiche“ Kategorien wie seelische Zufriedenheit, Gesundheit, Bildung, Nachhaltigkeit etc. miteinbeziehen. Nachfolgend werden zwei davon vorgestellt, die unter anderem auch die ökologische Dimension miteinbeziehen.

3.6.2.1 *Genuine Progress Indicator*

Einer der großen Kritikpunkte am BIP ist ja, dass es externe Kosten wie Umweltverschmutzung und ungleiche Verteilung von Einkommen nicht berücksichtigt. Deshalb schlugen Herman Daly und John Cobb 1989 den Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand (Index of Sustainable Economic Welfare, ISEW) vor. Dieser bezog qualitative Aspekte von Produktion und Konsumtion in die Analyse mit ein, wie etwa Einkommensverteilung, Gesundheit, Bildung, unbezahlte Hausarbeit und Umweltverschmutzung.

Aus dem von Daly und Cobb vorgeschlagenen ISEW ging 1995 schließlich der Genuine Progress Indicator (GPI) hervor. Dieser basiert auf dem BIP und erweitert es um die soziale und ökologische Dimension sowie um nicht-monetäre Leistungen. Er setzt sich aus drei Kategorien zusammen: ökonomischen Indikatoren (individueller Konsum, Einkommensverteilung, Investitionen etc.), Umweltindikatoren (Kosten der Umweltverschmutzung, Verbrauch nichterneuerbarer Ressourcen etc.) und sozialen Indikatoren (Bildung, Kriminalität, Freiwilligenarbeit, Freizeit, Hausarbeit etc.). Der GPI deckt also ein viel größeres Spektrum an Indikatoren ab als das BIP und bezieht auch Aktivitäten mit ein, die zu Wohlstand beitragen, aber nicht im BIP erfasst sind, da sie nicht über den Markt abgewickelt werden. Im Gegensatz zum BIP geht der GPI von der Annahme aus, dass Wohlstand nicht alleine bzw. nicht vorrangig von Wirtschaftswachstum abhängig sei. Vielmehr basiert er auf der Annahme, dass Lebensqualität etwa aufgrund von Umweltproblemen oder ungleicher Einkommensverteilung sinken kann, obwohl das BIP steigt.

Der GPI wird in drei Schritten berechnet: Als Basis werden Ausgaben für den privaten Konsum herangezogen und mit einem Index für Einkommensungleichheit gewichtet. Im zweiten Schritt werden nicht-monetäre Leistungen wie Hausarbeit

oder Kindererziehung dazugerechnet. Weiters unterscheidet der GPI zwischen nachhaltigem und nicht-nachhaltigem Konsum, womit die Nachhaltigkeit von Produkten und öffentlicher Infrastruktur miteinbezogen werden kann. Im dritten Schritt werden dann einmalige, nicht-nachhaltige Kosten von z.B. Reparaturen und Autounfällen abgezogen. Außerdem werden durch den Verbrauch von natürlichen Ressourcen, Umweltschäden und Klimaveränderungen entstandene Kosten subtrahiert.¹⁴⁴

Damit „bestraft“ das GPI Länder, die auf Kosten von Umwelt oder sozialen Fragen Wirtschaftswachstum betreiben, wodurch sich bei solchen Staaten große Differenzen zum BIP ergeben können. Zwischen 1950 und 1980 war in den USA das GPI zwar immer niedriger als das BIP, aber wuchs etwa in der gleichen Geschwindigkeit. Ab 1980 begann das GPI trotz steigendem BIP leicht zu sinken. Dieser Vergleich zwischen GPI und BIP stützt die beschriebene These Easterlins, dass es eine Schwelle zu geben scheint, bis zu der Wirtschaftswachstum Wohlstandsteigerung bringt. Ist diese Schwelle überschritten, nimmt der Wohlstand nicht mehr zu oder sinkt sogar.¹⁴⁵

3.6.2.2 *Bruttonationalglück*

Aufbauend auf dem Gedanken, dass sich Wohlstand und Entwicklung nicht anhand von Wirtschaftswachstum messen lassen, begann der südasiatische Binnenstaat Bhutan 1972, einen alternativen Weg einzuschlagen: den des Bruttonationalglücks (BNG, oder auch Gross National Happiness, GNH). Grundlage für das BNG ist die Feststellung, dass Entwicklung kein eindimensionales, rein auf Wirtschaft bezogenes Phänomen ist, sondern sich auch über mehrere Dimensionen streckt.

Es umfasst neun Bereiche: psychisches Wohlbefinden, Lebensstandard, gute Regierungs- und Verwaltungssysteme, Gesundheit, Bildung, lebendige Gemeinschaft, Bewahrung und Förderung von Kultur, Zeitverwendung und Umweltschutz und -diversität. Diese Bereiche sind es, die laut dem bhutanesischen Konzept Glück und Wohlbefinden ausmachen. Es sieht Entwicklung nicht nur durch

¹⁴⁴ vgl. Talberth u. a. 2007; Ohlmeier/Brunold 2015, 225 f.; Danilishin/Veklich 2010

¹⁴⁵ vgl. Talberth u. a. 2007, 19

die ökonomische Linse, sondern auch von einem spirituellen, sozialen, kulturellen und ökologischen Standpunkt. Bhutan definiert das BNG unter anderem so:

„Gross National Happiness measures the quality of a country in more holistic way [than GNP] and believes that the beneficial development of human society takes place when material and spiritual development occur side by side to complement and reinforce each other“¹⁴⁶.

Um das Bruttonationalglück wachsen zu lassen, erstellt der bhutanesische Staat Fünfjahrespläne, die die neun Bereiche und die dazugehörigen Variablen abdecken müssen. Der dazugehörige GNH Index soll das Glück der Menschen erheben und Veränderungen über Zeiträume hinweg messbar machen.

Das BNG ist ein holistisches Konzept, das Entwicklung mit nicht-materiellen Werten verbindet. Im Gegensatz zu westlichen Gradmessern der Zufriedenheit bezieht es sich nicht nur auf das individuelle Wohlbefinden an sich, sondern geht davon aus, dass wahres Glück nur dann möglich ist, wenn es auch anderen gut geht.

Die neun Pfeiler des BNG lassen sich auf buddhistische Werte zurückführen:

„Balance, harmony, sustainability, the sanctity of all life, moderation, responsiveness and the interdependence of all sentient beings form the value foundation upon which the pillars and domains of GNH rest“¹⁴⁷.

Dem BNG liegt der Gedanke zugrunde, dass Glück nur durch ein Leben in Einklang mit der Natur und Hilfsbereitschaft gegenüber Mitmenschen entstehen kann.¹⁴⁸

¹⁴⁶ Ura/Alkire/Zangmo/u. a. 2012, 7

¹⁴⁷ Schroeder 2015, 4

¹⁴⁸ vgl. Schroeder 2015; Ura/Alkire/Zangmo/u. a. 2012, 6 ff.; Ura/Alkire/Zangmo 2012, 7 ff.; Metz 2014, 223 ff.

4 POSTKOLONIALES WISSEN UND POST-DEVELOPMENT

4.1 Die Epistemologie des Südens

Der portugiesische Soziologe Boaventura de Sousa Santos kritisiert in seinen Schriften den Eurozentrismus, der laut ihm die globale Wissensproduktion entscheidend kennzeichne und ihr seinen Stempel aufdrücke. Modernes, westliches Denken und die globale Wissensproduktion sei charakterisiert durch das Ziehen von unsichtbaren Unterscheidungen: Auf der einen Seite steht (vermeintlich) wissenschaftliches, im globalen Norden produziertes Wissen, das jedoch auf wenig anerkanntes Wissen (unter anderem aus dem globalen Süden) aufbaut und es gleichzeitig verschwinden lässt:

„Santos uses the metaphor of the abyss to convey the thesis that Western thinking organizes the production and validation of knowledge along the lines of a precipice – a veritable sheer drop like the one encountered at the top of a mountain or found in the depths of the sea – that separates theories produced in the North from those elaborated in the South“¹⁴⁹.

Abseits von wissenschaftlichen, philosophischen und theologischen Erkenntnissen gebe es „forms of knowledge that cannot be fitted into any of these ways of knowing. I mean popular, lay, plebeian, peasant or indigenous knowledges on the other side of the line“¹⁵⁰, die von modernem westlichem Denken unsichtbar gemacht werden. Als Basis für diese Dynamik sieht Santos den Kolonialismus. Dieser schaffte nicht nur geographische und rechtliche Trennlinien zwischen den als erhaben dargestellten Kolonialmächten und den vermeintlich minderwertigen Kolonien, sondern auch zwischen deren jeweiligen Epistemologien – den Formen, zu Wissen zu gelangen. Westliches Wissen galt ab dann als universell und wahr, Wissen aus den Kolonien als subjektiv oder falsch. Trotz des formalen Ende des Kolonialismus sieht ihn Santos längst nicht als beendet an – er spricht von einem „end of colonialism without end“¹⁵¹. Er konstatiert, dass es noch immer internen Kolonialismus gebe, der sich nicht nur in staatlichen Strukturen und Politiken äußere, sondern vor allem in einer

¹⁴⁹ Barreto 2014, 401

¹⁵⁰ De Sousa Santos 2007, 47

¹⁵¹ De Sousa Santos 2014, 26

„very wide social grammar that permeates social relations, public and private spaces, cultures, mentalities, and subjectivities“¹⁵². Als Kolonialismus sieht er einen bestimmten Lebensstil und eine Form des ungleichen Zusammenlebens zwischen Menschen, die davon profitieren und anderen, die darunter leiden.¹⁵³

Boaventura de Sousa Santos schlägt daher alternative Formen des Denkens und der Wissensproduktion vor, die ihren Ursprung im globalen Süden haben. Diese nennt er *Epistemologías del Sur*¹⁵⁴ – Epistemologien des Südens.

Die Epistemologien des Südens sind gekennzeichnet durch eine Logik, die er die Soziologie der Abwesenheiten (*sociología de las ausencias*) nennt. Durch diese will Santos zeigen, dass das, was nicht existiert, aktiv als nicht-existent produziert wird, also erst undenkbar gemacht wird. Konventionelle, d.h. westliche, Wissenschaften lassen bestimmte Gedankenmuster und Modelle verschwinden, indem sie sie als nicht vorstellbar abtun. Sie beanspruchen für sich, die Kriterien für das was wahr und möglich ist und die Art, wie Wissen produziert wird, festzulegen. Außerdem geht moderne Wissenschaft von einer linearen Vorstellung von Entwicklung aus, im Laufe derer es zu mehr Wissen, Fortschritt, Wachstum und Modernisierung kommen muss. Ein weiterer Grund für Mängel im westlichen Denken ist die Tatsache, dass es auf der Klassifizierung von Menschen beruht. Diese geschieht vor allem aufgrund von Herkunft und Geschlecht. In dieser Hierarchie niedrig gestellte Menschen und Gruppen und deren Wissen wurden bzw. werden von modernem Denken unsichtbar gemacht.

Die Folge ist, dass etwa indigene oder von Frauen geschaffene alternative Denk- und Lebensformen als minderwertig gelten und so vom modernen Kanon ausgeschlossen werden. Lokale Realitäten oder Gruppen, die nicht globalisiert sind, existieren im westlichen modernen Denken nicht. Ein weiteres essentielles Merkmal der Soziologie der Abwesenheiten ist die produktivistische, kapitalistische Logik, die Wirtschaftswachstum als unhinterfragbares Ziel vorgibt und daher nach Produktivitätssteigerungen verlangt. Gesellschaften und ihre Wissensformen, die

¹⁵² De Sousa Santos 2014, 26

¹⁵³ vgl. Barreto 2014, 401 ff.; De Sousa Santos 2014, 26 f.

¹⁵⁴ De Sousa Santos 2011

sich und die Natur nicht dem Wachstumszwang unterwerfen, gelten dieser Logik nach als faul, unfähig und sogar nicht-relevant bzw. unsichtbar.¹⁵⁵

Santos identifiziert also die Mechanismen, die dazu führen, dass Wissenssysteme und Erkenntnisse des globalen Südens im globalen Norden unsichtbar sind und die seiner Meinung nach überwunden gehören. Die Epistemologie des Südens definiert er so:

„Entiendo por epistemología del Sur el reclamo de nuevos procesos de producción y de valoración de conocimientos válidos, científicos y no científicos, y de nuevas relaciones entre diferentes tipos de conocimiento, a partir de las prácticas de las clases y grupos sociales que han sufrido de manera sistemática las injustas desigualdades y las discriminaciones causadas por el capitalismo y por el colonialismo“¹⁵⁶.

Diese Epistemologien des Südens basieren auf drei Grundannahmen:

„First, the understanding of the world by far exceeds the Western understanding of the World. Second, there is no global social justice without global cognitive justice. Third, the emancipatory transformations in the world may follow grammars and scripts other than those developed by Western-centric critical theory, and such diversity should be valorized“¹⁵⁷.

Santos will klar machen, dass nicht nur im Westen und durch vom Westen festgelegte wissenschaftliche Kriterien erforshtes Wissen gültig und wahr ist. Er weist darauf hin, dass die Diversität der Welt unendlich groß ist und es daher auch viele verschiedene mögliche Formen des (Zusammen-)Lebens mit Natur und Mensch, des Wirtschaftens und der Lebensführung gebe. Die zwei zentralen Ideen der Epistemologien des Südens sind für Santos die Ökologie des Wissens (*ecología de saberes*) und die interkulturelle Übersetzung (*traducción intercultural*¹⁵⁸).

¹⁵⁵ vgl. De Sousa Santos 2011; De Sousa Santos 2014, 164 ff.

¹⁵⁶ „Unter der Epistemologie des Südens verstehe ich die Rückeroberung von neuen Prozessen der Produktion und der Bewertung von validem Wissen, sowohl wissenschaftlich als auch nicht-wissenschaftlich, und von neuen Beziehungen zwischen verschiedenen Arten von Wissen, ausgehend von den Praktiken von sozialen Klassen und Gruppen, die an den systematischen Ungleichheiten und Diskriminierungen durch Kolonialismus und Kapitalismus gelitten haben“ (De Sousa Santos 2011, 35).

¹⁵⁷ De Sousa Santos 2014, viii

¹⁵⁸ De Sousa Santos 2011, 30

Entgegen der „*monocultura del saber*“¹⁵⁹, die laut Santos in Form des modernen Denkens herrsche, strebt er eine Pluralität des Wissens an. Diese Ökologie des Wissens basiert darauf, dass es ein Nebeneinander vieler verschiedener Wissensformen, wissenschaftlicher und nicht-wissenschaftlicher, gibt. Jede Wissensform verfügt aufgrund ihrer Begrenztheit über Auslassungen, daher ist nicht-wissenschaftliches Wissen nicht weniger wertvoll als wissenschaftliches. Da der Zugang zu wissenschaftlichem Wissen über Regionen und Gesellschaftsgruppen nicht gleich verteilt ist, sollen etwa indigene Wissenssysteme, die nicht auf moderner Wissenschaft und Technik beruhen, als gleichberechtigt mit westlichem Denken und als mit ihnen interdependent gesehen werden. Hier bezieht sich Santos etwa auf Gesellschaften in der globalen Peripherie „where the belief in modern science is more tenuous (...) and where other nonscientific and non-Western forms of knowledge prevail in every-day practices“¹⁶⁰.

Die interkulturelle Übersetzung versteht Santos als Schaffen von gegenseitigem Verständnis zwischen unterschiedlichen, sowohl den bereits gegebenen als auch zukünftig möglichen Denk- und Lebensformen auf der Welt. Ziel ist es unter anderem, durch das Verstehen von anderen Kulturen ähnliche Lebensziele und Probleme zu identifizieren und die je nach Kultur unterschiedlichen Antworten auf gleiche Herausforderungen herauszufinden. Beispiel dafür sind unterschiedliche Antworten auf den Wunsch, Gesellschaften weiterzuentwickeln: Während im globalen Norden kapitalistische Entwicklungsmodelle vorherrschen, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen (vor allem aus der Ökonomie) basieren, gibt es woanders andere Modelle wie Gandhis „*swadeshi*“ oder das Konzept des Sumak Kawsay von indigenen Völkern in Lateinamerika, die beide statt Wirtschaftswachstum auf Gemeinschaftssinn und Nachhaltigkeit setzen. Durch das Aufzeigen verschiedener möglicher Gesellschafts- und Lebensansätze soll herausgestrichen werden, dass jede Kultur für sich unvollständig sind und durch den Dialog und das Wissen von anderen Kulturen bereichert werden kann.¹⁶¹

Ähnlich wie Boaventura de Sousa Santos ruft auch der argentinische Literaturwissenschaftler Walter Mignolo zu einer Erweiterung des eurozentrischen

¹⁵⁹ „Monokultur des Wissens“ (De Sousa Santos 2011, 30)

¹⁶⁰ De Sousa Santos 2007, 68

¹⁶¹ vgl. De Sousa Santos 2011; De Sousa Santos 2014, 188 ff.

Wissenskanons auf. Er plädiert dafür, zwischen Kolonialität und Moderne keinen Trennstrich zu ziehen, sondern diese gemeinsam zu denken. Er wendet sich gegen das Interpretieren und Übersetzen von lokalen Wissenschaften aus der hegemonialen westlichen Perspektive heraus. Stattdessen sollen auch Wissenssysteme von Subalternen bzw. aus dem globalen Süden anerkannt werden, die durch Globalisierung und koloniale Herrschaft zurückgedrängt wurden.¹⁶² Die Anerkennung anderer, kolonialer Wissenssysteme erfordere ein „Grenz-Denken“:

„The epistemological potential of border thinking, of ‚an other thinking‘, has the possibility of overcoming the limitation of territorial thinking (e.g., the monotopic epistemology of modernity), whose victory was possible because of its power in the subalternization of knowledge located outside the parameters of modern conceptions of reason and rationality“¹⁶³.

Hegemoniale Formen von Wissen sollen, so Mignolo, in den Blickwinkel der Subalternen versetzt werden, der so lange unsichtbar gemacht wurde: „Border thinking, as we shall see, works toward the restitution of the colonial difference that colonial translation (unidirectional, as today’s globalization) attempted to erase“¹⁶⁴. Dabei sollen einerseits unsichtbar gemachte, koloniale Begriffe wieder angeeignet und gegebenenfalls umgedeutet werden und andererseits indigene Wissenssysteme anerkannt und interkulturell verwende werden.¹⁶⁵

4.2 Post-Development

Das Post-Development Konzept stellt eine Kritik am Konzept von Entwicklung dar. Es lehnt das Konstrukt von Entwicklung und die damit verbundene Übertragung des westlichen Gesellschaftsmodells in den globalen Süden grundlegend ab. Vertreter dieser Strömung sehen Entwicklung als eine Ideologie des Westens, die an den Kolonialismus anknüpft und nicht-westliche Menschen und Gesellschaften in die kapitalistische Weltwirtschaft eingliedern will. De facto habe das aber nur zu einer Vergrößerung der Kluft zwischen „entwickelten“ und „weniger entwickelten“

¹⁶² vgl. Mignolo 2000, 3 ff.; Waller 2014, 22

¹⁶³ Mignolo 2000, 67

¹⁶⁴ Mignolo 2000, 4

¹⁶⁵ vgl. Kerner 2011, 95

Ländern geführt. In diesem Zusammenhang lehnt der Post-Development Ansatz das „universelle Ziel einer industriellen Massenkonsumgesellschaft“¹⁶⁶ ab.

Post-Development versteht „development as a set of discourses and practices that had profound impact on how Asia, Africa, and Latin America came to be seen as ‚underdeveloped‘ and treated as such“¹⁶⁷. Einer der bedeutendsten Vertreter der Postentwicklungsströmung, Arturo Escobar, zeigt auf, wie die Begriffe „Unterentwicklung“ und „Entwicklung“ konstruiert wurden und mit welchen Interessen sie verknüpft sind. US-Präsident Truman kündigte 1949 in seiner Antrittsrede an, für „unterentwickelte“ Regionen Entwicklungshilfe zu leisten. Die Truman-Doktrin wollte „unterentwickelten“ Ländern im Kontext des Kalten Krieges nicht nur militärischen Beistand leisten, sondern auch das US-amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell mit seinen Merkmalen wie Industrialisierung, Wirtschaftswachstum, Konsum, Technologisierung und industrialisierter Landwirtschaft exportieren.

Escobar weist in diesem Zusammenhang auf das „tale of three worlds“¹⁶⁸, das Märchen über die drei Welten hin: Er versteht Entwicklung als Diskurs westlicher Herkunft, der aus wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Sicht die Welt in drei Welten einteile und dabei ein bestimmtes Bild der „Dritten Welt“ produziere. Vertreter des Post-Development kritisieren, dass mit der Unterscheidung zwischen „unterentwickelten“ und „entwickelten“ Ländern/Regionen „die Identität einer Mehrheit der Weltbevölkerung als ‚unterentwickelt‘ und somit als rückständiges Spiegelbild einer Minderheit definiert“¹⁶⁹ wurde. Damit würden ganze Lebensweisen diskreditiert und den betroffenen Menschen ihre Eigenständigkeit und ihr spezifisches Wissen abgesprochen. Der zweite große Kritikpunkt richtet sich gegen den westlichen Maßstab, andere Gesellschaften aufgrund der Höhe ihres BIPs als fortgeschritten oder rückständig zu bezeichnen. So würden „unproduktive“ Fähigkeiten und Aktivitäten als minderwertig konstruiert.¹⁷⁰

¹⁶⁶ Ziai 2012, 134

¹⁶⁷ Escobar 1995, xii

¹⁶⁸ Escobar 1995, 21

¹⁶⁹ Ziai 2012, 134

¹⁷⁰ vgl. Ziai 2012; Escobar 1995, 3 ff.; Escobar 2015, 454

Aus der beschriebenen Kritik am Entwicklungsdiskurs ergeben sich für den Post-Development Ansatz zwei Anknüpfungspunkte: Erstens soll Entwicklung und damit einhergehend wirtschaftlichen Parametern weniger Bedeutung im Denken und Handeln über Zustände und Bedingungen in Asien, Afrika und Lateinamerika zugeschrieben werden. Diese können auch anders erfasst werden als über die Annahme, dass nur westliche Gesellschafts- und Lebensmodelle zu Zufriedenheit und Erfolg führen. Zweitens sollen Alternativen zu Entwicklung entstehen mit dem Ziel, den Fokus nicht auf aus dem Westen stammendes Expertenwissen zu legen, sondern den Blick auf Praktiken von Menschen und Bewegungen an der Basis der Bevölkerung im globalen Süden zu richten.

4.3 Die Ausbeutung der Natur als Entwicklungsmodell

4.3.1 (Neo-)Extraktivismus

Die Länder Lateinamerikas sind reich an natürlichen Rohstoffen, welche schon seit der Eroberung des Kontinents zu wirtschaftlichen Zwecken bzw. für den Export in den globalen Norden ausgebeutet werden. Diese Entwicklungsstrategie nennt man Extraktivismus. Die aktuelle kapitalistische Entwicklung in Lateinamerika kann laut Ulrich Brand mit dem Terminus Neo-Extraktivismus gefasst werden. Dieser bezeichnet eine neuartige Form, wie die Ausbeutung natürlicher Ressourcen vorangetrieben und legitimiert wird:

„Neo-Extraktivismus bezeichnet ein Entwicklungsmodell, in dem die gesellschaftlichen Verhältnisse wesentlich (nicht ausschließlich) von der über den kapitalistischen Weltmarkt vermittelten Inwertsetzung von Naturelementen geprägt sind. Produktion, Ausbeutung und Export von Rohstoffen und anderen Naturelementen werden insbesondere in Ländern mit vom Anspruch her progressiven Regierungen mit dem Ziel verfolgt, über erhöhte Exporteinnahmen Armut und soziale Ungleichheiten zu reduzieren“¹⁷¹.

Dieses Entwicklungsmodell herrscht seit Ende der 1990er Jahre vor und grenzt sich vom Extraktivismus dadurch ab, dass die durch die Rohstoffausbeutung erlangten Einnahmen nun von progressiven, links-gerichteten Regierungen mit dem Ziel

¹⁷¹ Brand 2015, 4 f.

angeeignet werden, soziale Reformen umzusetzen und sich von neoliberalen Politiken des 20. Jahrhunderts zu verabschieden. Der Neo-Extraktivismus findet besonders in den stark linksregierten Ländern Bolivien, Ecuador und Venezuela Anwendung, aber auch in Ländern mit moderat linken Regierungen wie Brasilien, Argentinien oder Uruguay. Der klassische Extraktivismus, der auf eine 500 Jahre lange Tradition zurückblicken kann, kennzeichnet sich hingegen durch neoliberale Politikmuster wie Deregulierung und Privatisierung, für die Mexiko und Kolumbien als exemplarisch gelten. Sowohl beim klassischen als auch beim Neo-Extraktivismus spielen Rohstoffsektoren wie Bergbau und die Öl- und Gasgewinnung eine große Rolle.¹⁷²

In der lateinamerikanischen Debatte können drei Arten des Extraktivismus unterschieden werden: der derzeit dominierende plündernde (*depredador*) Extraktivismus mit gravierenden Auswirkungen auf Umwelt und Menschen, ein behutsamer (*sensato*) Extraktivismus mit gewissen sozialen und ökologischen Standards und ein unverzichtbarer (*indispensable*) Extraktivismus, der für die gesellschaftliche Entwicklung notwendig ist. Die letzte Form kann nicht mehr als eigenständiges Entwicklungsmodell verstanden, sondern als gesellschaftlich geregelte und umsichtige Rohstoffextraktion und -nutzung.¹⁷³

Das Erstarken des Extraktivismus in Lateinamerika in den letzten Jahrzehnten lässt sich mit dem Anwachsen der lateinamerikanischen Primärgüterexporte durch eine Ausweitung der Rohstoffextraktion selbst, aber auch durch Auslandsinvestitionen erklären. Dass die Rohstoffausbeutung und die Inwertsetzung von Natur fatale Folgen für Mensch und Umwelt haben und Verteilungskonflikte um Land verursachen, stellt ein massives Problem dar.¹⁷⁴

4.3.2 Post-Extraktivismus

Aus der Kritik am Neo-Extraktivismus und seinem sorglosen Umgang mit Mensch und Natur sowie der Ablehnung neoliberaler Politiken und kapitalistischer Wirtschaftsmodelle entstand das Konzept des Post-Extraktivismus. Somit ist es

¹⁷² vgl. Brand/Dietz 2014; Brand 2015; Gudynas 2013

¹⁷³ vgl. Gudynas 2011a

¹⁷⁴ vgl. Burchardt/Dietz 2013

verwandtschaft mit Ansätzen des guten Lebens wie etwa Suma Qamaña, das später noch thematisiert wird. Vertreter des Post-Extraktivismus kritisieren die mögliche Abhängigkeit der Region vom Weltmarkt durch das auf Rohstoffausbeutung gekennzeichnete Entwicklungsmodell, die wachsende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die sozialen Kosten dieser Wirtschaftsweise sowie die Missachtung von (Minderheiten-)Rechten bei Konflikten um Land und Ressourcen. Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist – ähnlich der Postdevelopment-Strömung – der dem (Neo-)Extraktivismus zugrundeliegende aus dem globalen Westen stammende Fortschrittsglaube und das damit verbundene Wachstumsparadigma mit seiner Unterwerfung von Natur. Außerdem wenden sich Vertreter des Postextraktivismus gegen die Vorstellung, der globale Süden verfüge über keine wertvollen Wissenssysteme, daher sei er ausbeutbar und unterwerfbar – siehe die Kritik von Santos und seine Epistemologie des Südens im vierten Kapitel dieser Arbeit.

Bei Postextraktivismus gehe es

„nicht um die pauschale Ablehnung jeglicher Form der gesellschaftlichen Rohstoffnutzung und -aneignung, sondern um den herrschaftlichen und Natur wie soziale lokal-regionale Strukturen zerstörenden Gehalt dieser Aneignung für den kapitalistischen Weltmarkt“¹⁷⁵.

Der Übergang zu einer post-extraktivistischen Gesellschaft soll daher zuerst über eine Überwindung des plündernden Extraktivismus hin zum behutsamen Extraktivismus erfolgen. Dieser soll durch die Einführung von Sozial- und Umweltstandards, Ausgleichszahlungen für betroffene Bevölkerungsgruppen und die Einführung moderner Technologien geschehen. Damit wird die wirtschaftliche Abhängigkeit von außen kleiner. In einer zweiten Phase soll die Ausbeutung natürlicher Ressourcen auf ein Minimum reduziert werden. Damit einher gehen neue Wirtschaftsformen wie solidarische und kommunale Ökonomie, Agrarreformen, neue Steuer- und Subventionssysteme, neue Technologien, intensivere lateinamerikaweite Kooperation, ein Umbau der eher autoritären Bildungssysteme und die Förderung der Plurinationalität in den andinen Staaten. Dem Post-Extraktivismus geht es darum, den Menschen wieder als Teil von Natur

¹⁷⁵ Brand 2015, 23 f.

zu verstehen und darauf aufbauend nachhaltige Lebensweisen zu fördern, die auch politisch und institutionell gefördert werden müssen. Er weist einige Gemeinsamkeiten – aber auch Unterschiede – zur Degrowth und Postwachstums-Bewegung auf, die im Folgenden erläutert werden sollen.¹⁷⁶

4.3.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Degrowth-Bewegung

In Anlehnung an Dietz können Post-Extraktivismus und Postwachstum als zwei Seiten der gleichen Medaille verstanden werden.¹⁷⁷ Beide Perspektiven wenden sich gegen den neoliberalen Kapitalismus mit seiner Inwertsetzung von Natur und sozialen Verhältnissen und gegen die tief in unseren Köpfen verankerten Vorstellungen von Wachstum und Fortschritt, die aus dem globalen Norden stammen aber auch Produktions- und Lebensweisen im Süden maßgeblich beeinflusst haben. Es verbindet sie die Kritik an sozialer Ungleichheit und der auf fossilistischer Energienutzung basierenden imperialistischen Lebensweise mit ihren ökologischen Folgen.

Sowohl Post-Extraktivismus als auch Degrowth bzw. Postwachstum bieten gesamtgesellschaftliche Perspektiven und setzen auf soziale Kräfte wie die Zivilgesellschaft, um diese durchzusetzen. Hinsichtlich der Ziele und Wege haben beide keinen einheitlichen Plan, sondern setzen auf kontextabhängige Strategien und Bündnisse. Eine entscheidende Gemeinsamkeit zwischen den beiden Konzepten ist nicht zuletzt, dass es laut beiden einen neuen Wohlstandsbegriff brauche, der nicht mehr auf kapitalistischem Wachstum aufbaue. Vielmehr solle Wohlstand durch ein solidarisches Zusammenleben der Menschen erreicht werden, in dem sozial-ökologisch gewirtschaftet wird und möglichst viele Menschen ein gutes Leben führen können.

Im Gegensatz zum Postwachstums-Konzept betont die Post-Extraktivismus-Perspektive laut Brand stärker die „herrschaftlichen und zerstörerischen Mechanismen des (post-)kolonialen, patriarchalen und hierarchisierenden Kapitalismus“¹⁷⁸. In den lateinamerikanischen Diskussionen würden Macht und

¹⁷⁶ vgl. Dietz 2014; Brand 2015; Gudynas 2011a

¹⁷⁷ vgl. Dietz 2014

¹⁷⁸ Brand 2015, 29

Herrschaft in Form von Kolonialismus und Kapitalismus genauer beachtet. Außerdem kritisiert Post-Extraktivismus vom globalen Süden ausgehend das vorherrschende Entwicklungsdenken und integriert damit Armut, Ungleichheit und Umweltprobleme in weniger „entwickelten“ Regionen in die Analyse. Die Degrowth-Perspektive nimmt hingegen einen zurückhaltenderen Standpunkt ein und scheut sich anzuerkennen, dass der Übergang zu einer anderen Lebens- und Produktionsweise stets mit Konflikten verbunden ist. Die intensive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen und Rechten der Natur, die im Post-Extraktivismus eine große Rolle spielt, fehlt der Degrowth-Perspektive genauso wie die Beachtung anderer Lebensrealitäten als der des globalen Nordens.

Was bei der Post-Extraktivismus-Perspektive laut Brand fehlt ist die Auseinandersetzung mit der sich auch in der lateinamerikanischen Mittelklasse ausbreitenden imperialen Lebensweise, die das kapitalistische, extraktivistische Produktionsmodell erst förderte. Auch könne die lateinamerikanische Perspektive stärker auf plurale Ökonomie eingehen, etwa in Form von Möglichkeiten alternativer Unternehmensorganisation.¹⁷⁹

¹⁷⁹ vgl. Brand 2015; Dietz 2014

4.4 Hypothesen

Aus den Forschungsfragen und den bisherigen theoretischen Ausführungen ergeben sich folgende Hypothesen:

- I. Das bolivianische bzw. andine Konzept des *Vivir Bien* weist einige Gemeinsamkeiten mit Strömungen der Wachstumskritik auf.

Wie im dritten Kapitel aufgezeigt, gibt es etliche Richtungen der Wachstumskritik, welche gewisse Gemeinsamkeiten aufweisen. Darunter fällt etwa die Forderung nach einem neuen Wirtschaftssystem, das nicht vom Streben nach vermeintlichen Fortschritt und Wachstum geprägt ist. Die vorgestellten wachstumskritischen Strömungen fordern ein Umdenken, was gutes Leben und Wohlstand bedeute und wollen dies von materiellen Faktoren unabhängig machen. Ihnen geht es darum, Natur und ihre Grenzen zu respektieren und klarzumachen, dass auch eine „grüne“ Form des Wachstums auf Dauer nicht haltbar ist. Es brauche einen Gesellschafts- und Paradigmenwandel, weg von Wachstum hin zu Nullwachstum, Subsistenz, Suffizienz und mehr Gerechtigkeit, indem Bürger sich ihrer Verantwortung gegenüber Umwelt und Mitmenschen bewusst werden und dementsprechend handeln. Daher wird davon ausgegangen, dass das Konzept des *Vivir Bien* Parallelen zu Wachstumskritik und ihren Ausformungen aufweist.

- II. Die Umsetzung von *Vivir Bien* erweist sich schwieriger als gedacht. Durch den Fokus auf Neo-Extraktivismus und die Einbindung Boliviens in die Weltmärkte wird das indigene Modell des guten Lebens trotz seiner Verankerung in der Verfassung in der Praxis kaum umgesetzt.

Wie im vierten Kapitel beschrieben, ist Wissen abseits des westlichen Mainstreams in der globalen Wissensproduktion laut Sousa Santos unterdrückt. Dazu zählt auch das indigene Wissen der postkolonialen Staaten, das entsprechend der Soziologie der Abwesenheiten oft als nicht vorstellbar abgetan wird, da es nicht westlichen Vorstellungen von Fortschritt und Entwicklung entspricht. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieser Mechanismus auch in Bezug auf das Konzept des guten Lebens festgestellt werden kann. Dazu kommt, dass in Bolivien wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern der Neo-Extraktivismus in den letzten Jahren

an Aufschwung gewann, mithilfe dessen soziale Probleme wie etwa Armut gelöst werden sollen. Die damit verbundenen, auf Ausbeutung der Natur und wirtschaftliches Wachstum abzielenden, Wirtschaftspraktiken widersprechen den Vorstellungen des *Vivir Bien*.

5 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IN LATEINAMERIKA UND BOLIVIEN

5.1 Post-liberale Politik und linke Regierungen in Lateinamerika

5.1.1 Neue Regierungen Lateinamerikas

Die lateinamerikanischen Regierungen waren ab den 1960er Jahren in Anlehnung an Entwicklungsmodelle des globalen Nordens (neo)liberal ausgerichtet. Bis in die 1990er Jahre standen marktfreundliche Maßnahmen wie Deregulierung, Liberalisierung und Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank ganz oben auf der Agenda. Dazu kamen Privatisierungen staatlicher Unternehmen und Arbeitsmarktreformen. Die Folge: stetig steigende Ungleichheit.

Rund um die Jahrtausendwende, beginnend 1998 mit der Wahl Hugo Chavez' zum venezolanischen Präsidenten, kamen in Lateinamerika neue linke Regierungen an die Macht. Das stellte einen Wendepunkt auf dem Kontinent dar: Die neuen Machthaber wollten das neoliberale Paradigma aus ihren Ländern und vom Kontinent verbannen und die Rolle des Staates wieder stärken. Damit einher geht das immer größere Engagement indigener Menschen in der Politik, wie etwa die Zapatista-Bewegung in Mexiko oder die Wahl Evo Morales' zum bolivianischen Präsidenten 2006. Dazu gehören auch Menschen mit afrikanischen Wurzeln, die in Kolumbien, Brasilien und Ecuador auf Mitbestimmung drängten. Indigene und schwarze Menschen forderten in diesem Zusammenhang auf, die eurozentrische Trennung von Natur und Kultur und die Hierarchien zwischen globalem Norden und Süden zu hinterfragen und zu beenden. Indigene Völker Lateinamerikas bezeichnen ihren Kontinent seit 2004 „Abya Yala“ – in Anlehnung an den indianischen Begriff – und distanzieren sich damit von vom Westen auferlegten Begriffen und Lebensmodellen. Sie weisen hin auf

„the continuity between the natural, the human and the supernatural (...); the embeddedness of the economy in social life and the restricted character of the market; and a deeply relational worldview that shapes the notions of personhood, community, economy, and politics“¹⁸⁰.

¹⁸⁰ Escobar 2010, 12

Die neue Linke in Lateinamerika ist gekennzeichnet durch zwei Strömungen: Einerseits die gemäßigten, sozialdemokratischen Regierungen in Chile, Brasilien und Argentinien und andererseits nationalistisch-antiimperialistische Regierungen in Venezuela, Bolivien und Ecuador.

Die zweitgenannte Gruppe, vor allem Bolivien und Ecuador, beruft sich ungleich stärker als die gemäßigtere Linke auf originär lateinamerikanische Lebensweisen und indigenes Denken. Diese Länder sind globalisierungskritisch ausgerichtet und widersetzen sich – zumindest rhetorisch – westlichen Vorstellungen von Wachstum und Entwicklung. Die in Bolivien unter Evo Morales regierende *Movimiento al Socialismo*, die Bewegung zum Sozialismus und das ecuadorianische *Movimiento Alianza Pais - Patria Altiva i Soberana*, die Bewegung für ein alternatives und souveränes Vaterland folgen dieser Linie:

„In this way, the programmes offered by the ‘new’ left go beyond the specific issues of economic equality and democracy. As numerous analysts have shown, a good part of what is original about the new Latin American left can be found in the way these traditional concerns have been expanded to include many different agendas related to ethnicity, gender, race and other sources of inequality“¹⁸¹.

So wurde das Recht auf Selbstbestimmung frei von westlichem Einfluss und auf kulturelle Differenz ein zentraler Punkt in der Agenda neuer linker Regierungen in Lateinamerika. Generell setzen sich die lateinamerikanischen linken Parteien und Regierungen aus diversen Hintergründen und Zielen zusammen und vereinen viele verschiedene Bevölkerungsgruppen. Sie sind meist dezentral organisiert (in Form von Netzwerken und Aktivisten) und verfügen über eine Vielzahl von Strategien und Zielen, bei der es nicht nur um das Gewinnen von Ämtern geht, sondern auch um zivilgesellschaftliches Engagement. Das Recht auf Gleichheit im Sinne des Kampfes gegen Diskriminierung steht auf gleicher Stufe wie das Recht auf Differenz. Ein weiteres Charakteristikum der linken Regierungen Lateinamerikas ist, dass sie wirtschaftlich nicht auf zentralisierten Sozialismus setzen, sondern gewisse Marktmechanismen mit staatlichen Interventionen und Reformen zur

¹⁸¹ Barrett u. a. 2008, 3

Einkommensverteilung kombinieren. Nicht zuletzt wollen sie demokratische Prozesse stärken.¹⁸²

Arturo Escobar spricht in Zusammenhang mit den linken Regierungen Lateinamerikas von einer post-liberalen und post-kapitalistischen Tendenz:

„the ‘post’ signals the notions that *the economy is not essentially or naturally capitalist, societies are not naturally liberal, and the state is not the only way of instituting social power as we have imagined it to be*. The post, succinctly, means a decentering of capitalism in the definition of the economy, of liberalism in the definition of society and the polity, and of state forms of power as the defining matrix of social organization“¹⁸³(Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf.).

5.1.2 Postliberale Politik nach außen

Auch auf außenpolitischer Ebene änderte sich die Ausrichtung: Vom liberalen, deregulierten „offenen“ Regionalismus wechselte man ab 2005 zu einem postliberalen Modell der Zusammenarbeit in Lateinamerika. Diese neue Form der Beziehungen innerhalb des Kontinents ist gekennzeichnet durch die Abkehr von ökonomistischen Denken in Bezug auf Außenbeziehungen und Entwicklungspolitik, während die politische Dimension an Gewicht gewinnt. Der Weg führt weg von Handelsliberalisierung hin zu mehr Staat und der Beachtung von ökologischen und sozialen Aspekten. Der postliberale Regionalismus ist außerdem gekennzeichnet durch das Streben nach mehr Unabhängigkeit von Marktmechanismen – und speziell von den USA. Die politische Partizipation von nicht-staatlichen Akteuren soll gefördert werden.

Beispiele für diese Art des Regionalismus sind die Bolivianische Allianz für die Völker unseres Amerikas (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América - Tratado de Comercio de los Pueblos ALBA-TCP) und die Union Südamerikanischer Nationen (Unión de las Naciones Suramericanas, UNASUR). ALBA-TCP entstand 2004 aufgrund einer Idee des damaligen venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez als Allianz zwischen Venezuela und Kuba – mittlerweile sind 11 Staaten Mitglied, unter anderem Bolivien und Ecuador. Die Allianz betont den anti-imperialistischen

¹⁸² vgl. Werz 2013, 286 ff.; Escobar 2010; Barrett u. a. 2008; Sangmeister 2007

¹⁸³ Escobar 2010, 12

Aspekt des Regionalismus in Lateinamerika. In seiner Namenswahl verweist das Bündnis symbolisch auf den lateinamerikanischen Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar und ist daher stark ideologisch ausgerichtet. Ziel von ALBA-TCP ist es, durch wirtschaftliche Kooperation zwischen den Ländern der Region unabhängiger vom globalen Westen zu werden. Durch die Abkehr von der Orientierung an Europa und den USA und den Fokus auf politischen Zielen und der lateinamerikanischen Identität sollen die lateinamerikanischen Gesellschaften gerechter und partizipativer werden. Daher ist das Leitprinzip von ALBA-TCP die Solidarität und die Zusammenarbeit zwischen den lateinamerikanischen Staaten anstelle von Wettbewerb.¹⁸⁴

5.2 Bolivien in der Gegenwart

Robert Lessmann identifiziert fünf Krisen in Bolivien, die das Land schon seit einigen Jahrzehnten begleiten, besonders vor dem politischen Wandel 2006. Erstens eine soziöonomische Krise, die das Land sehr arm und ungleich macht: Bolivien belegt Platz 114 beim Human Development Index, mehr als die Hälfte der Bevölkerung (63 Prozent) leben unterhalb der Armutsgrenze von 2 US-Dollar pro Tag. Zweitens existiert eine soziokulturelle Krise, in der zwar zwei Drittel der Staatsbürger sich mit einem indigenen Volk¹⁸⁵ identifizieren, der Staat jedoch weiterhin koloniale Trennlinien zwischen Ethnien fortführt(e) und *Indio* als Schimpfwort verwendet wurde. In Bolivien existieren 36 indigene Völker, die größten davon sind die Quechuas (30,7 Prozent) und die Aymaras (25,2 Prozent), die hauptsächlich in den andinen, ländlichen Gebieten leben. Im Tiefland und dem im Südwesten gelegenen Chaco leben kleinere Gemeinschaften wie die Chiquitanos (2,2 Prozent), Guaraníes (1,5 Prozent) und Mojeños (0,8 Prozent). Zwischen den indigenen Völkern gibt es eine große interne und externe Heterogenität in Bezug auf ihre Organisationsformen, Identitätskonzepte, alltägliches Leben, Schwierigkeiten und Ziele.¹⁸⁶

¹⁸⁴ vgl. Sanahuja 2012, 22; Diamint 2013

¹⁸⁵ „Für die Definition von indigen wird also Folgendes als zentral erachtet: a) die historische Kontinuität mit prä-kolonialen Gesellschaften, b) das Selbstverständnis als unterschiedlich von anderen Sektoren der Gesellschaft und c) die Existenz als nicht-dominante Bevölkerungssektoren“ (Schilling Vacaflor 2010, 47).

¹⁸⁶ vgl. Schilling Vacaflor 2010, 51

Drittens leiden die Parteien und das politische System unter einer Legitimationskrise, denn diese werden seit der Wiedererlangung der Demokratie 1982 mit Korruption und Freunderlwirtschaft in Verbindung gesetzt. Die Folge ist sind diverse zivilgesellschaftliche Organisationsformen wie Gewerkschaften und Nachbarschaftskomitees. Viertens ist Bolivien durch eine Souveränitätskrise gekennzeichnet, da es sich durch die neoliberale Strukturanpassungspolitik vom Weltmarkt abhängig machte, während sein Außenhandel sehr schwach ist und es eine hohe Auslandsverschuldung aufweist. Bolivien ist stark von ausländischer Entwicklungsfinanzierung abhängig: 2001 mussten fast 100 Prozent der öffentlichen Ausgaben durch Zuschüsse und Vorzugskredite finanziert werden. Nicht zuletzt leidet Bolivien fünftens unter einem Ressourcentrauma: Obwohl das Land nach Venezuela über die zweitgrößten Erdgasreserven Südamerikas und andere Rohstoffe verfügt, konnte es nicht davon profitieren. Die Gewinne aus extraktivistischen Praktiken flossen zu einem großen Teil ins Ausland.¹⁸⁷

5.2.1 *La Sociedad Abigarrada* – die überlagerte Gesellschaft

Laut Luis Tapia können in der Analyse lateinamerikanischer Staaten nicht die gleichen Parameter angewandt werden wie bei europäischen Ländern, die eine viel längere Geschichte der Staatlichkeit aufweisen können. Bei lateinamerikanischen Staaten muss ihr kolonialer Ursprung mitberücksichtigt werden: Sie basieren auf der Durchsetzung der kolonialen Ordnung durch die spanische oder portugiesische Konquistadorengesellschaft. Diese koloniale Ordnung führte eine monarchische Form der politischen Macht ein, in der die europäische Kolonialmacht über die Kolonie regierte. Erst mit der Unabhängigkeit bildeten sich moderne Formen von Staatlichkeit heraus – das dauerte teils bis ins 20. Jahrhundert. Während dieses Prozesses mischten sich Strukturen moderner Staatlichkeit mit Formen patrimonialer Macht.

In Bezug auf den vom bolivianischen Intellektuellen René Zavaleta geschaffenen Begriff der überlagerten Gesellschaft (*sociedad abigarrada*) will Tapia klarmachen, dass die koloniale Vergangenheit noch immer die bolivianische Gesellschaft mitprägt. Durch den Kolonialismus wurden politische Formen und Institutionen der

¹⁸⁷ vgl. Lessmann 2007; Lessmann 2010

Kolonialgesellschaft „über eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Diversität unterschiedlicher Völker und Kulturen in den verschiedenen Regionen des Kontinents übergestülpt“¹⁸⁸. Während der Kolonialzeit entstanden so multikulturelle Regionen, die sich schließlich in mehrere unabhängige Länder verwandelten. Die neu entstandenen Länder schienen eine politische und kulturelle Einheit zu bilden, waren und sind jedoch durch unterschiedliche Formen kolonialer und präkolonialer Kulturen und politischer Traditionen gekennzeichnet und dementsprechend divers – so besonders Bolivien:

„La idea de forma social abigarrada permite pensar la coexistencia de varios tiempos históricos, varios modos de producción, cosmovisiones, lenguas, procesos de reproducción y, sobre todo, estructuras de autoridad y formas de autogobierno“¹⁸⁹.

Unterschiedliche Kulturen existieren in Bolivien nebeneinander und bestehen seit langer Zeit fort, obwohl manche von ihnen dominanter sind als andere. Dazu zählen auch prähispanische Völker, die ihre Kultur und Organisations- und Lebensformen über lange Zeit beibehalten haben. In überlagerten Gesellschaften wie Bolivien gibt es außerdem unterschiedliche Formen der Selbstregulierung und Autoritätsstrukturen. Das politische Leben in Bolivien spielt sich daher nicht nur in den Strukturen des republikanischen Staates ab, sondern auch innerhalb der kolonisierten Kulturen und Völker, die ihre Gesellschaftsmodelle beibehalten haben. „In diesem Sinne beinhaltet der bolivianische Staat immer eine koloniale Dimension“¹⁹⁰, die sich im Rahmen des institutionalisierten politischen Systems zeigt, das von der Kolonialmacht in das Land gebracht wurde. Durch die Verschiedenheit politischer Prozesse gäbe es in Bolivien laut Tapia kein Universum, sondern ein Pluriversum: Das politische Leben findet in mehreren unterschiedlichen Systemen und Räumen mit unterschiedlichen Produktions- und Lebensweisen und unterschiedlicher Kultur statt. Es kann daher nicht aus einem westlichen, auf den Staat zentrierten Blickwinkel betrachtet werden, sondern muss aus einer breiteren Perspektive analysiert werden.

¹⁸⁸ Tapia Mealla 2015, 157

¹⁸⁹ „Die Idee der überlagerten Gesellschaftsformation erlaubt es, die Koexistenz verschiedener historischer Zeiten, Produktionsmodi, Kosmovisionen, Sprachen, Reproduktionsprozesse und, vor allem, der Autoritätsstruktur und der Selbstregierung zu denken“ (Valenti Nigrini 2006, 27).

¹⁹⁰ Tapia Mealla 2015, 157

Luis Tapia bezeichnet Bolivien weiters als Land mit mehreren Gesellschaften (*pais multisocietal*), da innerhalb Boliviens

„mehrere Gesellschaftstypen bzw. mehrere heterogene gesellschaftliche Zusammenschlüsse und ihre jeweiligen Formen der Selbstregierung sowie der sozialen und kulturellen Produktion und Reproduktion koexistieren“¹⁹¹.

Während der Kolonialzeit und auch mithilfe des Nationalstaates wurden sich selbst regierende Völker und Kulturen unterdrückt, diskriminiert und ausgeschlossen. Diese stellen laut Tapia den politischen Untergrund (*subsuelo político*) dar. Demgegenüber steht die institutionelle Oberfläche bestehend aus den politischen Prozessen und Institutionen des modernen Nationalstaates, die die dominante Kultur bilden und andere Formen des politischen Lebens nicht anerkennen. Im Zuge der Errichtung moderner, unabhängiger Staaten wurden koloniale Grenzziehungen zwischen der Elite und indigenen Völkern in Form eines internen Kolonialismus fortgeführt, der bis heute währt und durch den präkoloniale Völker weiterhin diskriminiert werden. Der bolivianische Staat war daher nach der formellen Unabhängigkeit lange ein Scheinstaat (*estado aparente*), da er seine Völker und Kulturen und ihre bestehenden Selbstregierungsstrukturen nicht anerkannte, sondern diese in kolonialer Manier unterordnete und ignorierte.¹⁹²

5.2.2 Politischer Wandel und Plurinationalität

Die ab Mitte der 1980er Jahre verfolgte, am Westen orientierte, neoliberale Strukturanpassungspolitik machte Bolivien vom Weltmarkt abhängig, trieb Extraktivismus voran und privatisierte zahlreiche große Unternehmen. Die Neoliberalisierung veränderte die demografische Struktur des Landes grundlegend: Durch eine Migrationswelle wurde die arbeitende Bevölkerung neu über das Land verteilt, was neue Lebens- und Denkweisen hervorbrachte. Indigene Gruppen griffen auf traditionelle Kampfformen und gemeinschaftliche Formen der Produktion und Selbstverwaltung zurück, um ihren Unmut über diese Tendenzen sichtbar zu machen.

¹⁹¹ Tapia Mealla 2015, 157

¹⁹² vgl. Tapia Mealla 2012; Tapia Mealla 2015; Antezana 1991

Beginnend mit dem Marsch für Territorium und Würde (*Marcha por el Territorio y la Dignidad*) vom Amazonasstiefland bis zum Regierungssitz in La Paz 1990 forderten verschiedene Gruppen die Anerkennung der indigenen Kultur und Territorien und eine verfassungsgebende Versammlung. Diese neue Verfassung sollte indigene Völker und Kulturen im Sinne der Plurinationalität – dem Nebeneinander mehrerer Völker – anerkennen und deren Beziehungen zur dominanten Kultur reformieren. Ein kleiner Meilenstein war schließlich 1994 die partielle Verfassungsreform, in der der pluriethnische und multikulturelle Charakter Boliviens anerkannt wurde.

Im bolivianischen Tiefland (das das Amazonasgebiet, den Osten und den Chaco umfasst) entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten ein Netzwerk an Versammlungen indigener Völker, aus dem die Konföderation der indigenen Völker Boliviens (*Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia, CIDOB*) hervorging. Im Andengebiet entstand der Nationale Rat der Ayllus und Markas des Qullasuyu¹⁹³ (*Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu, CONAMAQ*), dessen Ziel die Wiederherstellung der indigenen Autoritäten in den Gebieten der Aymara und Quechua ist. Gleichzeitig wurde auch die bäuerliche Gewerkschaftsbewegung stärker, die die Völker der Aymara und Quechua als Nation anerkennt.

Der indigene Widerstand organisierte sich in ein paar großen Bewegungen: erstens die Bewegung zum Sozialismus (MAS), die 1995 aus einer Initiative von Kokabauern als politische Partei hervorging und ihre eigenen Gewerkschaften, Schulen und medizinische Versorgung schufen. Die MAS bekam auch Verstärkung von weißen und mestizischen Linken und entwickelte einen antiimperialistischen Diskurs. Der Gewerkschaftsverband der Bauern und Landarbeiter (*Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia*) entwickelte sich Ende der 1990er Jahre zu einem Sprachrohr des Volkes der Aymara, die sich für einen eigenen Staat für die Aymara, Quechua und die anderen indigenen Ethnien im Osten des Landes einsetzte und eine Guerilla-Strategie verfolgte. Aus der Gewerkschaft ging 2000 die Indianische Bewegung Pachakuti (MIP) hervor, die sich mit ihrem radikalen Zugang in Form von

¹⁹³ Ayllus sind die früheren andinen Dorfgemeinschaften, Markas die übergeordneten Bezirke und Qullasuyu der Name des Teils des ehemaligen Inkareiches, in dem sich das heutige Bolivien befindet. (vgl. Mamani Ramírez 2012, 97)

Blockaden und bewaffneten Kämpfen nicht gegen Morales' gemäßigten, parlamentarischen Weg mit der MAS durchsetzen konnte.¹⁹⁴

Diese Proteste in Bolivien aus dem politischen Untergrund gipfelten 2005 schließlich im Wahlsieg der MAS, die seit diesem Zeitpunkt mit dem Indigenen Evo Morales den Präsidenten Boliviens stellt. Zuvor wurden durch die Mobilisierung subalternen Klassen zwischen 2003 und 2005 drei Präsidenten zum Rücktritt gezwungen. Der Sieg der MAS ist Ausdruck einer Krise jener politischen Parteien in Bolivien, die während der neoliberalen Periode von Unternehmern geführt und organisiert wurden. Robert Lessmann nennt das Wahlergebnis eine „Revolution mit dem Stimmzettel“¹⁹⁵.

Die neue Regierung stellte sich klar gegen die neoliberale Politik der vorangegangenen Jahre und zählte auf bäuerliche und indigene Bevölkerungsschichten, die zuvor nicht gehört wurden: „Mit dem Einzug und der Regierungsübernahme endete die Phase, in der die indigene Geschichte unsichtbar gemacht wurde“¹⁹⁶. Bei den darauffolgenden Wahlen 2009 erreichte die MAS die absolute Mehrheit im Parlament und fast zwei Drittel der Stimmen. Nicht nur indigene und arme Bürger stimmten für Morales, sondern auch ein großer Teil der urbanen Mittelschichten. Die zahlreichen sozialen Bewegungen wurden unter Morales unter die Regierung untergeordnet und ein Vizeministerium zur Koordination der sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft geschaffen, das das Sprachrohr zwischen den beiden Seiten darstellt. Somit läuft für zivilgesellschaftliche Bewegungen im Moment kein Weg an der Regierung bzw. der MAS vorbei, wenn sie ihre Anliegen artikulieren wollen.¹⁹⁷

„*Mandar obedeciendo*“ – gehorchend regieren – wurde zum Leitspruch Morales, mit dem er seine enge Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und den diversen Ethnien Boliviens versprach. In populistischer Rhetorik setzt er als ehemaliger Kokabauernführer als Ziel die Nationalisierung der natürlichen Ressourcen und die Entkriminalisierung des Kokaanbaus. Er will eine *refundación* Boliviens – eine

¹⁹⁴ vgl. Chávez León/Mokrani Chávez 2012; Lessmann 2007; Escárzaga 2009

¹⁹⁵ Lessmann 2007, 221

¹⁹⁶ Mamani Ramírez 2009, 69

¹⁹⁷ vgl. Tapia Mealla 2012; Tapia Mealla 2015; Chávez León/Mokrani Chávez 2012; Escárzaga 2009

Neugründung. So soll die nationale Souveränität über die Rohstoffe wiedererlangt werden und ethnischer und sozialer Diskriminierung ein Ende bereitet werden.¹⁹⁸

In seiner Amtsantrittsrede sagte Morales: „Wir werden Bolivien neu gründen. (...) Wir Quetschwa, Aymara und Guaraníes hatten zwar auch gegen die spanische Kolonialmacht gekämpft, aber die Unabhängigkeit von 1825 und der bolivianische Nationalstaat waren nicht für uns gemacht“¹⁹⁹. So machte er es zu seinem Ziel, den bolivianischen Staat zurückzuerobern und ihn zu einem Staat aller bolivianischen Völker und Kulturen zu machen. Sein erstes Vorhaben auf der Agenda war deshalb eine neue Verfassung.

5.2.3 Die bolivianische Verfassung von 2009

Schon wenige Monate nach seiner Wahl zum Präsidenten rief Evo Morales im März 2006 eine Verfassungsgebende Versammlung (*Asamblea Constituyente*) ein, die eine neue Verfassung erarbeiten und so die Neugründung Boliviens ermöglichen sollte. Gemeinsam mit der Frage nach dem Umgang mit den Energiereserven war das Streben nach einer neuen Verfassung die wichtigste Herausforderung für die Regierung Morales. Nach einem sehr langwierigen und chaotischen Prozess, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann, wurde die neue Verfassung am 25. Januar 2009 mit 61 Prozent Zustimmung vom bolivianischen Volk angenommen. Seit der Unabhängigkeit Boliviens 1825 ist diese die 16. Verfassung – aber die erste, über die das Volk abstimmen konnte.

Ziel der neuen Verfassung ist es, den republikanischen, neoliberalen und kolonialen Staat zu überwinden. Stattdessen wird Bolivien in Artikel 1 als „freier, unabhängiger, souveräner, demokratischer, interkultureller, dezentralisierter Einheits- und Sozialstaat plurinationalen und kommunitären Rechts mit Autonomien“²⁰⁰ bezeichnet, der sich auf die Pluralität des Landes in politischer, ökonomischer, rechtlicher, kultureller und sprachlicher Hinsicht stützt. Artikel 2 gewährt den prä-kolonialen Völkern ihre freie Selbstbestimmung im Rahmen der staatlichen Einheit und das „Recht auf Autonomie, auf Selbstverwaltung, auf ihre

¹⁹⁸ vgl. Lessmann 2007

¹⁹⁹ Lessmann 2010, 145

²⁰⁰ Plurinationaler Staat von Bolivien 2013

eigene Kultur, auf die Anerkennung ihrer Institutionen und auf die Konsolidierung ihrer Gebietskörperschaften“²⁰¹. Staatsprachen sind ab sofort Spanisch und alle 36 Sprachen der indigenen Völker Boliviens.

Das vierte Kapitel der Verfassung widmet sich ausdrücklich den originären Völkern Boliviens und beinhaltet ihr Recht auf freie Existenz, kulturelle Identität, Religion und Spiritualität, Praktiken und Bräuche, ihre eigene Weltanschauung und Selbstbestimmung und Territorialität.²⁰² Es sind fast alle Inhalte der UN-Deklaration über indigene Völker von 2007 verankert:

„Indigene Formen der Entscheidungsfindung, Wirtschaft, Rechtssprechung, Medizin und andere mehr werden auf möglichst gleichwertig Stufe mit den zentralstaatlichen gestellt und mit Letzteren koordiniert“.

Bolivien ist somit jener Staat, der heute die Rechte der Indigenen am meisten berücksichtigt. Die Verfassung von 2009 verankert Autonomien auf verschiedenen Einheiten: Department, Region, Gemeinde sowie das *territorio indígena originario campesino* – das indigene, originäre, bäuerliche Territorium. Diese zusätzliche Autonomieinstanz kann basierend auf anerkannten Territorien nach der Durchführung einer Volksabstimmung auf Gemeinde- oder Regionenebene gegründet werden und soll die Instanz für die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der indigenen Völker sein. Wie in Artikel 2 der Verfassung festgehalten, soll den Völkern im Rahmen der nationalen Einheit Selbstbestimmung zustehen. In Department- sowie Gemeinde-Regierungen sind Plätze für indigene Repräsentanten reserviert.

In der neuen Verfassung wurden zusätzlich zu den bisher anerkannten klassischen Menschenrechten besonders die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Werte anerkannt. Erstmals wurden die Rechte auf den Zugang zu Wasser, auf Nahrung und Ernährungssicherheit, auf ein Dach über dem Kopf sowie auf den Zugang zu Informationen festgehalten. Das Recht auf Basisdienstleistungen umfasst den Zugang zu Trinkwasser, Kanalisation, Elektrizität, Gasversorgung und Telekommunikation. Das Bildungssystem wurde ebenfalls neu geregelt: Staatliche Bildung ist bis zur Universitätsreife gratis. Das Bildungssystem soll den

²⁰¹ Plurinationaler Staat von Bolivien 2013

²⁰² vgl. Plurinationaler Staat von Bolivien 2013, 23 f.

interkulturellen Dialog und den Dekolonisierungsprozess sowie die kulturelle Identität und die indigenen Menschen fördern. Höhere Bildungseinrichtungen sollen indigenes Wissen miteinbeziehen und Universitäten die Sprachen der originären Völker lehren.

Auch die bolivianische Wirtschaft soll laut der Verfassung von 2009 auf den Prinzipien und Visionen der indigenen, ländlichen und originären Völker beruhen. Artikel 306 besagt, dass das bolivianische Wirtschaftsmodell pluralistisch ist und auf ein gutes Leben (*Vivir Bien*) aller Bolivianer abzielt. Es beinhaltet gemeinschaftliche, staatliche, private und sozial-kooperative Organisationsformen. Diese verschiedenen Formen sind komplementär und solidarisch: „Die soziale und gemeinschaftliche Wirtschaft verbindet die individuellen Interessen mit dem kollektiven „*Vivir Bien*““²⁰³. Das neue Wirtschaftsmodell sieht Umverteilungen vor. Bauern, Kooperativen und Kleinunternehmen sollen genauso wie die ländliche Entwicklung besonders unterstützt werden. Rohstoffe sollen industrialisiert und Betriebe verstaatlicht werden.

Statt den übergeordneten Werten Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, die in der letzten Verfassung verankert waren, sind es nun moralische Prinzipien der pluralen Gesellschaft wie etwa *ama quilla*, *ama lulla*, *ama suwa* (nicht faul sein, nicht lügen, nicht stehlen in Quechua), *ñandereko* (das harmonische Leben in Guaraní) und *suma qamaña* (das gute Leben in Aymara). Dem Konzept des guten Lebens, das in Bolivien eine große Rolle spielt, soll das nächste Kapitel gewidmet werden.²⁰⁴

²⁰³ Plurinationaler Staat von Bolivien 2013

²⁰⁴ vgl. Schilling Vacaflor 2010, 237 f.; Schilling Vacaflor 2011; Lessmann 2010; Estado Plurinacional de Bolivia 2009

6 DAS GUTE LEBEN UND SEINE UMSETZUNG IN BOLIVIEN

6.1 Das Konzept des Vivir Bien

Unter *Vivir Bien* verstehen Eduardo Gudynas und Alberto Acosta die

„oportunidad para construir otra sociedad sustentada en la convivencia del ser humano en diversidad y armonía con la naturaleza, a partir del reconocimiento de los diversos valores culturales existentes en cada país y en el mundo“²⁰⁵.

Die Ziele von *Vivir Bien* sind ein würdiges, qualitätsvolles Leben, die Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen, lieben und geliebt werden, das Zusammenleben aller in Frieden und in Einklang mit der Natur, die unbegrenzte Erhaltung von Kulturen, freie Zeit für Besinnung und Nachdenken und die Förderung von Freiheiten, Fähigkeiten und Potentialen.²⁰⁶

Der Diskurs rund um das gute Leben kam Ende der 1990er Jahre auf und wurde von drei wichtigen Faktoren beeinflusst: erstens den sozialen Bewegungen Lateinamerikas zu dieser Zeit, besonders den anti-neoliberalen indigenen Bewegungen, zweitens den mit ihnen verwandten globalen Umweltschutz- und globalisierungskritischen Bewegungen und drittens der Kritik an Entwicklung – siehe Kapitel 4.2 zur Postdevelopment-Strömung.

Vivir Bien ist eine Kombination aus den ethischen Prinzipien der indigenen andinen-amazonischen Kulturen, den Beiträgen kontemporärer kritischer Intellektueller und der Zusammenführung dieser beiden Stränge durch die politische Sphäre in Bolivien und Ecuador. Es stellt einerseits eine Kritik an der europäischen Modernität mit ihrer Reihe an Implikationen dar, andererseits ist es ein Vorschlag zur kulturellen, sozialen und politischen Erneuerung der eigenen Gesellschaften.

In Bolivien spricht man vom guten Leben als *Vivir Bien* bzw. als *suma qamaña* in Aymara, *ñandareko* in der Sprache der Guaraní y *sumak kawsay* in Quechua. In Ecuador ist der gängige Begriff *Buen Vivir* bzw. ebenfalls *sumak kawsay* in der

²⁰⁵ „Gelegenheit, eine neue Gesellschaft aufzubauen, basierend auf dem harmonischen Zusammenleben des Menschen untereinander und mit der Natur und der Anerkennung diverser kultureller Werte, die in jedem Land und in der Welt existieren“ (Gudynas/Acosta 2011, 103)

²⁰⁶ vgl. Thomson 2011; Choquehuanca Céspedes 2010

Sprache der Quechua. Suma Qamaña kann übersetzt werden als das Leben in Fülle: „Suma“ wird aus dem Aymara übersetzt als Fülle, aber auch als herrlich, wunderschön. „Qamaña“ bedeutet das Leben und Zusammenleben. Da diese Arbeit dem Fallbeispiel Bolivien gewidmet ist, wird im Folgenden der Begriff *Vivir Bien* verwendet, auch wenn im internationalen Diskurs *Buen Vivir* geläufiger ist.²⁰⁷

Obwohl sich die Vorstellungen vom guten Leben im andinen Raum je nach Region bzw. indigenem Volk unterscheiden können, stimmen sie in ihren Grundannahmen überein – Gudynas nennt den Begriff des guten Lebens daher einen „umbrella for a set of different positions“²⁰⁸. Thomson spricht vom guten Leben als „a rich complex of ‘cosmologies’ which, despite their differences, offer spaces for exchange, learning and mutual respect for very different and pluralistic visions of the future“²⁰⁹. Auf die feinen Unterschiede zwischen den Konzepten kann hier nicht eingegangen werden. Der Einfachheit halber wird im Folgenden *das gute Leben* oder aufgrund des Fokus auf Bolivien *Vivir Bien* verwendet.²¹⁰

Das oberste Ziel des guten Lebens ist *la vida en plenitud* – das Leben in Fülle. *Vivir Bien* ist ein ganzheitlich Konzept, basierend auf der Kosmovision indigener Völker und bezieht sich daher auf einen viel weiter gefassten Wohlstandsbegriff als auf den westlichen, materiell bestimmten: „Quality of life and well-being are reconsidered in other ways than those based on the ownership of property and levels of income alone (ie they are not restricted to a materialistic attitude)“²¹¹. Das Leben in Fülle ist zum Einen dadurch charakterisiert, dass das Leben in Harmonie und Einklang mit der *Pachamama* (der Mutter Erde) und ihren Zyklen gestaltet und gelebt werden soll.

Damit werden westliche Dualismen wie „Gesellschaft versus Natur“ zurückgewiesen. Außerdem ist ein kommunitaristisches Verständnis von Gesellschaft zentral: Die Gesellschaft wird als von Beziehungen gekennzeichnet verstanden – die Gemeinschaft hat Vorrang vor dem Individuum. Drittens zeichnet sich das gute Leben durch einen metaphysischen Pluralismus aus: Unsere Welt bestehe nicht nur aus einem Universum mit einer einzigen möglichen Wahrheit und

²⁰⁷ vgl. Vanhulst/Beling 2014; Figueroa Helland/Prádanos 2015; Albó 2009

²⁰⁸ Gudynas 2011c, 444

²⁰⁹ Thomson 2011, 451

²¹⁰ vgl. Gudynas/Acosta 2011; Vanhulst/Beling 2014

²¹¹ Villalba 2013, 1434

einer einzigen möglichen Weltanschauung, sondern umfasst ein Multiversum an verschiedenen Sprachen, Traditionen, Wissens- und Lebensformen. Das gute Leben besteht außerdem darin, anzuerkennen, dass Dinge und Aktivitäten vielerlei Wert haben können. Dazu gehören ästhetische, kulturelle, historische und spirituelle Werte – und nicht nur monetäre.²¹²

6.1.1 Kritik an Wachstum und Entwicklung

Das südamerikanische Konzept des guten Lebens unterscheidet sich gravierend von westlichen Vorstellungen von einem gelungenen Leben – siehe etwa die Ausführungen zur imperialen Lebensweise oder zu Wachstum als mentaler Infrastruktur. *Vivir Bien* stellt daher eine Wachstums- und Entwicklungskritik dar, indem sie sich kritisch-ablehnend gegen westliche Lebenskonzepte stellt:

„Two positions can be identified concerning how Suma Qamaña engages and draws on Enlightenment-Modernity. (...) Suma Qamaña, on one hand, as an attempt to rethink development from an alternative development perspective, and, on the other, as a de-colonial rupture with the very concept of development“²¹³.

Es wendet sich gegen die „moderne“, westliche Annahme des homo oeconomicus, der egoistisch auf seine eigene Nutzenmaximierung abzielt und so Wirtschaftswachstum vorantreibt. Das äußert sich auch in einem anderen Verständnis von Entwicklung. Arbeit wird in den Lebenskonzeptionen der indigenen Völker Boliviens nicht als Bürde gesehen, sondern als Aufgabe innerhalb der Gemeinschaft. Arbeit gilt als kreativ, befriedigend, erholsam und spirituell und trage dazu bei, sowohl die Natur als auch die Menschen um sich herum aufblühen zu lassen. Dieser reziproke Charakter zwischen dem arbeitenden Menschen und seiner menschlichen und natürlichen Umwelt unterscheidet das gute Leben von kapitalistischen Gesellschaften.

In der Weltvorstellung der indigenen Völker der Anden geht es um *gutes* Leben, nicht um ein immer *besseres* Leben, das der kapitalistische globale Norden anstrebt:

²¹² vgl. Mejido Costoya 2013; Huanacuni Mamani 2010, 33 ff.; Gudynas 2011c; Thomson 2011

²¹³ Mejido Costoya 2013, 218

„Thus, for indigenous peoples, to ‘live well’ is to live in solidarity, equality, harmony, complementarity and reciprocity. It is contrary to the consumerism, competition, opulence and profiteering that are the hallmarks of capitalism“²¹⁴.

In Anschluss an die Postdevelopment-Strömung, die große Kritik am modernen Verständnis von Entwicklung übte, wendet sich auch *Vivir Bien* gegen lineare Vorstellungen von Entwicklung und Wachstum:

„Buen Vivir moves away from the prevalence of instrumental and manipulative rationality. It rejects the modern stance that almost everything should be dominated and controlled, either persons or Nature, so as to become a means to our ends. Furthermore, the Buen Vivir does not endorse the classical understanding of a unidirectional linear progression of history, following a precise path, as several directions are possible“²¹⁵.

Im Gegensatz zu westlichem, kapitalistischem Denken haben indigene Weltanschauungen einen starken Fokus auf soziale und ökologische Fragen. Das umfasst alle Formen von Leben. Daraus ergibt sich eine „vision of an organic, living, spiritual universe, worthy of respect, as opposed to viewing the world as a machine, or nature as a series of resources to be exploited“²¹⁶.

Mit seiner Kritik an westlichen Wirtschafts- und Lebensmodellen stellt *Vivir Bien* nicht nur Vorstellungen von Wachstum und Entwicklung in Frage, sondern ist auch dekolonial ausgerichtet. Durch die Abgrenzung von von den Kolonialmächten importierten Ideologien und Wirtschaftsmodellen sollen originär andine bzw. indigene Denkweisen und Lebensmodelle wieder in den Blick kommen:

„El Vivir Bien recognizes the agency and relevance of the human communities from the South and their epistemological diversity; moreover, it shows the importance of the more-than-human community“²¹⁷.

Aus dieser Perspektive kann *Vivir Bien* als Epistemologie des Südens im Sinne Boaventura de Sousa Santos’ betrachtet werden, die im Rahmen einer Ökologie des

²¹⁴ Villalba 2013, 1431

²¹⁵ Gudynas 2011c, 445

²¹⁶ Villalba 2013, 1431

²¹⁷ Figueroa Helland/Prádanos 2015, 7

Wissens alternative Sichtweisen auf Leben, Wirtschaften und den Umgang mit Natur aufzeigt.²¹⁸

6.2 Die aktuelle (Wirtschafts-)Politik Boliviens zwischen westlichem Einfluss und dem guten Leben

6.2.1 Die politische Umsetzung des Vivir Bien

Wie bereits beschrieben, entwickelten sich in Bolivien im Laufe der 1990er Jahre eine Vielzahl diverser sozialer Bewegungen, die gegen den neoliberalen Diskurs der damaligen Regierungen ankämpften und sich weigerten, ihre eigenen Vorstellungen vom guten Leben und Wirtschaften aufzugeben. Mit dem Wahlsieg des Aymara Evo Morales und der darauffolgenden Verfassungsreform, die 2009 schließlich abgeschlossen wurde, wurde *Vivir Bien* in der Verfassung und der politischen Agenda Boliviens verankert. Während in Ecuador das gute Leben als ein Bündel an Rechten in der Verfassung festgehalten wurde, ist *Vivir Bien* in der bolivianischen Fassung „nur“ ein ethisches Prinzip.

In der Verfassung werden nur die Grundprinzipien des guten Lebens beschrieben, der von 2006-2011 geltende *Plan Nacional de Desarrollo: Bolivia digna, soberana, productiva y democrática para vivir bien* (PND; auf deutsch Nationaler Entwicklungsplan: würdiges, souveränes, produktives und demokratisches Bolivien für das gute Leben) enthält hingegen konkretere Ausführungen zur Umsetzung. Der Nationale Entwicklungsplan hat seinen Ursprung in zwei Gedankensträngen:

„On the one hand, the NDP is, therefore, based on the critique of Western epistemologies and knowledge claims by indigenous ideas. On the other, it presents a strong critique of economic globalization and introduces a new approach to state formation. The NDP argues that a process of decolonization of the state is needed, because its structures, institutions, and practices are thoroughly infiltrated by neocolonial domination, ethnic exclusion, and racism“²¹⁹.

²¹⁸ vgl. Villalba 2013; Mejido Costoya 2013; Gudynas/ Acosta 2011; Gudynas 2011b

²¹⁹ Ranta 2016, 431

Der PND identifiziert den „colonialismo neoliberal“²²⁰ als die Struktur, die es zu beseitigen gilt und wendet sich damit einerseits gegen neoliberale Wirtschaftsmodelle des freien Marktes und des zurückgenommenen Staates und andererseits gegen koloniale Vorstellungen der Minderwertigkeit indigenen Wissens und ehemals kolonialisierter Staaten. Damit einhergehend soll das klassische, lineare Verständnis von Entwicklung beseitigt werden, das der PND so beschreibt:

„Para la lógica desarrollista del neoliberalismo, los pueblos indígenas y la diversidad multiétnica y pluricultural son intrascendentes porque, supuestamente, no contribuyen al crecimiento económico, excepto como mano de obra barata o como posible consumidor“²²¹.

Diese Logik soll laut dem PND dadurch überwunden werden, indem der Fokus weg von Wirtschaftswachstum, hin auf menschliche Entwicklung gelegt wird. Der Plan lehnt lineare Konzepte von Entwicklung ab und will stattdessen auf kommunitive Modelle von Wirtschaft und Entscheidungsfindung setzen, die nicht auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung Wirtschaftswachstum vorantreiben. Einzelnen Gemeinschaften und Kulturen innerhalb des Landes soll nicht von oben herab eine Linie aufgezwungen werden:

„es necesario comprender el desarrollo como un proceso de participación, deliberación y emancipación mediante el cual las comunidades y los pueblos deciden las prioridades, los contenidos y las expectativas de su futuro desde sus valores culturales y su imaginario colectivo“²²².

In diesem Zusammenhang werden im PND *Vivir Bien* und seine Komponenten beschrieben und als Ziel deklariert. Besonders hervorgehoben wird das Leben in Einklang mit Mitmenschen und Natur und die Ablehnung von vom Westen vorgegeben Konzepten, wie man zu leben und wirtschaften habe.

²²⁰ „neoliberalen Kolonialismus“ (Ministerio del Planificación de Desarrollo 2006, 9)

²²¹ „Für die Entwicklungslogik des Neoliberalismus sind indigene Völker und die multiethnische und plurikulturelle Diversität nicht wichtig, da diese nicht zum Wirtschaftswachstum beitragen, außer als billige Arbeitskraft oder möglicher Konsument“ (Ministerio del Planificación de Desarrollo 2006, 9).

²²² „Es ist notwendig, Wirtschaft als einen Prozess der Partizipation, Deliberation und Emanzipation zu verstehen, durch den die Gemeinschaften und Völker ihre Prioritäten, Inhalte und Erwartungen für ihre Zukunft basierend auf ihren kulturellen Werten und ihrer gemeinschaftlichen Lebensvorstellung entscheiden“ (Ministerio del Planificación de Desarrollo 2006, 12).

Der auf Wirtschaftspolitik abzielende Teil des PND teilt die bolivianische Wirtschaft in eine Matrix, bestehend aus zwei Hauptsektoren und zwei Querschnittssektoren ein. Den ersten großen Pfeiler der bolivianischen Wirtschaft stellt der strategische Sektor dar, der Überschüsse produzieren soll. Dies soll durch Kohlenwasserstoffabbau, Bergbau, Elektrizität und die Verwertung natürlicher Ressourcen erfolgen. Der zweite große Sektor ist jener Bereich, der Arbeitsplätze und Einkommen generiert und umfasst Industrie, Manufakturen und Handwerk, Tourismus, landwirtschaftliche Entwicklung, Hausbau, Transportmittel und Handel. Diese beiden großen Bereiche sollen einerseits durch die Produktion fördernde Infrastruktur (Transport, Telekommunikation, Elektrizität), andererseits durch Serviceleistungen (Finanzdienstleistungen, Informationstechnologie) ermöglicht werden. Gleichzeitig kommt auch im Sinne einer pluralen Ökonomie den indigenbäuerlichen und ländlich-kommunitären Sektoren große Bedeutung zu:

„En el modelo plural, las cuatro formas de organización de la economía – estatal, comunitaria, social cooperativa y privada –, se articulan de tal forma que se prioriza el ser humano y la vida como esenciales, toda la producción, el destino de los productos, la distribución de la riqueza y el consumo tienen que buscar este objetivo“²²³.

Zentrale Ziele der Regierung Morales' sind es, die staatliche Kontrolle über die Volkswirtschaft und deren Gewinne nach der neoliberalen Phase wieder zu vergrößern, die natürlichen Rohstoffe zu industrialisieren, kleine und mittlere Produktion zu modernisieren, Reichtum umzuverteilen sowie den Binnenmarkt gegenüber dem Exportmarkt zu bevorzugen. Außerdem soll der Staat als einziger Anbieter von Bildung, Gesundheit und Sozialdienstleistungen fungieren und durch Nationalisierungen von wichtigen natürlichen Ressourcen wieder die Oberhand über die produktive Sphäre des Landes gewinnen. Gegenüber transnationalen Unternehmen, globalen Akteuren und Institutionen wie dem IWF oder der Weltbank will Bolivien im Sinne nationaler Souveränität selbstbewusster auftreten.

²²³ „Im pluralen Wirtschaftsmodell artikulieren sich die vier wirtschaftlichen Organisationsformen – staatlich, kommunitär, genossenschaftlich und privat – jeweils so, dass der Mensch und das Leben im Vordergrund stehen. Jegliche Produktion, der Zweck der Produkte, die Reichtumsverteilung und der Konsum müssen diesem Ziel nachkommen“. (Gosalvez 2012, 157)

Den Rohstoffen kommt im neuen Wirtschaftsmodell eine entscheidende Rolle zu: Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Bereichen Erdöl, Gas und Bergbau. Durch diese Veränderungen soll die Produktion des bolivianischen Binnenmarktes gesichert werden, die eine gesellschaftliche Umverteilung sowie wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen soll.²²⁴

Der PND verspricht zwar in seinen allgemein gehaltenen Teilen zu Wirtschaft, Kultur und Politik eine indigene Revolution und tiefgreifenden Wandel in der bolivianischen Politik und Gesellschaft, bei der Beschreibung der konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen stellt er aber keinen wirklichen Bruch mit neoliberalen Politiken dar der vorhergehenden Jahrzehnte dar:

„the plan's basic foundations will be oriented toward reducing aggregate domestic demand, maintaining low inflation, respecting the independence of the central bank, and therefore securing a tight lid on salaries and a legal framework that will prove attractive to transnational capital seeking to invest in export sectors“²²⁵.

In seinen Aussagen ist er somit widersprüchlich: Einerseits will er den wirtschaftlichen Fokus auf den Binnenmarkt lenken, andererseits verlässt er sich in neo-extraktivistischer Manier auf den Export von natürlichen Ressourcen. So kann sich Bolivien nicht dem transnationalen Kapital entziehen, wie es eigentlich im gleichen Entwicklungsplan angab, vorzuhaben.²²⁶

6.2.2 Das (post-)neoliberale Paradox und der „capitalismo andino“

Wie schon beschrieben, lassen sich in der Regierung unter dem MAS einige Widersprüche in Bezug auf die wirtschaftspolitischen Pläne festhalten. Diese schwanken irgendwo zwischen dem guten Leben als idealistisches Ziel und einer Fortführung der neoliberalen Politik der Regierungen vor der Ära Morales:

„However, it appears that its transformative potential has, to a large degree, been vanishing in the process of translating the notion of *vivir bien* from political discourse into concrete practices. Instead of becoming an alternative to growth based development, it appears that the notion of *vivir bien* has become a new state-led

²²⁴ vgl. Ministerio del Planificación de Desarrollo 2006; Mejido Costoya 2013; Cunha Filho/Santaella Goncalves 2010; Radhuber 2009; Calvo 2009; Ranta 2016

²²⁵ Webber 2011, 75

²²⁶ vgl. Webber 2011, 75

development model that draws both from modernization paradigms and socialist traditions with few concerns for environmental protection or indigenous peoples' rights."²²⁷.

Während der PND in Bezug auf Demokratie und Kultur eine indigene Revolution ausruft und sich auf das gute Leben stützt, zeigt der politisch-wirtschaftliche Abschnitt „only modest breaks with the general neoliberal development model of previous years“²²⁸. In ihrer Wirtschaftspolitik setzt Bolivien unter Morales weiterhin auf Wirtschaftswachstum und die Ausbeutung der Natur.

Webber erklärt die Diskrepanzen zwischen der MAS vor der Regierungsverantwortung, dem Projekt des *Vivir Bien* und der Regierungspartei MAS (unter anderem) mit Veränderungen in der Partei selbst, die nicht mehr als anti-imperialistische Bewegung fungiert, sondern als Partei, die auch die urbanen Mittelschichten von sich überzeugen muss und daher ihre Agenda für die breite Masse attraktiv machen muss:

„Since 2002, however, the leadership of the has increasingly come under the tutelage of a mestizo urban middle-class intelligentsia, its ideology has shifted to moderate reformism (...) The most influential currents in the party do not believe that a transition to socialism is possible in the current context and therefore seek instead to develop Andean-Amazonian capitalism“²²⁹.

Laut dem bolivianischen Vizepräsidenten Álvaro García Linera (und anderen bolivianischen Denkern) sei Sozialismus in Bolivien gegenwärtig nicht möglich, daher müsse man zu einer anderen Gesellschafts- und Wirtschaftsform greifen: dem „capitalismo andino-amazónico“²³⁰. García Linera bekleidet das Amt des Vizepräsidenten seit dem Wahlsieg der MAS 2006 und ist deren ideologischer Stratege, womit er eine mit viel Macht verbundene Rolle in der Regierung Morales einnimmt. In einem Interview sagte García Linera 2007, dass die bolivianische Form des Kapitalismus die Vorstufe zum Sozialismus sei, welcher grundsätzlich das Ziel sei. Den andin-amazonischen Kapitalismus nennt er auch Postneoliberalismus – über diesen führe im marxistischen Sinne der Weg zum Ende des Kapitalismus:

²²⁷ Ranta 2016, 436

²²⁸ Webber 2011, 75

²²⁹ Webber 2011, 153

²³⁰ „andin-amazonischen Kapitalismus“ (García Linera 2006)

„Bolivia es capitalista en el sentido marxista del término, aunque no plenamente capitalista y esa es su virtud. A esa particularidad de capitalismo local (...) lo hemos llamado capitalismo andino-amazónico. (...) El posneoliberalismo es una forma de capitalismo, pero creemos que contiene un conjunto de fuerzas y de estructuras sociales que, con el tiempo, podrían devenir en poscapitalistas“²³¹.

García Linera vergleicht die bolivianische Wirtschaft mit einer Lokomotive, die – nach Wichtigkeit geordnet – von mehreren Waggonen angetrieben wird: Der erste sei der staatliche Eingriff in die Wirtschaft, der zweite die bolivianischen Privatinvestitionen, die dritte die Auslandsinvestitionen, die vierte die Kleinbetriebe, die fünfte die bäuerliche Wirtschaft und die sechste die indigene Wirtschaft. Dieser andin-amazonische Kapitalismus sei erstens durch zunehmende Verstaatlichungen (Ziel ist die Erwirtschaftung von einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts) und zweitens Modernisierungsprozesse gekennzeichnet. Wie der Vizepräsident klar formulierte, stehen bäuerliche und indigene Wirtschaftsbereiche ganz hinten in der Liste der Prioritäten, während private und aus dem Ausland kommende Investitionen einen größeren Stellenwert haben. Um die bolivianische Volkswirtschaft am Laufen zu halten, ist die Regierung schließlich „committed to the foundational macroeconomic pillars of neoliberalism – fiscal austerity, low-inflationary growth, flexible labor markets and central bank independence“²³². García Linera bekannte sich in einem Interview 2009 klar zum Wirtschaftswachstum:

„¿Es obligatorio sacar gas y petróleo del norte amazónico de La Paz? Sí. ¿Por qué?, porque necesitamos equilibrar las estructuras económicas de la sociedad boliviana (...) Igualmente, se requiere excedentes económicos para reforzar estructuras comunitarias, para expandirlas, para buscar modos de modernización alternativos distintos a la destrucción de las estructuras comunales, como viene sucediendo hasta

²³¹ „Bolivien ist im marxistischen Verständnis des Begriffs kapitalistisch, obwohl es nicht komplett kapitalistisch ist – und das ist seine Stärke. Diesen besonderen Fall des lokalen Kapitalismus haben wir andin-amazonischen Kapitalismus genannt. Der Postneoliberalismus ist eine Form des Kapitalismus, aber wir glauben dass er ein Zusammenspiel an sozialen Kräften und Strukturen enthält, die im Laufe der Zeit postkapitalistisch werden können“ (García Linera zitiert nach: Svampa/Stefanoni 2007, 154).

²³² Webber 2011, 144

hoy. Y a la vez, es necesario impulsar, en acuerdo con las comunidades, una producción hidrocarburífera no depredadora del entorno.“²³³.

Durch die steigenden Einnahmen des Staates aus extraktivistischen, verstaatlichten Sektoren soll die Modernisierung der Industrie, kleiner urbaner Unternehmen und der ländlichen, kommunitären Wirtschaft finanziert werden. Der bolivianische Ökonom und Journalist Pablo Stefanoni sieht den andin-amazonischen Kapitalismus als Mittelweg zwischen modernen (kapitalistischen) und traditionellen (kommunitären, kleinunternehmerischen) Formen der Wirtschaft und verweist dabei auf die Überlagerung der bolivianischen Gesellschaft im Sinne Zavaletas:

„De esta forma, no se aspiraría a modernizar de manera homogeneizante el país (como ocurría en el antiguo desarrollismo latinoamericano), sino a imaginar una ‚modernización pluralista‘ que reconozca el *abigarramiento* boliviano“²³⁴.

Der andin-amazonische Kapitalismus kann daher auch einfach als eine multikulturelle Variante eines staatlichen Kapitalismus verstanden werden.²³⁵

Schon kurz nach der Angelobung Evo Morales' zum Präsidenten am 22. Jänner 2006 begann die neue Regierung mit der Umgestaltung der Wirtschaft, insbesondere der bedeutenden Rohstoffsektoren. Im Mai 2006 übernahm das staatliche Unternehmen Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos (YPFB) die Kontrolle über die gesamte Erdgas- und Ölproduktion. Jene Unternehmen, die davor noch nicht unter staatlicher Kontrolle waren, bleiben teilweise privat, werden aber in Partnerschaft mit dem YPFB betrieben. Von Verstaatlichung kann hier aber nicht die Rede sein, vielmehr betreffen die Änderungen vor allem die Höhe der Steuern und die Patente. Das bedeutet zwar für den bolivianischen Staat mehr Einnahmen, die Kontrolle über die

²³³ „Ist es notwendig, aus dem amazonischen Norden von La Paz Gas und Öl zu fördern? Ja. Warum? Weil wir die ökonomischen Strukturen Boliviens in ein Gleichgewicht bringen müssen (...) Genauso braucht es wirtschaftliche Überschüsse um die kommunitären Strukturen zu stärken und sie zu expandieren, um alternative Modernisierungswege zu finden, die nicht die gemeinschaftlichen Strukturen zerstören, wie es bis heute passiert. Und gleichzeitig muss man eine Kohlenwasserstoffproduktion anregen, ohne die Umwelt zu plündern“ (García Linera 2009).

²³⁴ „Auf diese Weise strebt er [der andin-amazonische Kapitalismus, Anm. d. Verf.] nicht danach, in einer homogenisierenden Weise das Land zu modernisieren (wie es bei der alten lateinamerikanischen Entwicklungsvorstellung passierte), sondern nach einer ‚pluralistischen Modernisierung‘, die die bolivianische Überlagerung anerkennt“ (Stefanoni 2008, 24).

²³⁵ vgl. Stefanoni 2010; Svampa/Stefanoni 2007; Stefanoni 2008

Industrie liegt tatsächlich weiterhin in den Händen transnationaler Erdölunternehmen.

In Bezug auf den Bergbau bekam der staatliche Bergbaukonzern Corporación Minera de Bolivia (COMIBOL) 2007 die rechtliche Autorität, Mineralien direkt oder durch Partnerschaften zu fördern und zu kommerzialisieren. Obwohl die Zugriffsmöglichkeit des Staates auf Minen so stark erhöht wurde, erfolgen die größten Bergbauprojekte noch immer in Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen, etwa aus Südkorea, Indien und Kanada. Im Energiesektor gab es keine Verstaatlichungen, er wird weiterhin von privaten Unternehmen bestimmt. Jedoch hat der Staat Bolivien seit 2009 Kontrolle über die Anlagen von fast der Hälfte der privaten Unternehmen.

Von einer radikalen Umgestaltung der Wirtschaft ist Bolivien damit weit entfernt. Anstelle transnationaler Unternehmen steht seit 2006 oftmals (zumindest formell) der Staat, was aber nicht viel an den tatsächlichen Wirtschaftspraktiken ändert, vor allem im Bereich der Rohstoffe. Der bolivianische Staat setzt entgegen mancher Pläne weiterhin auf die extraktivistische Ausbeutung von Natur, was oft auf Kosten von indigenen Gruppen geht, deren Territorien der Rohstoffförderung zum Opfer fallen.²³⁶ Die Strategie, durch die Verwertung natürlicher Ressourcen das Wirtschaftswachstum voranzutreiben, steht in großem Kontrast zu den Prinzipien des Vivir Bien:

„The tendency of the political economy over the entire four years of Morales’s first term was toward a reconstituted neoliberalism, one that abandoned features of neoliberal orthodoxy, but retained its core faith in the capitalist market as the principal engine of growth and industrialization. From an economic standpoint, this period was essentially one of high rates of export-led growth“²³⁷.

Nach dem erneuten Wahlsieg der MAS bei den Parlamentswahlen 2009 und der Wiederwahl Evo Morales’ zum Präsidenten gab die Regierung ein neues Regierungsprogramm heraus, das für die Jahre 2010 bis 2015 gelten soll. Während das PND 2006 noch auf das gute Leben und indigene Kulturen und Traditionen verwies, fehlt das im Regierungsprogramm von 2009 fast vollständig. Dieses ist

²³⁶ vgl. Cunha Filho/Santaella Goncalves 2010, 12; Webber 2011, 98 ff.

²³⁷ Webber 2011, 232

gekennzeichnet vom Streben nach Modernisierung, die durch staatliche Industrialisierung und Initiativen in den Bereichen Infrastruktur, Transport, Landwirtschaft und Sozialleistungen erreicht werden soll. Unter dem Schlagwort des „Gran Salto Industrial“²³⁸ will die MAS das Land wirtschaftlich vorantreiben, unabhängig vom Export von Rohstoffen werden und durch Wirtschaftswachstum der Armut im Land ein Ende bereiten. Entgegen der Entwicklungskritik im Rahmen des *Vivir Bien* herrschen damit weiterhin klassische Entwicklungsparadigmata wie Wirtschaftswachstum, Ressourcenextraktion und Naturausbeutung vor. Sieht man Neoliberalismus als das Vorherrschen des Wachstumsparadigmas und der Inwertsetzung von Umwelt, kann man weiterhin klar neoliberale Politikmuster in Bolivien erkennen.²³⁹

Laut Pablo Stefanoni und Maristella Svampa sei der politische Wandel Boliviens unter Morales von einem Populernationalismus gekennzeichnet, den Svampa so definiert:

„una matriz político-ideológica que se inserta en la «memoria mediana» (las experiencias populistas de los años 30, 40 y 50) y tiende a sostenerse sobre el triple eje de la afirmación de la nación, el Estado redistributivo y conciliador, y el liderazgo carismático junto con las masas organizadas – el pueblo“²⁴⁰.

Obwohl dieser populistische Nationalismus sich heute mit einem indigeneren Gesicht als in den 50er Jahren präsentiert, greift er laut Stefanoni fast komplett die Modernisierungs-, Industrialisierungs- und Entwicklungsvorstellungen von damals auf. Der bolivianische Denker spricht von viel Verwirrung, die bei der Charakterisierung der bolivianischen Politik seit 2006 herrsche. Diese schwanke zwischen einer vermeintlichen, jedoch nicht tatsächlichen Umsetzung der geplanten ökokommunitarischen und antimodernen Linie des *Vivir Bien* und einer kompletten Verleugnung indigener Identitäten. Verweise auf die *Pachamama* und das gute Leben seien nur rhetorischer Art und würden dazu dienen, die auf Wirtschaftswachstum

²³⁸ „großen industriellen Sprungs“ (Movimiento al Socialismo MAS-IPSP 2009, 73)

²³⁹ vgl. Movimiento al Socialismo MAS-IPSP 2009; Ranta 2016

²⁴⁰ „eine politisch-ideologische Matrix, die sich auf die mittelfristige Erinnerung (die populistischen Erfahrungen der 30er, 40er und 50er Jahre) beruft und auf einer dreifachen Achse basiert: der Affirmation der Nation, dem verbindenden und verteilenden Staat und der charismatische Führung gemeinsam mit den organisierten Massen – dem Volk“ (Svampa 2011, 18)

ausgerichtete Wirtschaftspolitik im öffentlichen Diskurs sanfter erscheinen zu lassen:

„Es evidente la ambivalencia discursiva de Evo Morales, quien en foros internacionales se presenta a sí mismo como un defensor a ultranza de la Pachamama (Madre Tierra), mientras que, hacia el interior de Bolivia, defiende clásicas posiciones desarrollistas y productivistas, como la exploración petrolera en la Amazonía, incluyendo acusaciones contra las ong que «confunden» a los indígenas”²⁴¹.

Webber spricht in Bezug auf das Bolivien unter Morales von einem „reconstituted neoliberalism“²⁴²: Während die MAS eine radikale Rhetorik anwendet und besonders häufig von der Verstaatlichung mehrerer Sektoren der bolivianischen Wirtschaft spricht, findet diese Verstaatlichung in der Realität nur sehr begrenzt statt und wenn, dann so, dass die Interessen des einheimischen und ausländischen Kapitals nicht verletzt werden. Trotz der steigenden staatlichen Einnahmen durch höhere Gaspreise wurden Sozialausgaben des Staates nicht wesentlich erhöht.

Die intellektuelle Elite Boliviens habe sich laut Webber in drei Lager gespalten: erstens das konservative, das den neoliberalen Kurs seit 1985 und die damit verbundenen gesellschaftlichen Hierarchien weiterführen wollen. Zweitens das MAS-loyale Lager, das die Politik von Morales unterstützt und meint, dass aufgrund des globalen Kapitalismus die nur moderat anti-neoliberale Linie notwendig sei. Das dritte Lager verlangt sowohl eine indigene Befreiung als auch eine antikapitalistische Transformation Boliviens, die unter der gegenwärtigen Regierung Morales nicht möglich sei:

„Strategically, this critical left-indigenous camp emphasizes that authentic transformation cannot depend on the benevolence of the Morales-García Linera leadership, but rather will spring forth from the self-activity, self-organization, and tactical mobilization of the exploited and oppressed themselves, acting autonomously from the MAS government”²⁴³.

²⁴¹ „Die diskursive Ambivalenz von Morales wird deutlich, wenn er sich selbst bei internationalen Foren als ultimativer Beschützer der Pachamama (Mutter Erde) präsentiert, während er in der bolivianischen Innenpolitik klassische produktivistische Entwicklungspositionen vertritt, wie die Ölförderung im Amazonas und NGOs beschuldigt, indigene Völker zu ‚verwirren‘“ (Stefanoni 2010, 16).

²⁴² Webber 2011, 153

²⁴³ Webber 2011, 158

Während indigene Bewegungen unter Morales zwar (symbolisch) mehr Aufmerksamkeit von Seiten der Legislative und Exekutive haben, ist der Einfluss und Zugang zu wichtigen Ministerien, vor allem den mit Wirtschaft verbundenen, den sozialen Bewegungen verwehrt. Im Folgenden soll daher anhand eines Beispiels die Widersprüchlichkeit der Pläne der Regierung Morales aufgezeigt werden.²⁴⁴

6.3 Indigene Rechte versus Extraktivismus: der TIPNIS-Konflikt

6.3.1 Das Recht auf Konsultation

Im September 2007 verabschiedete die UNO die Deklaration über die Rechte indigener Völker (United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, UNDRIP). Diese sieht vor, dass Staaten freie, vorherige und informierte Zustimmung von indigenen Völkern einholen müssen, wenn Maßnahmen geplant sind, die diese Gruppen betreffen (*Free Prior and Informed Consent*, FPIC). Durch dieses Instrument der internationalen Menschenrechte soll mehr Partizipation von unten erreicht werden, indem Staaten dazu verpflichtet sind, indigene Völker bei geplanten Projekten zu konsultieren. Bereits 1989 fand das Prinzip des FPIC Eingang in die Indigenous and Tribal Peoples Convention (ILO-Convention 169) der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) – jedoch handelt es sich dabei um das Recht der Indigenen, konsultiert zu werden. Ihre Zustimmung ist nicht zwingend und sie bekommen kein Vetorecht für geplante Maßnahmen. Diese Konvention wurde in Bolivien 1991 unter Präsident Jaime Paz Zamora als Antwort auf zunehmende Proteste indigener Gruppen für mehr Rechte ratifiziert.

Die UNDRIP spricht explizit von der Zustimmung (*Consent*) der indigenen Völker und beschreibt die Umstände, wenn die Einwilligung der betroffenen Gruppen nötig wird: bei der Relokation von Gruppen, Einflüsse auf kulturelles und geistiges Eigentum, die Annahme und Durchführung von legislativen oder administrativen Maßnahmen, die Ausbeutung von Land, Territorien und natürlichen Ressourcen, der Ablagerung von gefährlichem Müll und den Entwicklungsplänen.²⁴⁵

²⁴⁴ vgl. Stefanoni 2010; Webber 2011, 158 ff.; Ranta 2016

²⁴⁵ vgl. UNO 2007

2007 wurde die UNDRIP in Bolivien in nationales Recht überführt. Bereits 2005 wurde die Pflicht, indigene Völker zu konsultieren, im Rahmen des Kohlenwasserstoffgesetzes in Bezug auf die ILO-Konvention 169 festgehalten. Die bolivianische Verfassung von 2009 beinhaltet ebenfalls Mechanismen des FPIC und verweist auf ihn speziell in Bezug auf extraktivistische Praktiken. Die indigenen Nationen und Völker Boliviens haben das Recht

„A ser consultados mediante procedimientos apropiados, y en particular a través de sus instituciones, cada vez que se prevean medidas legislativas o administrativas susceptibles de afectarles. En este marco, se respetará y garantizará el derecho a la consulta previa obligatoria, realizada por el Estado, de buena fe y concertada, respecto a la explotación de los recursos naturales no renovables en el territorio que habitan“²⁴⁶.

Die Verfassung von 2009 sieht keine verpflichtende Zustimmung der jeweiligen indigenen Gruppen vor, sondern lediglich das Recht auf vorhergehende Konsultation. Im Rahmen des langen verfassungsgebenden Prozesses in Bolivien, der bereits 2006 begann, existierte bereits ein Entwurf, der nach der Zustimmung der betroffenen Bevölkerungsgruppen verlangte, was schließlich jedoch abgeschwächt wurde. Die Implementierung des FPIC in der Verfassung von 2009 ist Ausdruck des Strebens nach Anerkennung indigener Rechte und erfolgte gleichzeitig mit der Intensivierung extraktivistischer Praktiken unter der Regierung Morales. Das Recht auf FPIC kam somit an einem für Bolivien heiklen Punkt, da das Mitspracherecht der indigenen Völker über die Nutzung von Territorien und natürlichen Ressourcen Gefahr birgt, soziale Konflikte zu intensivieren. Schilling-Vacaflor versteht vorhergehende Konsultationen als

„possible arenas of deliberation which, on one hand, are shaped by the specific democratic regime of the country, and, on the other, might themselves contribute to democratization or de-democratization“²⁴⁷.

²⁴⁶ „darauf, durch angemessene Verfahren und besonders durch ihre Institutionen konsultiert zu werden, wenn legislative oder administrative Maßnahmen vorgesehen sind, die sie betreffen könnten. Dadurch wird das Recht auf verpflichtene, vom Staat in Treu und Glauben durchzuführende und vereinbarte Vorabkonsultation über die Ausbeutung der nicht erneuerbaren Bodenschätze auf dem von ihnen bewohnten Territorium respektiert und gewährleistet“ (Estado Plurinacional de Bolivia 2009, Art. 30)

²⁴⁷ Schilling Vacaflor 2013, 204

Bis dato wurden in Bolivien Konsultationen von indigenen Gruppen nur in Bezug auf Kohlenwasserstoffprojekte durchgeführt. Jedoch plant die Regierung ein eigenes Gesetz für vorhergehende Konsultation, wodurch diese auch in anderen Sektoren notwendig werden würden.

Während Indigene Konsultationen ursprünglich als von ihnen eingeforderten Raum sahen, zeigen empirische Beispiele zu Konsultationsprozessen, dass diese vielmehr nach den Vorstellungen des Staates bzw. der durchführenden Behörden ablaufen, von denen sie zu Treffen eingeladen werden. In der Praxis sind es also nicht indigene Gruppen, die die Konsultationen nach ihren Vorstellungen gestalten können, sondern der Staat, der die Struktur vorgibt: Vor dem offiziellen Beginn der Konsultation können die konsultierten Gruppen dem Ministerium für Kohlenwasserstoffe und Energie einen Vorschlag für den Ablauf übergeben. In der Regel wird dieser Plan vom Ministerium verändert und verkürzt, vor allem aus Zeit- und Budgetgründen. Laut Flemmer und Schilling Vacaflor sagen indigene Vertreter, dass man diese Sitzungen keine richtige Konsultation nennen kann, da wenig Partizipation der betroffenen indigenen Gruppen zugelassen wird – in dem beschriebenen Fall nahmen gerade einmal 10 Mitglieder des Volkes der Guaraní teil. So könne kein Aushandlungsprozess stattfinden.

Generell muss festgehalten werden, dass der Konsultationsprozess nicht immer nur von oben vorgegeben wird. In mehreren Fällen haben konsultierte Gruppen den Prozess solange blockiert, bis dieser nach ihren Vorstellungen durchgeführt wurde. Nichtsdestotrotz sitzt der Staat in der Durchführung der Konsultationen am längeren Ast und zieht Forderungen der Indigenen nur fallweise in Betracht. Ein weiteres Problem ist, dass indigene Vertreter nur begrenzt die Möglichkeit haben, substantielle Änderungen am Projekt zu verlangen, da das Projektdesign zu Beginn der Konsultationen schon feststeht. Konsultierte Gruppen konzentrierten sich in den Verhandlungen daher vor allem auf finanzielle Kompensationen. Rechtliche und den Lebensraum betreffende Fragen geraten so in den Hintergrund.²⁴⁸ Indem Maßnahmen von oben, ohne Miteinbeziehung der betroffenen lokalen Gemeinden, implementiert werden, werden konservative Vorstellungen von Entwicklung fortgeführt:

²⁴⁸ vgl. Fontana/Grugel 2016; Flemmer/Schilling Vacaflor 2016

„At the national level the governments of Bolivia and Peru are not actually willing to engage in intercultural dialogue and truly change how state decision-making takes place. This would require them to revise dominant development ideas and to grant local communities a decisive say in extraction activities. At the local level the ideas underlying the consultation approach – for example, that consultations be carried out through representative indigenous institutions and according to their own norms and procedures – do not necessarily fit with the reality“²⁴⁹.

6.3.2 Das TIPNIS-Projekt

Eines der bekanntesten Projekte, bei denen die Rechte von indigenen Menschen beschnitten bzw. missachtet wurden, ist das Straßenbauprojekt im *Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécuré* (TIPNIS) – dem Indigenen Schutzgebiet und Nationalpark Isiboro Securé. Es liegt östlich von La Paz am Rande des Amazonasregenwalds und zwischen den Departments Beni und Cochabamba. Seit 1964 ist das Gebiet ein Nationalpark und seit 1990 das erste anerkannte indigene Territorium, nämlich der drei ethnischen Gruppen der Mojeño-Trinitario, T’siman und Yuracaré. Es umfasst eine Fläche von 12363 Quadratkilometern und eine Population von rund 6000 indigenen Menschen, die sich auf 64 Gemeinden aufteilen. Diese leben vor allem entlang der Flüsse Isiboro und Sécuré. Zusätzlich zu den genannten Gemeinden gibt es ein von aus dem Hochland vertriebenen Aymara- und Quechua-Bauern besiedeltes Gebiet, das außerhalb der indigenen Territorien aber innerhalb des südlichen Teils des Parks liegt. Dort wohnen rund 100.000 Menschen, hauptsächlich Kokabauern und ihre Familien. Diese beiden Gruppen identifizieren sich weniger als Indigene und vielmehr als Bauern und lehnen die in ihren Augen idealistischen, auf Gemeinschaft basierenden Vorstellungen der im Nordteil des Parkes lebenden, indigenen Völker Amazoniens ab. Die aus dem Hochland stammenden und seit den 1970er Jahren auch in Südostbolivien lebenden Aymara und Quechua streben keine Subsistenzwirtschaft an, sondern wollen Land produktiv bewirtschaften. Dort gründeten sie Agrargewerkschaften, die in engem Kontakt zu den Verbänden der Kokabauern stehen, welche lange von Evo Morales geführt wurden.²⁵⁰

²⁴⁹ Flemmer/Schilling Vacaflor 2016, 183

²⁵⁰ vgl. Sanchez-Lopez 2015; Achtenberg 2013

Kern des TIPNIS-Konfliktes war der geplante Bau einer 360 km langen Schnellstraße, die zum Teil durch das Schutzgebiet führen sollte. 2008 verkündete Morales den Bau dieser Straße, die die Städte San Ignacio de Moxos (im Norden des Parks) und Villa Tunari verbinden sollte. Letztere liegt im Süden des Parks, im Herzen Boliviens kommerzieller Kokaproduktion.



Abbildung 1: Das Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécuré und der geplante Straßenverlauf

Quelle:

http://news.bbcimg.co.uk/media/images/55795000/gif/_55795177_bolivia_tipnis_res_464.gif(abgerufen am 5.11.2016)

Das Projekt sollte in Zusammenarbeit mit Brasilien stattfinden, das 332 Millionen US-Dollar Unterstützung versprach, woraufhin die bolivianische Straßenverwaltung einen Vertrag mit einer brasilianischen Baufirma unterschrieb.

Im Juni 2011, als Morales den Bau der Schnellstraße für eröffnet erklärte, brach der Konflikt schließlich aus, denn entsprechend der Verfassung von 2009 hätten die im TIPNIS lebenden indigenen Gemeinschaften konsultiert werden müssen. Obwohl indigene Organisationen das Gespräch mit Morales suchten und ihre Argumente gegen das Projekt vorbringen wollten, ignorierte die Regierung sie. Mit der geplanten Straße wollte die Regierung die amazonischen und andinen Regionen des Landes verbinden – ein seit der bolivianischen Unabhängigkeit existierender Traum. Im südlichen Ende der Straße sollten (Koka-)Bauern, am nördlichen Ende Rinderzüchter vom verbesserten Marktzugang profitieren. Dazu kommt, dass im westlichen Teil des TIPNIS mehrere Gasvorkommen liegen, welche seit der Verstaatlichung von Öl und Gas der bolivianisch-venezolanischen Petro-Andina

gehören, einer Vereinigung der bolivianischen YPFB und der venezolanischen *Petróleos de Venezuela S. A.* (PDVSA). Während die Regierung zwar angab, keine Förderung dieser Felder zu planen, deutet alles daraufhin, dass die bis dahin geförderten Felder nicht ausreichen würden, um sowohl den innerstaatlichen Verbrauch als auch den vertraglich geregelten Verkauf nach Brasilien und Argentinien abdecken zu können. Laut einer Studie des bolivianischen *Centro de Estudios para el Desarrollo laboral y agrario* (Studienzentrum für Arbeits- und Agrarentwicklung) plante die Regierung 2013, ein Drittel des TIPNIS für Öl- und Gasförderung zu verwenden.

Die indigenen Gemeinden des TIPNIS lehnen das Straßenprojekt aus drei Gründen ab: Erstens fürchten sie eine Invasion und Unterwerfung durch die Kokabauern aus der Gegend um Cochabamba sowie durch Viehzüchter, Drogenhandel und Abholzungsunternehmen. Zweitens wollen sie ihre traditionelle Lebensform und Existenzgrundlage nicht verlieren. Und nicht zuletzt fordern sie Respekt gegenüber ihren indigenen Rechten ein, die ihnen im Rahmen der neuen Verfassung, vor allem durch das Recht auf Konsultation, eingeräumt wurden. Diese Konsultation hätte schon 2008, vor der Unterzeichnung des Vertrags mit der brasilianischen Baufirma, stattfinden sollen.

Im August 2011 nahmen schließlich ursprünglich 700 Personen an einem von der Konföderation indigener Völker Boliviens CIDOB und dem Nationalen Rat der Ayllus und Markas des Qullasuyu organisierten Protestmarsch teil. Die Regierung verurteilte die Proteste scharf und ging auch gewaltsam gegen die unbewaffneten, friedlichen Demonstranten vor:

„the government disqualified the legitimacy of this civic action arguing that the indigenous organizations were manipulated by the ‘oligarchy elites, the green imperialism of Western NGOs and the US government’. Moreover, at some point the TIPNIS inhabitants were called ‘savages’ who were backward in development and it was considered that the paternalistic ‘State’ needed to save them“²⁵¹.

Der Protest bekam viel Aufmerksamkeit von den Medien und gewann täglich mehr Unterstützer: Bis zur Ankunft in der Hauptstadt nach 66 Tagen waren es bereits 2500 Teilnehmer, die sich dem Marsch anschlossen. Dort wurden die Demonstranten von

²⁵¹ Sanchez-Lopez 2015, 34

vielen Bewohnern La Paz' willkommengeheßen, die ihnen ihre Solidarität und Unterstützung zusicherten. Gleichzeitig fielen die Umfragewerte Morales' dramatisch: Während er im Jänner 2010 das Ansehen von 70 Prozent der Bevölkerung genoss, standen Mitte Oktober 2011 in den großen Städten La Paz, El Alto, Cochabamba und Santa Cruz nur mehr durchschnittlich 35 Prozent hinter ihm. In einer Pressekonferenz nach der Ankunft der Demonstranten am 19. Oktober 2011 entschuldigte sich Morales für die staatliche Gewalt und kündigte Untersuchungen an, woraufhin mehrere Minister zurücktraten. Nach einigen Treffen der Demonstranten mit Morales verabschiedete dieser am 24. Oktober 2011 ein Regierungsdekret, das den Bau der Straße absagte und das TIPNIS zu einem vom Staat geschützten, von allen zukünftigen Projekten unberührbaren Territorium machte. Dadurch wurden aber auch andere Wirtschaftsformen innerhalb des Gebietes unmöglich gemacht, indem mehrere Ökolizenzen für Tourismus, Handel (z.B. mit Alligatorhaut) und Abholzung entzogen wurden.²⁵²

6.3.3 Der TIPNIS-Konflikt als Sinnbild für die aktuelle bolivianische Politik

Der Konflikt rund um den Bau der geplanten Schnellstraße kann als symbolisch für einen wesentlichen Widerspruch in der Politik der Regierung Morales' betrachtet werden, nämlich jener zwischen indigenen Rechten und dem guten Leben als quasi-revolutionäre Forderung nach außen und dem Streben nach Entwicklung durch Extraktivismus nach innen. Morales „basa su política de desarrollo económico en la extracción desmedida, agresiva e inconstitucional de recursos naturales, lo cual contradice su propuesta y discurso político“²⁵³. Von Morales' geflügelten Worten zur Verdrängung des Neoliberalismus, einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und dem plurinationalen Staat bleibt mittlerweile nicht mehr viel übrig:

„Con relación a la promesa de ‚desmontaje del neoliberalismo‘, cada vez se hace más evidente que la promesa ha quedado estancada en alguna parte, porque no existen

²⁵² vgl. Achtenberg 2013; McNeish 2013; Sanchez-Lopez 2015; Ybarnegaray Ortiz 2011; Hirsch/McNeish 2011

²⁵³ „baut seine Politik des Wirtschaftswachstums auf exzessiver, aggressiver und verfassungswidriger Extraktion von natürlichen Ressourcen auf, was seinem politischen Vorschlag und Diskurs widerspricht“ (Barroso Mendizábal 2012, 119)

señales de que hayamos ingresado efectivamente en la aplicación del nuevo modelo de ‚economía plural‘²⁵⁴.

Während schon seit Beginn der Ära Morales extraktivistische Praktiken verfolgt wurden und neoliberalen Wirtschaftspraktiken nicht viel Widerstand geleistet wurde, scheint der Konflikt um das Straßenbauprojekt der Anstoß für eine politische Debatte – und Krise – rund um die Widersprüche zwischen Versprechungen der Regierung und der Praxis gewesen zu sein. Mit dem TIPNIS-Konflikt wurde deutlich, dass die Selbstbezeichnung der bolivianischen Regierung als progressiv und pro-indigen mit dem Ziel des guten Lebens der Realität nicht standhält. Indigene Organisationen sowohl im Flach- als auch Hochland Boliviens sind mit Morales' Politik unzufrieden: Während die Regierung immer wieder von indigenen Rechten und Respekt für die *Pachamama* spreche, findet zum Zweck der Ressourcennutzung eine erhebliche Expansion von Infrastrukturen und der extraktivistischen Industrien statt, die die hart erkämpfte Autonomie und die Lebensbasis von indigenen Gemeinschaften bedroht. Das äußert sich vor allem in der bereits beschriebenen mangelhaften bzw. teilweise fehlenden Konsultation der Indigenen.²⁵⁵

Gleichzeitig lässt sich bei genauerer Betrachtung des Konflikts und der mobilisierenden Gruppen gut erkennen, dass indigene Gruppen in Bolivien nicht homogen sind, sondern sich in ihren Interessen und Lebensrealitäten voneinander unterscheiden. So wird der TIPNIS-Protest einerseits als Aufstand des ländlichen Proletariats gegen die Kontrolle durch einen ausbeuterischen Staats gesehen, andererseits als Umweltkampagne, bei der Indigene gemeinsam mit Umweltschützern gemeinsam gegen den Staat kämpfen. Beide Sichtweisen sind essentialisierend, waren es doch nicht *nur* Indigene und nicht *nur* Landarbeiter, die gegen das Projekt demonstrierten. Die Fakten sprechen gegen das romantische Narrativ, dass sich die indigenen Gemeinschaften des Nationalparks gemeinsam gegen Straßenbauprojekt stellen, waren es doch nur zehn von 66 Gemeinden

²⁵⁴ „In Bezug auf das Versprechen, den Neoliberalismus zu zerstören, wird es jedes Mal klarer, dass das Versprechen irgendwo stagniert ist, da es keine Zeichen dafür gibt, dass wir wirklich bei der Anwendung des neuen Modells der ‚pluralen Ökonomie‘ angekommen wären“ (Ybarnegaray Ortiz 2011, 97).

²⁵⁵ vgl. McNeish 2013; Barroso Mendizábal 2012; Calla 2011

innerhalb des TIPNIS, die sich dem Protestmarsch anschlossen. Zu Beginn des Konfliktes rund um das Projekt waren nicht alle indigenen Gemeinschaften gegen die Schnellstraße an sich, sondern wünschen sich stattdessen nur eine Route. Durch die fehlende Konsultation wurde es ihnen unmöglich, diese differenzierte Kritik anzubringen:

„In the TIPNIS case, there are different interests and tensions within the same communities that are not completely clear or acknowledged in the analysis; for instance, the idea that protestors were not opposing the road *per se*, but a route that would not benefit the communities. As a result of the government's negation to enter into a dialog and the omission of the consultation right to indigenous communities, the conflict escalated and the opposition to the road became the central demand“²⁵⁶.

McNeish weist daraufhin, dass indigene Gruppen in Bolivien heutzutage Entwicklung nicht *per se* ablehnen, sondern ebenso bis zu einem gewissen Grad von extraktivistischen bzw. kapitalistischen Praktiken profitieren – besonders die Kokabauern, die prinzipiell den Bau einer Schnellstraße begrüßt hätten.

Der Umzug zehntausender indigener Bauern vom Hochland in die Täler und Ebenen in den 1980er Jahren veränderte die Lebensrealitäten vieler Menschen und führte zur Expansion landwirtschaftlicher Produktion und des Kokaanbaus. Indigene und bäuerliche Gemeinschaften in Bolivien sind daher untereinander stark diversifiziert und ihre Interessen können keinesfalls zusammengefasst werden. Je nach Tätigkeit bzw. Status – Kokabauern, Viehzüchter, traditionelle indigene Gemeinschaft – identifizieren sich diese Gruppen stärker mit sozialer Klasse oder Ethnie: „different sectors of the population refer to different points on a sliding scale between class and ethnic identification“²⁵⁷. Genauso wenig können indigene Menschen als vollkommen resistent gegenüber „modernen“ Vorstellungen von Leben und Entwicklung dargestellt werden – die Grenzen verlaufen hier fließend. Die große Diversität innerhalb der indigenen Völker Boliviens mag mit ein Grund sein, wieso das Projekt des guten Lebens und des indigenen Staates nur mit großen Schwierigkeiten durchgeführt werden kann.²⁵⁸

²⁵⁶ Sanchez-Lopez 2015, 26

²⁵⁷ McNeish 2013, 235

²⁵⁸ vgl. McNeish 2013; Sanchez-Lopez 2015; Laing 2015

Der ecuadoranische Intellektuelle, ehemaliger Energieminister und Vordenker des guten Lebens, Alberto Acosta, spricht in seinem gleichnamigen Werk von der „Maldición de la Abundancia“²⁵⁹ – dem „Fluch des Überflusses“ natürlicher Ressourcen. Ressourcenreiche Länder wie etwa Ecuador und Bolivien seien in der laut ihm perversen Logik des Paradoxes des Überflusses gefangen, der deswegen paradox ist, da er zu einer Ausbeutung der Natur führe:

„Esta abundancia ha significado una explotación desmedida de los recursos, un progreso que arrasa, que tropieza con el único fin de lograr el ansiado desarrollo. Este desarrollo ha representado un alto costo ecológico, social y cultural, una muestra de ello es el TIPNIS“²⁶⁰.

Eduardo Gudynas meint, dass Bolivien zu einer Reihe neo-extraktivistischer Länder gehöre, die, während sie die Rolle des Staates bei der Verteilung von Überschüssen an die Bevölkerung betonen, die verheerenden sozialen und ökologischen Folgen des klassischen Extraktivismus fortsetzen. Laut Gudynas sei die kontemporäre bolivianische Politik durch einen Anthropozentrismus gekennzeichnet, der in seiner Entwicklungsstrategie entgegen aller Versprechungen weiterhin auf mit Wachstum gekoppelten Fortschritt und Modernität setzt. Diese Kritik teilten die Gegner des TIPNIS-Projekts, die enttäuscht waren vom fehlenden ökologischen Bewusstsein der bolivianischen Regierung. So zeichneten viele Plakate und Dokumente der Projektgegner einen Schlagabtausch zwischen indigener Ökologie und der klassischen, kapitalistischen Entwicklungsstrategie des bolivianischen Staates und anderen lateinamerikanischen Mächten nach.

Im Gegensatz zur älteren Linken Lateinamerikas stellen extraktivistische Praktiken und damit verbundene Folgen für Mensch und Umwelt kein Problem für die aktuellen linken Regierungen dar. Ihr neuer Extraktivismus, der durch den stärkeren Eingriff des Staates und damit verbundene Umverteilung an ärmere Schichten zwar mit einem freundlicheren Gesicht daherkommt, ist jedoch für die Umwelt nicht weniger schädlich. Genauso wenig bietet er Wirtschaftswachstum Einhalt:

²⁵⁹ vgl. Acosta 2009, 21 f.

²⁶⁰ „Dieser Überfluss bedeutet eine exzessive Ausbeutung von Ressourcen, einen Fortschritt, der verwüstet, der mit dem Ziel, die ersehnte Entwicklung zu erreichen, zusammentrifft. Diese Entwicklung steht für hohe soziale, kulturelle und ökologische Kosten. Ein Beispiel dafür ist das TIPNIS-Projekt“ (Barroso Mendizábal 2012, 119).

Ausländische Firmen erscheinen unter den progressiven Regierungen nun eben in anderer Form und gegen die Abhängigkeit von globalen Märkten wird entgegen etlicher Versprechen wenig bis nichts unternommen. Wer den Kurs von Morales und seiner Regierung kritisiert, wird gesagt, er werde von regierungsfeindlichen NGOs oder ausländischen Interessen manipuliert. Laut Gudynas organisiert sich Entwicklung auch unter den progressiven Regierungen wieder rund um Wirtschaftswachstum und Kapitalflüsse – in diesem Zusammenhang spricht er von einem „wohlgesinnten Kapitalismus“:

„Se consolida, poco a poco, un estilo de desarrollo donde la izquierda criolla rompe con varios componentes de su propia historia, y paulatinamente muchos aspectos clave del desarrollo dejan de ser discutidos. (...) En efecto, se ha desembocado en un ‚capitalismo benévolo‘: se aceptan las condiciones básicas del capitalismo, pero se entiende que pueden existir reformas y ajustes que podrían reducir o amortiguar algunos de sus efectos negativos más claros, tales como la pobreza y la desigualdad“²⁶¹.

Die aktuellen linken Regierungen Lateinamerikas zeigen nur begrenztes Verständnis für ökologische Fragen bzw. spiegelt sich dieses, wenn vorhanden, nicht in der tatsächlichen Politik wider. Gudynas beschreibt die Widersprüche zwischen Theorie und Praxis der linken Regierungen folgendermaßen:

„Se critica la economía global, pero se vive intensamente con ella, y se critica al capitalismo pero en los hechos se refuerzan las economías extractivas. Y todo esto sin encarar seriamente una mejor gestión ambiental para lidiar con sus impactos sociales y ambientales locales“²⁶².

Eduardo Gudynas schlägt einen Kurs vor, in dem der Natur ein größerer Stellenwert und gewisse Rechte zugestanden werden. Dafür müsse die neue Linke weniger

²⁶¹ „Stück für Stück konsolidiert sich ein Entwicklungsstil, mit dem die kreolische Linke mit mehreren Elementen ihrer eigenen Geschichte bricht, und allmählich viele wichtige Aspekte von Entwicklung nicht mehr diskutiert werden. (...) Das führte schließlich zu einem ‚wohlgesinnten‘ Kapitalismus: Die Grundbedingungen des Kapitalismus werden akzeptiert, aber man geht davon aus, dass durch Reformen und Anpassungen einige seiner größten negativen Effekte reduziert oder abgefangen werden können, wie die Armut und die Ungleichheit“ (Gudynas 2010, 68).

²⁶² „Man kritisiert die globale Ökonomie, aber man lebt gut und intensiv mit ihr, und man kritisiert den Kapitalismus aber in der Realität verstärkt man die extraktivistische Wirtschaft. Und das alles ohne ernsthaft auf einen besseren Umgang mit der Umwelt abzielen, um mit den lokalen sozialen und ökologischen Folgen umzugehen“ (Gudynas 2010, 76).

progressiv im Sinne des Strebens nach Fortschritt, sondern biozentrischer werden. Darunter versteht er einen post-extraktivistischen Weg, der weg vom Materialismus hin zu Lebensqualität im Sinne des guten Lebens führt und Gerechtigkeit sowohl im sozialen, als auch im ökologischen Sinn fördert: „en el siglo XXI, si te llamas progresista, socialista, revolucionario o alternativo, debes dejar de destruir la Naturaleza y comenzar a protegerla. Hoy mismo, sin excusas, y sin pausa“²⁶³. Also ganz so, wie es Morales versprochen hatte – oder?

²⁶³ „Wenn du dich im 21. Jahrhundert progressiv, sozialistisch, revolutionär oder alternativ nennst, musst du aufhören die Natur zu zerstören und beginnen, sie zu beschützen. Jetzt gleich, ohne Ausreden und ohne Pause“ (Gudynas 2010, 80).

7 CONCLUSIO

Die erste Forschungsfrage fragt nach den Zusammenhängen und Gemeinsamkeiten zwischen wachstumskritischen Ansätzen und Bewegungen und dem Konzept des *Vivir Bien*. Bei der Skizzierung der ausgewählten wachstumskritischen Konzepte und dem bolivianischen guten Leben fällt auf, dass sie über einige Gemeinsamkeiten verfügen und sich ihre Argumente gegen das Wachstumsparadigma ähneln.

Das Konzept des guten Lebens stellt eine Verbindung aus dem Gedankengut der indigenen Kulturen des Andenraumes und den Beiträgen kritischer Intellektueller dar und zieht seit Ende der 1990er Jahre vor allem in Bolivien und Ecuador im politischen und gesellschaftlichen Diskurs seine Runden. *Vivir Bien* ist dezidiert wachstumskritisch, indem es westliche Vorstellungen von einem guten Leben, die oft mit Wirtschaftswachstum und der imperialen Lebensweise verknüpft sind, ablehnt. Es wendet sich nicht nur gegen das Wachstumsparadigma, sondern auch gegen konventionelle, lineare Vorstellungen von Entwicklung, welche auch die Postdevelopment-Strömung kritisiert. Damit kann *Vivir Bien* als Epistemologie des Südens im Sinne Boaventura de Sousa Santos' bezeichnet werden, da es sich um ein aus dem postkolonialen Kontext stammendes Konzept handelt, das nicht den westlichen Vorstellungen von Wirtschaft und Gesellschaft folgt. Im Gegensatz zu „moderner“ Wissenschaft geht das gute Leben nicht von einer Entwicklung aus, im Laufe derer es zu mehr Fortschritt, Wachstum und Modernisierung kommen muss. Mit seiner Soziologie der Abwesenheiten macht Sousa Santos klar, dass alternative Denkweisen wie die des *Vivir Bien* aufgrund ihrer Ablehnung der kapitalistischen, produktivistischen Logik nicht in den Mainstream der modernen Wissenschaften passen. Verstanden als eine Epistemologie des Südens, kann das gute Leben durch die von Sousa Santos geforderte Ökologie des Wissens und interkulturelle Übersetzung auch Denkanstöße für Gesellschaften des globalen Nordens bieten.

Das scheint umso einleuchtender, betrachtet man die Parallelen zwischen dem andinen *Vivir Bien* und westlichen wachstumskritischen Strömungen. Die bekannteste wachstumskritische Bewegung ist die Degrowth-Bewegung. Ähnlich wie *Vivir Bien* speist sie sich aus zwei Strömungen: einerseits aus der ökologischen Kritik an Wirtschaftswachstum, andererseits aus der Ablehnung des konventionellen Konzepts der linearen, produktivitätsgetriebenen Entwicklung.

Parallelen des guten Lebens finden sich außerdem in der Ablehnung des dominanten Wirtschaftsverständnisses: Genauso wie das andine Konzept zielt auch die Degrowth-Bewegung auf eine Neudefinition von Wirtschaft ab. In ihrem Verständnis ist Wirtschaft konstruiert – daher kann sie nicht nur in Form von Erwerbsarbeit und Wirtschaftswachstum existieren. Vielmehr sei Wirtschaft im Sinne der Degrowth-Bewegung durch gesellschaftliche Verhältnisse und demokratische Entscheidungen geformt und kann somit auch anders gestaltet werden. Ähnlich *Vivir Bien*: Es versteht Wirtschaft und Arbeit nicht notwendigerweise als kapitalistische Erwerbsarbeit, sondern als Quelle der Kreativität, Befriedigung und Erholung. Genauso wie das gute Leben im andinen Verständnis betont auch die Degrowth-Bewegung, dass Wohlstand nicht mehr an Wirtschaftswachstum und materiellem Besitz gemessen werden solle, sondern an der Qualität des zwischenmenschlichen Zusammenlebens und der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten. Beide Konzepte/Bewegungen haben einen demokratischen bzw. menschenrechtlichen Anspruch in dem Sinn, dass sie das gesellschaftliche Zusammenleben durch die Anerkennung verschiedener Kulturen, Gleichheit und Partizipation gekennzeichnet sehen wollen.

Das Konzept der Postwachstumsökonomie zielt mit der Forderung nach Subsistenz ähnlich wie *Vivir Bien* darauf ab, die Abhängigkeit von Dienstleistungen und Unternehmen zu reduzieren und sich auf die eigenen Fähigkeiten und das eigene Wissen zu konzentrieren. Durch gemeinschaftliches Zusammenleben soll die Abhängigkeit von externen Akteuren (seien es im andinen Fall andere Staaten bzw. in der Postwachstumsökonomie die Fremdversorgung durch ortsungebundene Massenproduktion) reduziert werden und damit die eigene Handlungsfähigkeit zurückerobert werden. In diesem strebt Bolivien (zumindest theoretisch) mit seinem *Vivir Bien* eine größere Autonomie von anderen Staaten und kapitalistischen Wirtschaftsformen an, indem es sich auf das originär indigene Wissen und Lebensmodell stützt und ihm mit seiner pluralen Ökonomie (auch zumindest theoretisch) Vorrang über westliche Formen des Wirtschaftens und Lebens gibt. Durch das Prinzip der Suffizienz soll in der Postwachstumsökonomie eine Befreiung vom Überfluss stattfinden – es bezieht sich auf den Nicht-Konsum. Es weist damit genauso wie das gute Leben auf nicht-monetäre, nicht-konsumistische Quellen von

Zufriedenheit und Wohlstand hin, wie etwa zwischenmenschliche Beziehungen, Bildung und Kultur. Damit einher geht wie bei *Vivir Bien* ein verminderter Fokus auf Erwerbsarbeit.

Das Konzept der ökologischen Bürgerschaft verbindet ökologische Überlegungen mit Fragen der Gerechtigkeit. Demnach sollen Bürger sicherstellen, dass ihr ökologischer Fußabdruck mit den damit verbundenen ökologischen Folgen nicht die Handlungsmöglichkeiten anderer Menschen einschränkt. Die wichtigste Tugend eines solchen ökologischen Bürgers sei damit die Gerechtigkeit: Jeder Bürger habe den Anspruch auf die gleiche Fläche des ökologischen Fußabdrucks. Zu seinen Pflichten gehöre es demnach, nicht auf Kosten anderer die Umwelt zu verschmutzen. Genauso wie *Vivir Bien* betont die ökologische Bürgerschaft die Gleichheit aller Menschen und leitet daraus die Forderung nach Gerechtigkeit ab. In beiden Konzepten spielt das Zusammenleben in Einklang mit Mitmenschen und Natur eine bedeutende Rolle, das nur dann erreicht werden kann, wenn fair und mit Bedacht gehandelt wird.

Klarerweise verfügt das Konzept des guten Lebens über eine kapitalismuskritische Dimension. Genauso wie westliche kapitalismuskritische Denker verweist es auf durch die Natur vorgegebene Grenzen des Wirtschaftens und wendet sich gegen Privatisierung öffentlicher Güter und natürlicher Ressourcen wie etwa Land und Wasser. *Vivir Bien* stellt ein Gegenkonzept zur Ideologie des Wachstums dar, wie sie Dale bezeichnete. Im Gegensatz zur Wachstumsideologie verspricht das andine gute Leben Erfüllung aus einer alternativen Form des Wirtschaftens in Einklang mit Natur, qualitätvollen menschlichen Beziehungen, viel Zeit für spirituelle und persönliche Entfaltung und guten Lebensbedingungen für alle. Die kapitalistische Vorstellung der Befriedigung durch mit Wirtschaftswachstum verbundenen Konsumismus, Materialismus und Wettbewerb mit seiner umweltschädlichen Dimension wird von wachstumskritischen Ansätzen und dem Konzept des guten Lebens radikal abgelehnt. Die erste Hypothese, wonach *Vivir Bien* und wachstumskritische Ansätze einige Parallelen aufweisen, kann somit bestätigt werden.

Die zweite Forschungsfrage fragt nach der Umsetzung des guten Lebens in Bolivien. Nach dem politischen Wandel in Bolivien, der seinen Höhepunkt 2006 in der Wahl

Evo Morales zum Präsidenten fand, erfuhr das Land einen politischen Linksruck. Im Jänner 2009 wurde schließlich eine neue Verfassung verabschiedete, die Bolivien zum plurinationalen Staat erklärte. Diese Verfassung beinhaltet die Prinzipien des *Vivir Bien*, welche dort erstmals Erwähnung finden. Bolivien wird als plurinationaler Staat beschrieben, der den 36 indigenen Völker des Landes im Vergleich zu den vorherigen Verfassungen mehr Autonomien und Rechte auf mehreren Ebenen zuweist, wie etwa das skizzierte Recht auf vorherige Konsultation. Die Verfassung betont die Multiethnizität des Landes und will ein pluralistisches Wirtschaftsmodell, das auf ein gutes Leben für alle abzielt. Sie betont außerdem moralische Prinzipien der pluralen Gesellschaft, die von verschiedenen indigenen Völkern Boliviens stammen, wie etwa den Quechua, Aymara und Guaraní.

Die konkrete Umsetzung von *Vivir Bien* wird im *Plan Nacional de Desarrollo*, im Nationalen Entwicklungsplan, beschrieben, der von 2006 bis 2011 galt. Ähnlich wie die Verfassung ist dieses Dokument ambivalent zu interpretieren: Während im allgemeinen Teil die Prinzipien des guten Lebens skizziert werden und dargelegt wird, wie sich die bolivianische Wirtschaft in eine pluristische Wirtschaft nicht-westlicher Ausrichtung verwandeln und das koloniale Erbe verworfen werden soll, scheinen die konkreten Umsetzungsvorschläge widersprüchlich: Der wirtschaftspolitische Teil des Entwicklungsplan beschreibt extraktivistische Praktiken wie Erdöl- und Gasförderung, Bergbau, den Abbau anderer natürlicher Ressourcen und Elektrizitätsgewinnung als Hauptziele. Außerdem soll der Ausbau von Industrie und Tourismus vorangetrieben werden. Durch die gewinnbringende Erdöl und -gasförderung und den Bergbau soll der bolivianische Binnenmarkt abgesichert werden und gesellschaftliche Umverteilung ermöglichen. Das stellt eindeutig eine neo-extraktivistische Strategie dar, die mit dem guten Leben und seinem Respekt für die Natur nur wenig gemein hat.

Der Nationale Entwicklungsplan ist durch Widersprüche gekennzeichnet, denn genauso wie die Verfassung von 2009 will er einerseits den Fokus auf den Binnenmarkt und das gute Leben richten, andererseits will er auf neo-extraktivistische Weise natürliche Ressourcen exportieren und damit einer althergebrachten Vorstellung von Entwicklung folgend Armut beseitigen. Zahlreiche Beobachter ziehen, wie in Kapitel 6.2 beschrieben, den Schluss, dass die

Wirtschaftspolitik der Regierung Morales paradox ist und dass das gute Leben irgendwo auf dem Weg von politischem Diskurs hin zur konkreten Praxis abhanden gekommen ist. Anstelle des guten Lebens, das Morales und seine Regierung in der neuen Verfassung zu umsetzen versprochen, ein neues, vom Staat vorangetriebenes Entwicklungsmodell gekommen, das sich entgegen des Grundgedanken von *Vivir Bien* an westlichen Modernisierungs- und Wachstumparadigmen orientiert.

Die ausgerufene indigene Revolution und der radikale gesellschaftliche Wandel existiert nur auf dem Papier. Bezeichnend dafür ist der laut dem bolivianischen Vizepräsidenten Álvaro García Linera angestrebte andin-amazonische Kapitalismus: Da der Sozialismus im Sinne des guten Lebens momentan noch nicht möglich sei, brauche es, so García Linera, im Moment noch eine andere Wirtschaftsform. Diese bolivianische Form des Kapitalismus sei im Marx'schen Sinn die Vorstufe vom Sozialismus und ist gekennzeichnet durch Verstaatlichungen und Modernisierungsprozesse. Zwar wurden die Rohstoffe in Bolivien unter Morales verstaatlicht, jedoch sind sie nach wie vor dem Einfluss ausländischer Investoren und der wirtschaftlichen Ausbeutung ausgesetzt. García Linera bekannte sich klar zum Wirtschaftswachstum und zur Förderung von Gas und Erdöl, die die ländliche Wirtschaft vorantreiben sollen. Dies widerspricht klar den Prinzipien des guten Lebens und stellt einen Mittelweg zwischen westlichen kapitalistischen und kommunitären Wirtschaftsformen dar. Obwohl der Staat Bolivien behaupten kann, alle natürlichen Ressourcen verstaatlicht zu haben, erfolgen die Bergbauprojekte in Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen. Diese Unternehmen handeln oft auf Kosten indigener Gruppen, deren Territorien zur Rohstoffförderung enteignet werden. Webber nennt die Politik der Regierung Morales in diesem Zusammenhang einen rekonstituierten Neoliberalismus, der weiterhin auf Marktmechanismen und exportbasiertes Wirtschaftswachstum setzt. Das widerspricht diametral dem Gedanken des guten Lebens, das sich eigentlich von westlichen Formen des Lebens und Wirtschaftens verabschieden will.

Bemerkenswert ist außerdem die Ambivalenz, die nicht nur in der politischen Linie, sondern auch in der Rhetorik Evo Morales' herrscht: Während sich Morales nach außen, gegenüber der Welt als Beschützer der *Pachamama*, der Mutter Erde, positioniert, verfolgt er in seiner Politik klassische produktivistische, althergebrachte

Entwicklungspositionen, die keine Rücksicht auf Indigene und die theoretische Verankerung des guten Lebens in der Verfassung nimmt. Bezeichnend für den Umgang der MAS-Regierung mit Indigenen und der Natur ist der TIPNIS-Konflikt: Die geplante Straße sollte die amazonische und die andine Region Boliviens verbinden und damit die Wirtschaft ankurbeln. Im westlichen Teil des TIPNIS liegen außerdem mehrere Gasvorkommen. Der Abbruch des Straßenbauprojektes folgte schließlich nach einem bis zu 2500 Menschen fassenden Protestmarsch nach La Paz.

Trotz des für die Demonstranten guten Ausgangs ist der Konflikt sinnbildlich für den Umgang mit Indigenen und der Natur unter Morales. Er zeigte, dass der Regierung die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die Erschaffung von Infrastruktur zugunsten des Wirtschaftswachstums wichtiger sind als indigene Rechte und die Wahrung der Umwelt, die noch ein paar Jahre zuvor versprochen worden war. Von der Verdrängung des Neoliberalismus und der Rückbesinnung auf traditionelle Wirtschaftsformen kann – zumindest im großen Stil, es gibt ja Initiativen zur Förderung von Kleinbauern und -unternehmen – nicht die Rede sein. Bolivianische bzw. lateinamerikanische Denker sprechen von einer Stagnation des indigenen, ökologischen Projekts zugunsten von Wirtschaftswachstum und internationalem Handel. Einer der ecuadorianischen Figuren des guten Lebens, Alberto Acosta, konstatiert einen „Fluch des Überflusses“ – der deswegen paradox ist, da die Segnung mit natürlichen Ressourcen in Bolivien (und Ecuador) genau zur Zerstörung dieser führt. Die mit dem Konzept des guten Lebens versprochene Ablehnung von konventioneller Entwicklung und Extraktivismus ist alles andere als eingehalten worden.

Die Linke Lateinamerikas breche laut Eduardo Gudynas immer mehr mit ihrer eigenen Geschichte und akzeptiere vom globalen Norden kommendes lineares Fortschrittsdenken. Um die ökologische und soziale Frage zu klären, brauche es laut ihm aber einen postextraktivistischen Kurs. Er hebt hervor, dass lateinamerikanische linke Parteien zwar die globale Ökonomie kritisieren, aber gut und profitabel mit ihr leben und dass sie den Kapitalismus kritisieren, ihn aber in der Realität mit ihren extraktivistischen Wirtschaftsformen intensivieren. Damit trifft er die aktuelle bolivianische Realität auf den Punkt. Daher kann die zweite Hypothese, dass die

Umsetzung des guten Lebens in Bolivien sich schwieriger als geplant darstellt und bisher nicht erfolgt ist, ebenfalls bestätigt werden.

Aus theoretischer Sicht kann geschlossen werden, dass *Vivir Bien* als Epistemologie des Südens im Sinne Sousa Santos' gescheitert ist. In seinen theoretischen Ausführungen schreibt Sousa Santos, dass Epistemologien des Südens - genauso wie *Vivir Bien* - die produktivistische, kapitalistische Logik und das Wirtschaftswachstum des globalen Nordens ablehnen. Dass die Umsetzung des guten Lebens scheiterte, könnte sich mit Sousa Santos so erklären lassen, dass in Bolivien das moderne, westlich geprägte Denken in Form der Monokultur des Wissens bereits oder noch so stark vorherrsche, dass sich das gute Leben bisher nicht durchsetzen konnte.

Die Regierung Morales verfolgt – trotz ihres anfänglichen Planes, dem indigenen Konzept zu folgen – eine politische Linie, die dem Wachstumsparadigma und dem laut Sousa Santos hegemonialen westlichen Wissen und Wirtschaften folgt. Das, was die Epistemologien des Südens ausmacht, nämlich die Rückeroberung von indigenen, möglicherweise schon lange existierenden Lebens-, Wissens- und Wirtschaftsformen in postkolonialen Ländern, konnte mit dem guten Leben nicht durchgesetzt werden. In diesem Sinne passiert in Bolivien das, was Sousa Santos als das Ende des Kolonialismus ohne Ende bezeichnete: Demnach gibt es in postkolonialen Ländern noch immer koloniale, das heißt aus dem Westen importierte, Strukturen und Denkmuster, die als Faktor für die Durchsetzung der kapitalistischen, extraktivistischen Linie in Bolivien unter Morales gesehen werden können. *Vivir Bien* als Epistemologie des Südens, die eine Alternative zu den kolonialen Strukturen bieten soll, wurde von der Regierung Morales nicht realisiert.

Um die genauen Faktoren zu untersuchen, die zur Nicht-Umsetzung des guten Lebens bis dato führten, wäre eine weitere Arbeit notwendig. Jedoch könnte sich die Diagnose René Zavaletas, dass Bolivien eine überlagerte Gesellschaft ist, als Erklärung für die mangelnde Durchsetzung des guten Lebens heranziehen lassen. Das Nebeneinander an Strukturen, Partizipationsformen, Kulturen und Denkweisen könnte ein Faktor sein, wieso die Umsetzung von *Vivir Bien* in Bolivien nicht erfolgte: Die MAS-Regierung scheint jenen Denkmodellen zu folgen, die ihren Ursprung im globalen Norden haben und trotz seines anfänglichen Versprechens, eine Regierung

der Indigenen zu sein, jenen westlichen Vorstellungen von Entwicklung und Wirtschaft nachzueifern, die der Vorstellung des guten Lebens ihrer indigenen Ahnen direkt widersprechen.

An der Aktualität von wachstumskritischen Ansätzen und dem Konzept des *Vivir Bien* ändert die Entwicklung in Bolivien dennoch nichts: Angesichts der eingangs erwähnten, sich ständig verstärkenden ökologischen Probleme und gesellschaftspolitischer Diskurse sowohl in Lateinamerika als auch in Europa, werden diese Konzepte wohl nicht so schnell von der Bildfläche verschwinden.

8 LITERATURVERZEICHNIS

Achtenberg, Emily, 2013: Contested Development: The Geopolitics of Bolivia's TIPNIS Conflict, in: *NACLA Report on the Americas* 46, 6–11.

Acosta, Alberto, 2009: *La maldición de la abundancia*, Quito: Abya-Yala.

Albó, Xavier, 2009: Suma Qamaña = El buen convivir, in: *Revista Obets* 4, 25–40.

Altvater, Elmar, 1992: *Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Antal, Miklós/ Van den Bergh, Jeroen C.J.M., 2016: Green growth and climate change: conceptual and empirical considerations, in: *Climate Policy* 16, 165–177.

Antezana, Luis H., 1991: Dos conceptos en la obra de René Zavaleta Mercado, in: *Latin America Studies Center Series* 1, 1–28.

Barreto, José-Manuel, 2014: Epistemologies of the South and Human Rights: Santos and the Quest for Global and Cognitive Justice, in: *Indiana Journal of Global Legal Studies* 21, 395–422.

Barrett, Patrick/ Chavez, Daniel/ Rodríguez-Garavito, César, 2008: Utopia Reborn? Introduction to the Study of the New Latin American Left, in: *Barrett, Patrick/ Chavez, Daniel/ Rodríguez-Garavito, César* (Hrsg.), *The New Latin American Left: Utopia Reborn*. London: Pluto Press, 1–41.

Barroso Mendizábal, Verónica, 2012: TIPNIS ¿Un conflicto ambiental o de territorio?, in: *Letras Verdes* 11, 112–122.

Barry, John, 1999: *Rethinking Green Politics: Nature, Virtue and Progress*, London: SAGE.

Bartolini, Stefano/ Sarracino, Francesco, 2014: Happy for how long? How social capital and economic growth relate to happiness over time, in: *Ecological Economics* 108, 242–256.

Bauriedl, Sybille, 2016: Einleitung, in: *Bauriedl, Sybille* (Hrsg.), *Wörterbuch Klimadebatte*. Bielefeld: transcript, 9–22.

Bleys, Brent/Whitby, Alistair, 2015: Barriers and opportunities for alternative

measures of economic welfare, in: *Ecological Economics* 117, 162–172.

Brand, Ulrich, 2004: Nachhaltigkeit: ein Schlüsselkonzept globalisierter gesellschaftlicher Naturverhältnisse und weltgesellschaftlicher Bildung?, in: *Steffens, Gerd/Weiß, Edgar* (Hrsg.), *Globalisierung und Bildung*. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Brand, Ulrich, 2009: Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik, Berlin: Heinrich Böll Stiftung.

Brand, Ulrich, 2015: Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille?, in: Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften 5, 1–35.

Brand, Ulrich/Dietz, Kristina, 2014: (Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika, in: *Politische Vierteljahresschrift Sonderheft* 48, 128–165.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph, 2002: „Nachhaltige Globalisierung“? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens, in: *Brand, Ulrich/Görg, Christoph* (Hrsg.), *Mythen globalen Umweltmanagements: „Rio+10“ und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 12–47.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus, 2011: Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 36, 12–34.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus, 2013: Crisis and continuity of capitalist society-nature relationships: The imperial mode of living and the limits to environmental governance, in: *Review of International Political Economy* 20, 687–711.

Brunnengräber, Achim/Dietz, Kristina, 2016: Klimagerechtigkeit, in: *Bauriedl, Sybille* (Hrsg.), *Wörterbuch Klimadebatte*. Bielefeld: transcript, 157–163.

Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina, 2013: Extraktivismus in Lateinamerika - der Versuch einer Fundierung, in: *Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina/Öhlschläger, Rainer* (Hrsg.), *Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika*. Baden-Baden: Nomos, 181–200.

- Calla, Ricardo*, 2011: TIPNIS y Amazonia: Contradicciones en la agenda ecológica de Bolivia, in: *European Review of Latin American and Caribbean Studies* 91, 77–83.
- Calvo, Luz María*, 2009: Die bolivianische Umwelt- und Ressourcenpolitik, in: *Ernst, Tanja/Schmalz, Stefan* (Hrsg.), *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*. Baden-Baden: Nomos, 155–169.
- Castoriadis, Cornelius*, 2005: *Une société à la dérive. Entretiens et débats (1974-1997)*, Paris: Seuil.
- Chávez León, Patricia/Mokrani Chávez, Dunia*, 2012: Das Öffnen politischer Horizonte in Bolivien durch die sozialen Bewegungen, in: *Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 42–64.
- Choquehuanca Céspedes, David*, 2010: Hacia la reconstrucción del Vivir Bien, in: *América Latina en Movimiento* 452, 6–13.
- Cunha Filho, Clayton Mendonca/Santaella Goncalves, Rodrigo*, 2010: The National Development Plan as a Political Economic Strategy in Evo Morales's Bolivia. Accomplishments and Limitations, in: *Latin American Perspectives* 37, 177–196.
- Dale, Gareth*, 2012: The growth paradigm: a critique, in: *International Socialism* 134, abrufbar unter: <http://isj.org.uk/the-growth-paradigm-a-critique/>, letzter Zugriff am 2.9.2016.
- Dale, Gareth*, 2013: Critiques of Growth in Classical Political Economy: Mill's Stationary State and a Marxian Response, in: *New Political Economy* 18, 431–457.
- Daly, Herman E.*, 1991: *Steady-State Economics*, Washington D.C.: Island Press.
- Danilishin, B.M./Veklich, O.A.*, 2010: Genuine Progress Indicator as an Adequate Macroeconomic Indicator of Public Welfare, in: *Studies on Russian Economic Development* 21, 644–650.
- Degrowth-Webportal*, 2016: Eine Geschichte von Degrowth, abrufbar unter: <http://www.degrowth.de/de/eine-geschichte-von-degrowth/>, letzter Zugriff am 15.6.2016.
- Demirovic, Alex*, 2013: Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung, in: *Prokla* 43, 193–215.

De Sousa Santos, Boaventura, 2007: Beyond Abyssal Thinking: From Global Lines to Ecologies of Knowledges, in: Review (Ferdinand Braudel Center) 30, 45–89.

De Sousa Santos, Boaventura, 2011: Epistemologías del Sur, in: Utopía y Praxis Latinoamericana 16, 17–39.

De Sousa Santos, Boaventura, 2014: Epistemologies of the South: Justice against Epistemicide, London: Routledge.

Diamint, Rut, 2013: Regionalismo y posicionamiento suramericano: UNASUR y ALBA, in: Revista CIDOB d'Afers Internacionals 101, 55–79.

Dietz, Kristina, 2014: Nord-Süd-Dimensionen der Wachstumskritik, in: Redaktionsgruppe Degrowth (Hrsg.), Mehr oder weniger. Wachstumskritik von links. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 18–21.

Dietz, Kristina/Wissen, Markus, 2009: Kapitalismus und „natürliche Grenzen“. Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise, in: Prokla 156, 351–369.

Dobson, Andrew, 2003: Citizenship and the Environment, Oxford: Oxford University Press.

Dobson, Andrew, 2007: Environmental Citizenship: Towards Sustainable Development, in: Sustainable Development 15, 276–285.

Easterlin, Richard A., 1974: Does economic growth improve the human lot? Some empirical evidence, in: *David, Paul A./Reder, Melvin W.* (Hrsg.), Nations and Households in Economic Growth. Essays in Honor of Moses Abramovitz. New York: Academic Press.

Eichengreen, Barry, 2008: The European Economy since 1945: Coordinated Capitalism and Beyond, Princeton: Princeton University Press.

Escárzaga, Fabiola, 2009: Die Regierung der sozialen Bewegungen, in: *Ernst, Tanja/Schmalz, Stefan* (Hrsg.), Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden: Nomos, 79–93.

Escobar, Arturo, 1995: Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World, Princeton: Princeton University Press.

- Escobar, Arturo*, 2010: Latin America at a Crossroads, in: *Cultural Studies* 24, 1–65.
- Estado Plurinacional de Bolivia*, 2009: Constitución Política del Estado Plurinacional de Bolivia, abrufbar unter: <http://www.harmonywithnatureun.org/content/documents/159Bolivia%20Constitucion.pdf>, letzter Zugriff am 20.10.2016.
- Fernando, Jude L.*, 2003: The Power of Unsustainable Development: What is to be Done?, in: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 590, 6–34.
- Figueroa Helland, Leonardo Esteban/Prádanos, Luis I.*, 2015: How to Listen to Pachamama's Testimonio: Lessons from Indigenous Voices, in: *Studies in 20th & 21st Century Literature* 39, 1–21.
- Fitoussi, Jean-Paul/Sen, Amartya/Stiglitz, Joseph E.*, 2010: *Mismeasuring Our Lives: Why GDP Doesn't Add up*, New York: The New Press.
- Flemmer, Riccarda/Schilling Vacaflor, Almut*, 2016: Unfulfilled promises of the consultation approach: the limits to effective indigenous participation in Bolivia's and Peru's extractive industries, in: *Third World Quarterly* 37, 172–188.
- Fontana, Lorenza B./Grugel, Jean*, 2016: The Politics of Indigenous Participation Through "Free Prior Informed Consent": Reflections from the Bolivian Case, in: *World Development* 77, 249–261.
- Fournier, Valérie*, 2008: Escaping from the economy: the politics of degrowth, in: *International Journal of Sociology and Social Policy* 28, 528–545.
- García Linera, Álvaro*, 2006: El "capitalismo andino-amazónico", in: *Le monde diplomatique*, abrufbar unter: <https://www.lemondediplomatique.cl/El-capitalismo-andino-amazonico.html>, letzter Zugriff am 13.10.2016.
- García Linera, Álvaro*, 2009: Entrevista con Álvaro García Linera, vicepresidente de Bolivia: "El punto de bifurcación es un momento en el que se miden ejércitos", abrufbar unter: <http://maristellasvampa.net/blog/?p=102>, letzter Zugriff am 21.10.2016.
- Georgescu-Roegen, Nicholas*, 1971: *The Entropy Law and the Economic Process*, Cambridge: Harvard University Press.

Georgescu-Roegen, Nicholas, 1977: The Steady State and Ecological Salvation: A Thermodynamic Analysis, in: *BioScience* 27, 266–270.

Gibson-Graham, J.K., 1996: *The End of Capitalism (as we knew it). A Feminist Critique of Political Economy*, Cambridge: Blackwell Publishers Inc.

Gibson-Graham, J.K., 2006: *Postcapitalist Politics*, Minneapolis: University of Minnesota Press.

Görg, Christoph, 2003: *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Görg, Christoph, 2004: Postfordistische Transformation der Naturverhältnisse, in: *Beerhorst, Joachim/Demirovic, Alex/Guggemos, Michael* (Hrsg.), *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 199–226.

Görg, Christoph, 2016a: Anthropozän, in: *Bauriedl, Sybille* (Hrsg.), *Wörterbuch Klimadebatte*. Bielefeld: transcript, 29–35.

Görg, Christoph, 2016b: Inwertsetzung von Natur, in: *Bauriedl, Sybille* (Hrsg.), *Wörterbuch Klimadebatte*. Bielefeld: transcript, 109–115.

Gosalvez, Gonzalo, 2012: La economía comunitaria y el Vivir Bien en el Estado Plurinacional de Bolivia, in: *Arkonada, Katu* (Hrsg.), *Transiciones hacia el Vivir Bien o la construcción de un nuevo proyecto político en el Estado Plurinacional de Bolivia*. Ministerio de Culturas del Estado Plurinacional de Bolivia, 151–180, abrufbar unter: <http://filosofiadelbuenvivir.com/wp-content/uploads/2013/06/Transiciones-hacia-el-Vivir-Bien.pdf>, letzter Zugriff am 10.10.2016.

Greenberg, James B./Park, Thomas K., 1994: Political Ecology, in: *Journal of Political Ecology* 1, 1–12.

Gudynas, Eduardo, 2010: Si eres tan progresista ¿Por qué destruyes la naturaleza? Neoextractivismo, izquierda y alternativas, in: *Ecuador Debate* 79, 61–81.

Gudynas, Eduardo, 2011a: Alcances y contenidos de las transiciones al post-extractivismo, in: *Ecuador Debate* 82, 61–79.

Gudynas, Eduardo, 2011b: Buen vivir: Germinando alternativas al desarrollo, in: *América Latina en Movimiento* 462, 1–20.

Gudynas, Eduardo, 2011c: Buen Vivir: Today's tomorrow, in: *Development* 54, 441–447.

Gudynas, Eduardo, 2013: Die neue Entwicklungsstrategie Lateinamerikas: Der Extraktivismus und seine Folgen, in: *Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika*. Baden-Baden: Nomos, 33–46.

Gudynas, Eduardo/Acosta, Alberto, 2011: El buen vivir o la disolución de la idea del progreso, in: *Rojas, Mariano* (Hrsg.), *La medición del Progreso y del Bienestar. Propuestas desde América Latina*. México DF: Foro Consultivo Científico y Tecnológico, 103–110.

Haller, Dieter, 2005: *dtv-Atlas Ethnologie*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Hamilton, Clive, 2003: *Growth Fetish*, London: Pluto Press.

Haque, M. Shamsul, 2004: The Myths of Economic Growth (GNP): Implications for Human Development, in: *Mudacumura, Gedeon/Haque, M. Shamsul* (Hrsg.), *Handbook of Development Policy Studies*. New York: Marcel Dekker, 1–24.

Harvey, David, 2006: *The Limits to Capital*, London: Verso.

Harvey, David, 2010: Organizing for the Anti-Capitalist Transition. Talk given at the World Social Forum in Porto Alegre, abrufbar unter: <http://davidharvey.org/2009/12/organizing-for-the-anti-capitalist-transition/>, letzter Zugriff am 6.9.2016.

Harvey, David, 2014: *Seventeen Contradictions and the End of Capitalism*, London: Profile Books.

Hirsch, Cecilie/McNeish, John-Andrew, 2011: Tracks through the jungle: Bolivia and the TIPNIS conflict, in: *Norwegian Latinamerican Research Network Analysis*, abrufbar unter: <http://www.norlarnet.uio.no/pdf/behind-the-news/englis/112111%20-%20Bolivia.english.pdf>, letzter Zugriff am 25.10.2016.

Hove, Hilary, 2004: Critiquing Sustainable Development: A Meaningful Way of Mediating the Development Impasse?, in: *Undercurrent* 1, 48–54.

Huanacuni Mamani, Fernando, 2010: *Buen Vivir/Vivir Bien. Filosofía, Políticas, Estrategias y Experiencias Regionales Andinas*, Lima: Coodinadora Andina de Organizaciones Indígenas.

- Kallis, Giorgios*, 2011: In defense of degrowth, in: *Ecological Economics* 70, 873–880.
- Kerner, Ina*, 2011: *Postkoloniale Theorien zur Einführung*, Hamburg: Junius.
- Klein, Dieter*, 2011: Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt künftiger Transformation, in: *Standpunkte* 16, 1–10.
- Köhler, Bettina/Wissen, Markus*, 2010: Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise, in: *Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas* (Hrsg.), *Kritische politische Bildung: ein Handbuch*. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 217–227.
- Kuhn, Thomas S.*, 1997: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen* 14. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Laing, Anna F.*, 2015: Resource Sovereignties in Bolivia: Re-Conceptualising the Relationship between Indigenous Identities and the Environment during the TIPNIS Conflict, in: *Bulletin of Latin American Research* 34, 149–166.
- Latouche, Serge*, 2003: Pour une société de décroissance, in: *Le monde diplomatique*, abrufbar unter: <https://www.monde-diplomatique.fr/2003/11/LATOUCHE/10651>, letzter Zugriff am 21.9.2016.
- Latouche, Serge*, 2004: Degrowth economics, in: *Le monde diplomatique*, abrufbar unter: <http://mondediplo.com/2004/11/14latouche>, letzter Zugriff am 30.3.2016.
- Latouche, Serge*, 2007: De-growth: an electoral stake?, in: *The International Journal of Inclusive Democracy* 3, abrufbar unter: http://www.inclusivedemocracy.org/journal/vol3/vol3_no1_Latouche_degrowth.htm, letzter Zugriff am 24.8.2016.
- Latouche, Serge*, 2010: Degrowth, in: *Journal of Cleaner Production* 18, 519–522.
- Lessenich, Stephan*, 2014: Akteurszwang und Systemwissen. Das Elend der Wachstumsgesellschaft, in: *Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften* 3.
- Lessmann, Robert*, 2007: Bolivien - Morales: Revolution mit dem Stimmzettel, in: *Berger, Herbert/Gabriel, Leo* (Hrsg.), *Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik*. Wien: Mandelbaum Verlag, 220–261.

Lessmann, Robert, 2010: Bolivien: der steinige Weg zum plurinationalen Staat, in: *Gabriel, Leo/Berger, Herbert* (Hrsg.), *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch*. Wien: Mandelbaum Verlag, 145–153.

Levallois, Clément, 2010: Can de-growth be considered a policy option? A historical note on Nicholas Georgescu-Roegen and the Club of Rome, in: *Ecological Economics* 69, 2271–2278.

Luks, Fred, 2013: *Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Perspektiven einer neuen Wirtschaft*, Marburg: Metropolis.

Mamani Ramírez, Pablo, 2009: Das Ritual der indigenen Machtergreifung in Bolivien: Evo Morales und die Infragestellung des Selbstbildes der kolonialen Macht, in: *Ernst, Tanja/Schmalz, Stefan* (Hrsg.), *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*. Baden-Baden: Nomos, 67–78.

Mamani Ramírez, Pablo, 2012: Geschichte des indigenen Widerstands. Führung und Organisation der Aymara aus historischer Perspektive, in: *Brand, Ulrich/Radhuber, Isabella/Schilling Vacaflor, Almut* (Hrsg.), *Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 94–114.

Martínez-Alier, Joan/Pascual, Unai/Vivien, Franck-Dominique/Zaccai, Edwin, 2010: Sustainable de-growth: Mapping the context, criticisms and future prospects of an emergent paradigm, in: *Ecological Economics* 69, 1741–1747.

Marx, Karl, 1933: *Wage-Labour and Capital*, New York: Wildside Press.

Marx, Karl, 1977: *Das Kapital*, Berlin: Dietz Verlag.

McNeill, John Robert, 2000: *Something New Under the Sun: An Environmental History of the Twentieth-Century World*, New York: W.W. Norton & Company.

McNeish, John-Andrew, 2013: Extraction, Protest and Indigeneity in Bolivia: The TIPNIS Effect, in: *Latin American and Caribbean Ethnic Studies* 8, 221–242.

Meadows, Dennis/Meadows, Donella/Zahn, Erich/Milling, Peter, 1972: *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Mejido Costoya, Manuel, 2013: *Latin American Post-Neoliberal Development*

Thinking: The Bolivian 'Turn' Toward Suma Qamaña, in: *European Journal of Development Research* 25, 213–229.

Metz, Thaddeus, 2014: Gross National Happiness: A Philosophical Appraisal, in: *Ethics and Social Welfare* 8, 218–232.

Mignolo, Walter D., 2000: *Local Histories/Global Designs. Coloniality, Subaltern Knowledges, and Border Thinking*, Princeton: Princeton University Press.

Mill, John Stuart, 1848: Book IV: Of the Stationary State, in: *Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy*. London: Longmans, Green and Co., abrufbar unter: <http://www.econlib.org/library/Mill/mlP61.html#Bk.IV,Ch.VI>.

Ministerio del Planificación de Desarrollo, 2006: *Plan Nacional de Desarrollo: Bolivia digna, soberana, productiva y democrática para vivir bien 2006-2011*, La Paz, abrufbar unter: <http://www.cadexco.bo/esp/download/pnd.pdf>, letzter Zugriff am 5.10.2016.

Movimiento al Socialismo MAS-IPSP, 2009: *Rumbo a una Bolivia Líder. Programa de Gobierno (2010–2015)*, abrufbar unter: <http://idbdocs.iadb.org/wsdocs/getdocument.aspx?docnum=38994151>, letzter Zugriff am 11.10.2016.

Netzer, Nina, 2011: Ein weltweiter Green New Deal: Krisenmanagement oder nachhaltiger Paradigmenwechsel? *Friedrich Ebert Stiftung* (Hrsg.), abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/08086.pdf>.

OECD, 2008: *Statistics, Knowledge and Policy 2007. Measuring and Fostering the Progress of Societies*, Paris: OECD, abrufbar unter: <http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/3008081e.pdf?expires=1470760948&id=id&accname=guest&checksum=D94406A459B9447F9792F1CA5D41CC7B>.

OECD, 2011: *Towards green growth*, Paris, abrufbar unter: <https://www.oecd.org/greengrowth/48012345.pdf>, letzter Zugriff am 31.8.2016.

Ohlmeier, Bernhard/Brunold, Andreas, 2015: *Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung. Eine Evaluationsstudie*, Wiesbaden: Springer.

Paech, Niko, 2012a: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, in: *Orientierungen*

zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 134, 61–67.

Paech, Niko, 2012b: Vom grünen Feigenblatt zur Postwachstumsökonomie, in: *Ökologisches Wirtschaften* 4, 17–19.

Paech, Niko, 2013: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz, in: *Umweltpsychologie* 17, 145–155.

Plurinationaler Staat von Bolivien, 2013: Politische Verfassung *Botschaft des Plurinationalen Staates von Bolivien* (Hrsg.), Berlin, abrufbar unter: http://www.bolivia.de/fileadmin/Dokumente/Presse-Medien/Dt%2BSp/Interessante%20Dokumente/CPE_aleman.pdf, letzter Zugriff am 4.10.2016.

Radhuber, Isabella, 2009: Staatliche Reorganisation und Erdgaspolitik, in: *Ernst, Tanja/Schmalz, Stefan* (Hrsg.), *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*. Baden-Baden: Nomos, 109–124.

Ranta, Eija Maria, 2016: Toward a Decolonial Alternative to Development? The Emergence and Shortcomings of Vivir Bien as State Policy in Bolivia in the Era of Globalization, in: *Globalizations* 13, 425–439.

Research & Degrowth, 2010: Degrowth Declaration of the Paris 2008 Conference, in: *Journal of Cleaner Production* 18, 523–524.

Sachs, Wolfgang, 1993: Die vier E's: Merkposten für einen maß-vollen Wirtschaftsstil, in: *Politische Ökologie* 33, 69–72.

Sanahuja, José Antonio, 2012: Post-Liberal Regionalism in South America: The Case of UNASUR, EUI Working Paper, Florenz: Robert Schuman Centre for Advanced Studies.

Sanchez-Lopez, Daniela, 2015: Reshaping notions of citizenship: the TIPNIS indigenous movement in Bolivia, in: *Development Studies Research* 2, 20–32.

Sangmeister, Hartmut, 2007: Neue Sozialisten in Lateinamerika, in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 111, 73–79.

Schilling Vacaflor, Almut, 2010: Recht als umkämpftes Terrain. Die neue Verfassung und indigene Völker in Bolivien, Baden-Baden: Nomos.

Schilling Vacaflor, Almut, 2011: Bolivia's New Constitution: Towards Participatory Democracy and Political Pluralism?, in: *European Review of Latin American and Caribbean Studies* 90, 3–22.

Schilling Vacaflor, Almut, 2013: Prior Consultations in Plurinational Bolivia: Democracy, Rights and Real Life Experiences, in: *Latin American and Caribbean Ethnic Studies* 8, 202–220.

Schmelzer, Matthias, 2015: The growth paradigm: History, hegemony, and the contested making of economic growthmanship, in: *Ecological Economics* 118, 262–271.

Schneider, Francois/Kallis, Giorgios/Martínez-Alier, Joan, 2010: Crisis or opportunity? Economic degrowth for social equity and ecological sustainability. Introduction to this special issue, in: *Journal of Cleaner Production* 18, 511–518.

Schroeder, Kent, 2015: The Politics of Gross National Happiness: Values, power and policy implementation, in: *Sixth International Conference on Gross National Happiness, From GNH Philosophy to Praxis and Policy*. Paro, Bhutan, abrufbar unter:

<http://www.bhutanstudies.org.bt/2015GNHConference/Paperfor2015GNHConference/7.%20The%20Politics%20of%20Gross%20National%20Happiness%20-%20Schroeder.pdf>, letzter Zugriff am 8.9.2016.

Sen, Amartya, 1998: The Concept of Development, in: *Chenery, Hollis/Srinivasan, T.N.* (Hrsg.), *Handbook of Development Economics*. Amsterdam: Elsevier, 9–26.

Shiva, Vandana, 1989: *Staying Alive. Women, Ecology, and Development*, London: Zed Books.

Splash, Clive L., 2014: Better Growth, Helping the Paris COP-out? Fallacies and Omissions of the New Climate Economy Report, in: *SRE-Discussion 2014/04*. WU University of Economics and Business, Vienna, abrufbar unter: <http://epub.wu.ac.at/4325/>, letzter Zugriff am 31.8.2016.

Stefanoni, Pablo, 2008: Álvaro García Linera: Pensando Bolivia entre dos siglos, in: *García Linera, Álvaro* (Hrsg.), *La potencia plebeya. Acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia*. Buenos Aires: CLACSO Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales, 9–30.

Stefanoni, Pablo, 2010: Bolivia después de las elecciones: ¿a dónde va el evismo?, in: *Nueva Sociedad* 225, 4–17.

Svampa, Maristella, 2011: Argentina, una década después. Del «que se vayan todos» a la exacerbación de lo nacional-popular, in: *Nueva Sociedad* 235, 17–34.

Svampa, Maristella/Stefanoni, Pablo, 2007: Entrevista a Álvaro García Linera: “Evo simboliza el quiebre de un imaginario restringido a la subalternidad de los indígenas”, in: *Observatorio Social de América Latina* 22, 143–164.

Talberth, John/Cobb, Clifford/Slattey, Noah, 2007: *The Genuine Progress Indicator 2006. A Tool for Sustainable Development Redefining Progress* (Hrsg.), Oakland, abrufbar unter: <http://rprogress.org/publications/2007/GPI%202006.pdf>, letzter Zugriff am 8.9.2016.

Tapia Mealla, Luis, 2012: Der Staat unter den Bedingungen gesellschaftlicher Überlagerungen. Post-koloniale Anregungen für die politische Theorie, in: *Brand, Ulrich/Radhuber, Isabella/Schilling Vacaflor, Almut* (Hrsg.), *Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 282–305.

Tapia Mealla, Luis, 2015: Den Staat aus dem Zentrum rücken. Staatstheorie im bolivianischen Kontext, in: *Jenss, Alke/Pimmer, Stefan* (Hrsg.), *Der Staat in Lateinamerika. Kolonialität, Gewalt, Transformation*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 154–170.

Thomson, Bob, 2011: Pachakuti: Indigenous perspectives, buen vivir, suma qawsay and degrowth, in: *Development* 54, 448–454.

Tobin, James, 1964: Economic Growth as an Objective of Government Policy, in: *The American Economic Review. Papers and Proceedings of the Seventy-sixth Annual Meeting of the American Economic Association* 54, 1–20.

UNCED, 1992: Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung, abrufbar unter: <http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf>, letzter Zugriff am 26.8.2016.

UNEP, 2010: *Green Economy Report: A preview*, abrufbar unter: http://www.unep.org/pdf/GreenEconomyReport-Preview_v2.0.pdf, letzter Zugriff

am 29.8.2016.

UNO, 2007: United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, abrufbar unter: http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/DRIPS_en.pdf, letzter Zugriff am 19.10.2016.

Ura, Karma/Alkire, Sabina/Zangmo, Tshoki, 2012: A Short Guide to GNH Index, Thimphu, Bhutan: Centre for Bhutan Studies, abrufbar unter: <http://www.ophi.org.uk/wp-content/uploads/Short-Guide-GNH-17-May-12.pdf>, letzter Zugriff am 8.9.2016.

Ura, Karma/Alkire, Sabina/Zangmo, Tshoki/Wangdi, Karma, 2012: An Extensive Analysis of GNH Index, Thimphu, Bhutan: Centre for Bhutan Studies, abrufbar unter: <http://www.grossnationalhappiness.com/wp-content/uploads/2012/10/An%20Extensive%20Analysis%20of%20GNH%20Index.pdf>, letzter Zugriff am 8.9.2016.

Valenti Nigrini, Giovanna, 2006: Palabras desde la FLACSO-México, in: *Aquiluz Ibargüen, Maya/de los Ríos Méndez, Norma* (Hrsg.), René Zavaleta Mercado. Ensayos, testimonios y re-visiones. Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales, abrufbar unter: <http://biblioteca.clacso.edu.ar/ar/libros/bolivia/cides/Zavaleta/>, letzter Zugriff am 27.9.2016.

Vanhulst, Julien/Beling, Adrian E., 2014: Buen vivir: Emergent discourse within or beyond sustainable development?, in: *Ecological Economics* 101, 54–63.

Villalba, Unai, 2013: Buen Vivir vs Development: a paradigm shift in the Andes?, in: *Third World Quarterly* 34, 1427–1442.

Waller, Nicole, 2014: Common Ground? - Neue Diskussionen über die Verbindungen zwischen Post-Kolonialismus und Öko-Kritik, in: *Fricke, Lina/von Rath, Anna/Nechutnys, Elisabeth/Senft, Christoph* (Hrsg.), *Just Politics. Ökokritische Perspektiven im postkolonialen Raum*. Münster: Unrast, 17–40.

Watts, Michael/Peet, Richard, 2004: Liberating Political Ecology, in: *Watts, Michael/Peet, Richard* (Hrsg.), *Liberation Ecologies. Environment, Development, Social Movements*. Abingdon: Routledge, 3–29.

Webber, Jeffrey R., 2011: From Rebellion to Reform in Bolivia: Class Struggle,

Indigenous Liberation, and the Politics of Evo Morales, Chicago: Haymarket Books.

van der Wee, Herman, 1986: Prosperity and Upheaval. The World Economy 1945-1980, Berkeley: University of California Press.

Weltbank, 2012: Inclusive Green Growth. The Pathway to Sustainable Development, Washington D.C., abrufbar unter: http://siteresources.worldbank.org/EXTSDNET/Resources/Inclusive_Green_Growth_May_2012.pdf, letzter Zugriff am 31.8.2016.

Welzer, Harald, 2011: Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam, Berlin: Heinrich Böll Stiftung.

Werz, Nikolaus, 2013: Lateinamerika. Eine politische Landeskunde, Baden-Baden: Nomos.

Wissen, Markus, 2014: Auf dem Weg in einen „grünen Kapitalismus“? Die ökologische Modernisierung der imperialen Lebensweise., in: Mehring1. Das Blog des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung IFG, abrufbar unter: http://ifg.rosalux.de/files/2014/05/Imperiale-Lebensweise_2014-05-07.pdf, letzter Zugriff am 7.7.2016.

World Commission on Environment and Development, 1987: Our Common Future: Report of the World Commission on Environment and Development, abrufbar unter: <http://www.un-documents.net/our-common-future.pdf>, letzter Zugriff am 26.8.2016.

WSSD, 2002: Plan of Implementation of the World Summit on Sustainable Development, abrufbar unter: http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/WSSD_PlanImpl.pdf, letzter Zugriff am 26.8.2016.

Ybarnegaray Ortiz, Jenny, 2011: Bolivia: del “proceso de cambio” a los cambios en el proceso. A propósito del conflicto en torno al Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécuré (TIPNIS), in: Revista de Estudios Bolivianos 18, 70–114.

Ziai, Aram, 2012: Post-Development: Fundamentalkritik der „Entwicklung“, in: Geographica Helvetica 67, 133–138.

9 ANHANG

Abkürzungsverzeichnis

ALBA-TCP – Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América - Tratado de Comercio de los Pueblos

BIP – Bruttoinlandsprodukt

BNG – Bruttonationalglück

CIDOB – Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia

COMIBOL – Corporación Minera de Bolivia

CONAMAQ – Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu

CSA – Community Supported Agriculture

FPIC – Free Prior and Informed Consent

GDP – Gross Domestic Product

GNH – Gross National Happiness

GPI – Genuine Progress Indicator

ILO – International Labour Organization

ISEW – Index of Sustainable Economic Welfare

IWF – Internationaler Währungsfonds

MAS – Movimiento al Socialismo

MIP – Movimiento Indio Pachakuti

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

PDVSA – Petróleos de Venezuela S. A.

PND – Plan Nacional de Desarrollo

SSE – Steady State Economy

TIPNIS – Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécuré

UNASUR – Unión de las Naciones Suramericanas

UNCED – United Nations Conference on Environment and Development

UNCSD – United Nations Conference on Sustainable Development

UNDRIP – United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples

UNEP – United Nations Environment Programme

UNO – Vereinte Nationen

WSSD – World Summit on Sustainable Development

YPFB – Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécure und der geplante Straßenverlauf

Abstracts

Die vorliegende Masterarbeit widmet sich dem Verhältnis zwischen wachstumskritischen Ansätzen und dem bolivianischen *Vivir Bien* und der Umsetzung des guten Lebens in Bolivien. Dabei handelt es sich um ein aus dem indigenen Kontext stammendes Konzept, das einen stärkeren Fokus auf das Leben in Harmonie mit Natur und Mitmenschen setzt und westliche Vorstellungen von Wachstum und Entwicklung ablehnt. Die erste Hypothese, dass es einige Gemeinsamkeiten zwischen wachstumskritischen Strömungen und *Vivir Bien* gibt, konnte bestätigt werden. Zu den vorgestellten wachstumskritischen Ansätzen zählen die Degrowth-Bewegung, die Postwachstumsökonomie, die kapitalismuskritische Wachstumskritik, das Konzept der Ökologischen Bürgerschaft, sowie alternative Indizes zur Wohlstandsmessung, die sich im Gegensatz zum BIP nicht an der Wirtschaftsleistung eines Landes orientieren. Genauso wie das andine gute Leben lehnen sie lineares Fortschrittsdenken und den mit Wirtschaftswachstum verbundenen Konsumismus und die Zerstörung der Natur ab. Die zweite Hypothese, dass die Umsetzung des in Bolivien in der Verfassung von 2009 verankerten guten Lebens nur unzulänglich erfolgte, konnte ebenfalls verifiziert werden. Wie die Analyse von Staats- und Regierungsdokumenten und das Fallbeispiel des TIPNIS-Konflikts zeigten, setzt die linksgerichtete Regierung unter Evo Morales entgegen aller Versprechen weiterhin auf einen neo-extraktivistischen, kapitalischen Kurs der Naturausbeutung zur Generierung von Gewinnen aus Rohstoffexporten. Die versprochene Rückbesinnung auf das indigene gute Leben fand bis dato nicht statt.

This master thesis examines the relationship between growth critical approaches and the Bolivian *Vivir Bien* and the implementation of the good life in Bolivia. Latter is a concept from the indigenous context, which sets its focus on life in harmony with nature and fellow human beings and rejects Western ideas of growth and development. The first hypothesis, that there are parallels between growth critical perspectives and *Vivir Bien*, could be verified. The described concepts are the Degrowth movement, the post-growth economy, anti-capitalist critique of growth, the concept of the Ecological Citizenship as well as alternative indices for prosperity,

who are, in contrast to the GDP, not focussed on the economic performance of a country. Like the Andean good life, they reject the concept of linear progress and the consumism and the destruction of the environment that come along with economic growth. The second hypothesis stating that the implementation of the good life (which is part of the Bolivian constitution of 2009) is insufficient, could also be verified. As was shown by the analysis of documents by the state and the government and the example of the TIPNIS conflict, the leftist government under Evo Morales puts its focus on a neo-extractivist, capitalist course. Against all promises, the government continues exploiting the nature in order to make profits via the export of natural resources. The promised recollection of the indigenous good life hasn't taken place up to now.